

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1981

MONTAG, 2. MÄRZ 1981

Nr. 9

Seite		Seite		Seite
	Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei			
	Ungültigkeitserklärung eines Konsularausweises	522		
	Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. 1. 1981 bis 12. 2. 1981	522		
	Der Hessische Minister des Innern			
	Vergütungs- und Lohnfestsetzung im Bereich der Polizei; hier: Anordnung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Einstellungsbehörde und der Beschäftigungsbehörde bzw. -stelle Vollzug des BAT und MTL II; hier: Niederschrift über das Gelöbnis nach § 6 BAT/§ 9 MTL II	522		
	Anerkennung ausländischer Pässe; hier: Neuer australischer Reisepaß	525		
	Anerkennung von Sachverständigen für die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen nach § 26 Abs. 2 Garagenverordnung und § 23 Abs. 2 Geschäftshausverordnung	525		
	Der Hessische Minister der Finanzen			
	Ausführung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1981	528		
	Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen	528		
	Der Hessische Minister der Justiz			
	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	528		
	Der Hessische Kultusminister			
	Verbandssatzung des Evangelischen Kirchlichen Zweckverbandes einer Zentrale für ambulante Pflegedienste (Ökumenische Schwesternstation) in Bensheim	529		
	Errichtung der Evangelischen Kirchengemeinde Kammerberg in Ahnatal, Landkreis Kassel	530		
	Bildung des „Zweckverbandes Evangelischer Kirchengemeinden Mobile Gemeindefrankenpflegestation Südkreis Melsungen“	531		
	Ungültigkeitserklärung eines Dienstsegels	532		
	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik			
	Ausnahmen vom vorgeschriebenen Mindestalter der Kraftfahrzeugführer			
	in den Fällen der Berufsausbildung zum Landwirt	532		
	Entschädigung für Grubenaufwand ..	532		
	Widmung einer Neubaustrecke, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3103 in den Gemarkungen Jugenheim und Seeheim der Gemeinde Seeheim-Jugenheim, Landkreis Darmstadt-Dieburg	532		
	Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3446 in den Gemarkungen Dörnigheim und Bichsheim der Stadt Maintal, Main-Kinzig-Kreis	533		
	Widmung von Neubaustrecken, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3063 in der Gemarkung Runkel, Landkreis Limburg-Weilburg	533		
	Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3243 in der Gemarkung Abterode der Gemeinde Meißner, Werra-Meißner-Kreis	534		
	Hinweis auf Änderungen von VDE-Bestimmungen	534		
	Der Hessische Sozialminister			
	Krankenhausplan des Landes Hessen; hier: Einstellung des Betriebes der Urologischen Klinik Dr. Meyer-Delpho in Kassel	535		
	Krankenhausplan des Landes Hessen; hier: Einstellung des Betriebes der Klinik Dr. Niebel in Korbach	535		
	Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten			
	Bestimmung der zuständigen Wasserbehörde für die Fesetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage des Wasserbeschaffungsverbandes Hatterode-Wallersdorf mit dem Sitz in Breitenbach am Herzberg	535		
	Bestimmung der zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Flieden im Landkreis Fulda	535		
	Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz			
	KASSEL			
	Erklärung zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz in der Fassung vom 4. 7. 1978 „Eichwald“	536		
	Erklärung zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz in der Fassung vom 4. 7. 1978 „Habichtswald“	538		
	Erklärung zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz in der Fassung vom 4. 7. 1978 „Mühlenberg“	540		
	Personalnachrichten			
	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	542		
	Regierungspräsidenten			
	DARMSTADT			
	Vorhaben der Firma Dyckerhoff-Zementwerke AG, 6200 Wiesbaden	542		
	Vorhaben der Firma Hoechst AG — Werk Albert —, 6200 Wiesbaden	542		
	GIESSEN			
	Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 498 in der Gemarkung Ahlbach der Stadt Limburg a. d. Lahn, Landkreis Limburg-Weilburg	542		
	Buchbesprechungen	543		
	Öffentlicher Anzeiger	544		
	Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge zur Wahl des Verbandstags des Umlandverbandes Frankfurt am 22. 3. 1981	551		
	Wasserverband „Riedwerke, Kreis Groß-Gerau“, Sitz in Groß-Gerau; hier Änderung der Satzung	557		
	Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten für das Haushaltsjahr 1981	557		
	Öffentliche Bekanntmachungen des Umlandverbandes Frankfurt	558		
	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1981 des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar	559		
	Jahresrechnungen des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten	559		
	Öffentliche Ausschreibungen	559		
	Stellenausschreibungen	560		

302

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Ungültigkeitserklärung eines Konsularausweises

Der für Frau Hélène Blanchot, Ehefrau des Handelsattachés Gérard Blanchot des Französischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main, am 14. November 1979 von der Hessischen Staatskanzlei ausgestellte Ausweis Nr. 02304 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 6. Februar 1981

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
P 12 — 2 a — 10/03 — uc
St.Anz. 9/1981 S. 522

Preis
DM

E I 1 — m 12/80	
E I 2 — m 12/80	
E I 3 — m 12/80	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Hessen im Dezember 1980 — vorläufiges Ergebnis —	2,—
E II 1 — m 11/80	
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 1980	1,50
F II 1 — m 11/80	
Baugenehmigungen in Hessen im November 1980	1,—
G IV 1 — m 11/80	
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im November 1980	2,50
G IV 3 — m 11/80	
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe im November 1980	1,50
H I 1 — m 11/80	
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im November 1980 — Vorauswertung —	1,—
H II 1 — m 11/80	
Binnenschifffahrt in Hessen im November 1980	1,50
L I 7 — J/79	
Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen in Hessen 1979	2,50
M I 4 — vj 4/80	
Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke im November und im Jahre 1980	2,50

Wiesbaden, 12. Februar 1981

Hessisches Statistisches Landesamt
ZA 231 — 77 a 241/81
St.Anz. 9/1981 S. 522

303

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. Januar 1981 bis 12. Februar 1981

Statistische Berichte:

	Preis DM
A VI 5 — vj 1/80	
Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. März 1980	2,—
B II 1 — j/80 (Vorbericht)	
Die beruflichen Schulen in Hessen	1,50
B VII 1 — 80/8	
Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung von Männern und Frauen nach Altersgruppen bei der Bundestagswahl 1980 in Hessen	2,—
C III 2 — j/80	
Schlachtungen 1980 — Jahresübersicht —	1,50
C III 3 — m 12/80	
Milcherzeugung und -verwendung im Dezember 1980	1,—
E I 1 — m 11/80	
E I 2 — m 11/80	
E I 3 — m 11/80	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Hessen im November 1980 — endgültiges Ergebnis —	2,—

304

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Vergütungs- und Lohnfestsetzung im Bereich der Polizei;

hier: Anordnung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Einstellungsbehörde und der Beschäftigungsbehörde bzw. -stelle

Bezug: Erlaß vom 20. Oktober 1978 (St.Anz. S. 2260)

- 1 Mit Wirkung vom 1. April 1981 an wird die Zuständigkeit für die Festsetzung der Arbeiterlöhne aus dem Bereich der Polizei (Kap. 03 20, 25, 28, 29) — wie dies für die Festsetzung der Angestelltenvergütungen bereits geschehen ist — mit meinem Einvernehmen vom Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei (WVA) auf die Zentrale Vergütungs- und Lohnstelle Hessen (ZVL) in Kassel übertragen.
- 2 Vom Zeitpunkt des Aufgabenübergangs (1. April 1981) an ist hinsichtlich der der ZVL nach den Zahlungsbestimmungen für Vergütungen und Löhne (ZBVL) vom 2. Februar 1981 (St.Anz. S. 477) mitzuteilenden Angaben wie folgt zu verfahren:
 - 2.1 Die der Einstellungsbehörde im Sinne dieser Bestimmungen obliegenden Aufgaben nehmen wahr
 - 2.1.1 der Regierungspräsident für die Angestellten und Arbeiter bei
 - 2.1.1.1 der Einsatzleitung der Schutz- und der Kriminalpolizei,
 - 2.1.1.2 der Polizeihubschrauberstation,
 - 2.1.1.3 den Polizeiautobahnstationen,
 - 2.1.1.4 den Polizeidirektionen, Polizeikommissariaten und Kriminalkommissariaten, Polizeistationen und Kriminalstationen der Landräte,

- 2.1.2 der Polizeipräsident für die Angestellten und Arbeiter bei seiner Behörde,
- 2.1.3 die Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei für die Angestellten und Arbeiter bei der Bereitschaftspolizei,
- 2.1.4 das Hessische Wasserschutzpolizeiamt für die Angestellten und Arbeiter bei der Wasserschutzpolizei,
- 2.1.5 das Hessische Landeskriminalamt für die Angestellten und Arbeiter bei diesem Amt,
- 2.1.6 die Hessische Polizeischule für die Angestellten und Arbeiter bei dieser Dienststelle,
- 2.1.7 das Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei für die Angestellten und Arbeiter bei diesem Amt,
- 2.1.8 meine Behörde für die Angestellten und Arbeiter bei der Fernmeldestelle der Hessischen Polizei.
- 2.2 Die der Beschäftigungsbehörde im Sinne dieser Bestimmungen obliegenden Aufgaben nehmen wahr
 - 2.2.1 der Regierungspräsident für die Angestellten und Arbeiter bei der Einsatzleitung der Schutz- und der Kriminalpolizei und bei der Polizeihubschrauberstation,
 - 2.2.2 der Polizeipräsident für die Angestellten und Arbeiter bei seiner Behörde,
 - 2.2.3 die Polizeiautobahnstationen für die Angestellten und Arbeiter bei diesen Dienststellen,
 - 2.2.4 die Landräte für die Angestellten und Arbeiter bei der Polizeidirektion, dem Polizeikommissariat und dem Kriminalkommissariat, den Polizeistationen und den Kriminalstationen,
 - 2.2.5 die Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei für die Angestellten und Arbeiter bei der Direktion,

- 2.2.6 die Bereitschaftspolizeiabteilung für die Angestellten und Arbeiter bei der Abteilung,
 - 2.2.7 das Hessische Wasserschutzpolizeiamt für die Angestellten und Arbeiter bei der Wasserschutzpolizei,
 - 2.2.8 das Hessische Landeskriminalamt für die Angestellten und Arbeiter bei diesem Amt,
 - 2.2.9 die Hessische Polizeischule für die Angestellten und Arbeiter bei dieser Dienststelle,
 - 2.2.10 das Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei für die Angestellten und Arbeiter bei diesem Amt,
 - 2.2.11 die Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei für die Angestellten und Arbeiter bei dieser Dienststelle.
- 3 Die der Einstellungsbehörde oder der Beschäftigungsbehörde bzw. -stelle nach der Anlage 1 zur ZBVL obliegenden Aufgaben werden im Bereich der Polizei jeweils von den nach Nr. 2.1 und 2.2 hierfür zuständigen Dienststellen wie nachstehend bestimmt wahrgenommen:

Sachverhalt	Es obliegen		Bemerkungen
	der Einstellungsbehörde	der Beschäftigungsbehörde bzw. -stelle	
(für besonders gefährliche oder gesundheitsschädliche Arbeiten TV vom 11. Januar 1962)	(Vordruck 2.48) enthalten		
6 Zulage gemäß § 33 Abs. 2 BAT oder § 29 Abs. 4 MTL II (Baustellenzulage)	— wie vor —		
7 Funktionszulagen (z. B. Vorarbeiterzulage)	— wie vor —		
Tz. 6: Überstundenvergütung -lohn und Zeitzuschläge		Unverzügliche Anzeige, für Angestellte: Vordruck 6.141, für Arbeiter: Vordruck 2.48 bzw. 2.481, bei Pauschalierung: Vordruck 6.137 oder Durchschrift der Vereinbarung.	
Tz. 7: Vorschüsse nach den Vorschussrichtlinien			Bewilligungsbehörde ist das WVA, das der ZVL zwei Durchschriften der Bewilligung unmittelbar zuleitet
Tz. 8: Unterbrechung der Arbeit			
1 Arbeitsunfähigkeit		Anzeige mit Vordruck 6.151 oder formlos, für Arbeiter: alle Erkrankungen, für Angestellte: a) Erkrankungen von mehr als 2 Wochen Dauer. b) Alle Erkrankungen, sofern ein Aufschlag im Krankheitsfall zu zahlen ist. Als Anzeige genügen die entsprechenden Eintragungen mit Vordruck 6.141, wenn dieser wegen Überstunden oder Zeitzuschlägen ohnehin auszufüllen ist. c) Im übrigen alle Wiederholungserkrankungen.	
Tz. 1: Einstellung			
Neueinstellung und Wiedereinstellung		Anzeige über Neueinstellung (Vordruck 6.136) mit Stellenbescheinigung und ggf. Durchschrift der Einstellungsgenehmigung sowie Anlagen. Wird der Dienst nicht angetreten, ist die ZVL sofort zu benachrichtigen (fernmündlich voraus).	
Tz. 2: Änderung der arbeitsvertraglichen Verhältnisse			
1 der Vergütungs- oder Lohngruppe (z. B. Höhergruppierung)	Durchschrift des Erlasses (Verfügung) oder des neuen Arbeitsvertrags mit Stellenbescheinigung und Angabe der Fallgruppe der neuen Vergütungs- oder Lohngruppe		
2 der vereinbarten Arbeitszeit oder der Pflichtstundenzahl	Durchschrift des Erlasses (Verfügung) oder Durchschrift des neuen Arbeitsvertrags oder der Änderung hierzu		
3 der Beschäftigungszeit oder der Dienstzeit	Durchschrift der Neuberechnung		
Tz. 5: Zulagen			
2 Zulagen an technische Angestellte (TV vom 8. Juli 1970) (ohne Meister und sonstige Angestellte)	Anzeige mit Angabe der Fallgruppe		
3 persönliche Zulage gem. § 24 BAT	Anzeige mit Vordruck 6.137 oder Durchschrift der Bewilligung		
4 Funktions-, Leistungs- und Bewährungszulagen (für Angestellte)	— wie vor —		
5 Zulage gemäß § 33 Abs. 1 c BAT oder § 29 Abs. 1 MTL II	— wie vor — sofern bei Arbeitern nicht im Stundennachweis		
2 Sonderurlaub ohne Bezüge	Durchschrift der Bewilligung		
3 Sonderurlaub zur Durchführung einer Kur oder Genesungsurlaub			
4 Mutterschutz		Durchschrift der Bewilligung.	Nimmt der Verwaltungsangehörige nach Ablauf des Sonder- bzw. Genesungsurlaubs den Dienst nicht wieder auf, ist sofortige Benachrichtigung erforderlich, wenn nicht Krankmeldung erfolgt.
		Durchschrift der Bewilligung an das Gewerbeaufsichtsamt.	

Sachverhalt	Es obliegen		Bemerkungen	Sachverhalt	Es obliegen		Bemerkungen
	der Einstellungsbehörde	der Beschäftigungsbehörde bzw. -stelle			der Einstellungsbehörde	der Beschäftigungsbehörde bzw. -stelle	
5 Mutterschaftsurlaub		Anzeige mit Vordruck 6.151.		4 Begründung eines anderen Beschäftigungs- oder Dienstverhältnisses	Anzeige mit Vordruck 6.144 oder formlos; auf das neue Beschäftigungsverhältnis ist hinzuweisen.		
6 Grundwehrdienst, Wehrübung, Zivildienst		Anzeige mit Vordruck 6.144.		Tz. 12: Übergangsgeld	Anzeige (Vordruck 6.144) mit Abtretungserklärung (Vordruck 2.44) oder Ablichtung des Rentenbescheides, sofern dieser vorliegt (vgl. Tz. 11).		
7 Unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit		Anzeige mit Vordruck 6.144 und fernmündliche Vorausmitteilung.		Tz. 13: Sterbegeld	Mit der Anzeige (Tz. 11) sind die Angaben zur Berechnung und Auszahlung des Sterbegeldes (z. B. Konto des Empfängers) gem. § 41 BAT bzw. § 47 MTL II mitzuteilen. Die erforderlichen Unterlagen (z. B. Lohnsteuerkarte) sind beizufügen.		
Tz. 9: Wiederaufnahme der Arbeit		Anzeige mit Vordruck 6.153 oder formlos.		Tz. 15: 1 Pfändungen	Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse, Benachrichtigungen usw. sind — zweifelsfrei mit Datum und Uhrzeit des Eingangs versehen — der ZVL unverzüglich schriftlich weiterzuleiten.*	Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse, Benachrichtigungen usw. sind — zweifelsfrei mit Datum und Uhrzeit des Eingangs versehen — der ZVL unverzüglich schriftlich weiterzuleiten.*	* Je nach Eingang bei Einstellungsbehörde oder Beschäftigungsbehörde bzw. -stelle.
im Anschluß an Unterbrechung nach Tz. 8				2 Abtretungen (einschl. BHW)	Unverzögliche schriftliche Weiterleitung an ZVL.*	Unverzögliche schriftliche Weiterleitung an ZVL.*	
Tz. 10: Urlaub		Für Angestellte ist die Dauer des Urlaubs mit Vordruck 6.151 anzuzeigen, wenn eine Zulage (Aufschlag) gem. § 47 Abs. 2 Untersatz 1 c BAT zur Urlaubsvergütung zusteht. Falls ein Monat betroffen ist, in dem ohnehin Überstunden oder Zeitzuschläge abzurechnen sind, genügen die entsprechenden Eintragungen im Vordruck 6.141. Für Arbeiter ist die Dauer des Urlaubs mit Vordruck 2.48, 2.48.1 oder 2.48.3 anzuzeigen, wenn ein Aufschlag nach § 48 Abs. 2 MTL II zusteht.		Tz. 16: Mitversteuerung			Formlose Anzeige der mitzuversteuernden Beträge durch die Stelle, die sie anweist oder auszahlt.
1 Urlaubsvergütung, -lohn				Tz. 17: 1 Änderung der Buchungsstelle	Formlose Anzeige mit Angabe des Wirksamkeitsdatums der Änderung.		
2 Urlaubsabgeltung (§ 51 BAT, § 54 MTL II)	Anzeige der abzugeltenden Urlaubstage mit Angabe des Grundes mit Vordruck 6.144 oder durch besondere Mitteilung oder Durchschrift der Bewilligung.			2 Umbuchungen	Anzeige über Umbuchungen (Vordruck 6.157). Anzeigen müssen der ZVL bis spätestens zum 20. November vorliegen, wenn sie noch für das laufende Jahr berücksichtigt werden sollen.		
Tz. 11: Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch				Tz. 20: Rückforderung zuviel gezahlter Bezüge			Entscheidung über Stundung einschl. Ratenzahlung, Niederschlagung, Erlaß oder Rückforderung trifft das WVA.
1 Tod (s. auch Sterbegeld)	Anzeige mit Vordruck 6.144 oder formlos.			Tz. 21: Vergütungs- und Lohnabrechnung Dezember			Durchschrift des Abrechnungsnachweises übersendet die ZVL an die Einstellungsbehörde.
2 Kündigung oder Auflösungsvertrag (s. ggf. Übergangsgeld)	Anzeige mit Vordruck 6.144 oder formlos. Wenn die Zuwendung zurückgezahlt werden muß; Angaben über Rückzahlungsmodalitäten; bei Eintritt zu einem anderen Arbeitgeber des öffentl. Dienstes; ggf. Durchschrift der Bewilligung.						
3 sonstige Gründe (z. B. Altersgrenze, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit; siehe auch Übergangsgeld)	Anzeige mit Vordruck 1.144 oder formlos.						

- 4 Die Anzeigen, die der Verwaltungsangehörige nach Anlage 1 zur ZBVL zu machen hat, sind grundsätzlich über die jeweilige Beschäftigungsbehörde der ZVL zuzuleiten (vgl. Nr. 3 der Anlage 1 zur ZBVL).
- 5 Mein o. a. Erlaß wird mit Wirkung vom 1. April 1981 aufgehoben.

Wiesbaden, 16. Februar 1981

Der Hessische Minister des Innern
III A 15 — 10 d

StAnz. 9/1981 S. 522

305

Vollzug des BAT und MTL II;

hier: Niederschrift über das Gelöbniß nach § 6 BAT/§ 9 MTL II

Bei der Landesbeschaffungsstelle ist ein neuer Vordruck „Niederschrift über das Gelöbniß nach § 6 BAT bzw. § 9 MTL II“ aufgelegt, der an die Stelle der Lagervordrucke Nr. 2.8 und 2.10 tritt. Ein Muster ist nachstehend abgedruckt.

Der Bestand des Lagervordruckes Nr. 2.8 (Niederschrift über das Gelöbniß nach § 6 BAT) ist aufzubrechen.

Der neue Vordruck gilt als Anlage 5 zum Erlaß zur Einführung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 21. April 1961 i. d. F. des Erlasses vom 27. April 1962 (StAnz. 1971 S. 1996).

Wiesbaden, 13. Februar 1981

Der Hessische Minister des Innern
I B 44 — P 2100 A — 20

P 2203 A — 22

StAnz. 9/1981 S. 525

306

Anerkennung ausländischer Pässe;

hier: Neuer australischer Reisepaß

Der neue australische Reisepaß enthält alle nach Nr. 4 zu § 3 AuslVwV erforderlichen Angaben. Der Bundesminister des Innern hat ihn daher als ausreichend für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Bundesgebiet zugelassen.

Ich bitte um Beachtung.

Wiesbaden, 19. Februar 1981

Der Hessische Minister des Innern
III A 51 — 23 d

StAnz. 9/1981 S. 525

307

Anerkennung von Sachverständigen für die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen nach § 26 Abs. 2 Garagenverordnung (GaVO) und § 23 Abs. 2 Geschäftshausverordnung (GhVO)

Bezug: Mein Erlaß vom 18. Januar 1980 (StAnz. S. 410) und Anlage meines Erlasses vom 23. Januar 1979 (StAnz. S. 353)

Nach § 26 Abs. 2 Garagenverordnung (GaVO) vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 210), geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1977 (GVBl. I S. 282), und nach § 23 Abs. 2 Geschäftshausverordnung (GhVO) vom 4. Juni 1973 (GVBl. I S. 185), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1977 (GVBl. I S. 282), sind die dort näher bezeichneten technischen Anlagen und Einrichtungen durch einen Sachverständigen der Staatlichen Technischen Überwachung Hessen (TÜH) oder des Technischen Überwachungs-Vereins Hessen e. V. (TÜV) oder durch einen von mir anerkannten Sachverständigen einer sonstigen technischen Organisation oder Stelle prüfen zu lassen.

Sachverständige der Staatlichen Technischen Überwachung Hessen sind die Ingenieure ihrer Ämter in Darmstadt, Frankfurt am Main und Kassel. Sachverständige des Technischen Überwachungs-Vereins Hessen e. V. sind die Ingenieure seiner Dienststellen in Eschborn und Kassel. Die von mir bis zum 31. Januar 1981 anerkannten Sachverständigen sonstiger technischer Organisationen oder Stellen sind unter Angabe der jeweiligen Prüfgebiete in dem als Anlage 1 abgedruckten Verzeichnis aufgeführt.

Der Betreiber der Garage oder der Inhaber der Verkaufsstätte kann nach eigenem Ermessen bestimmen, ob er für die Durchführung der in § 26 Abs. 2 GaVO bzw. § 23 Abs. 2 GhVO vorgeschriebenen Prüfungen Sachverständige der Staatlichen Technischen Überwachung Hessen oder des Technischen Überwachungs-Vereins Hessen e. V. oder einen durch mich anerkannten Sachverständigen im Rahmen des entsprechenden Prüfgebietes beauftragt.

Eine tabellarische Übersicht, welche die wiederkehrenden Prüfungen haustechnischer Anlagen und Einrichtungen nach bauaufsichtlichen Bestimmungen in Hessen darstellt, ist als Anlage 2 abgedruckt.

Mein Erlaß vom 18. Januar 1980 wird aufgehoben. Die Anlage meines ansonsten bereits aufgehobenen Erlasses vom 23. Januar 1979 entfällt.

Wiesbaden, 11. Februar 1981

Der Hessische Minister des Innern
V A 12 — 64 a 02/27 — 1/81

StAnz. 9/1981 S. 525

.....
(Dienststelle/Betrieb)

.....
(Ort und Datum)

Niederschrift über das Gelöbniß nach § 6 BAT/§ 9 MTL II*)

Herr/Frau
(Vor- und Familienname)

beschäftigt bei der/dem
(Dienststelle/Betrieb)

geboren am in

hat heute vor dem Unterzeichneten

.....
(Amtsbezeichnung, Name, Dienststellung)

das Gelöbniß nach § 6 BAT/§ 9 MTL II*) abgelegt.

Dem/Der Erschienenen ist die Gelöbnißformel unter Hinweis auf die Bedeutung des Gelöbnisses vorgelesen worden. Er/Sie hat das ihm/ihr vorgespochene Gelöbniß:

„Ich gelobe: Ich werde meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sowie die Gesetze wahren“

wiederholt und durch Handschlag bekräftigt.

.....
(Vor- und Zuname des/der Angestellten)

.....
(Name, Amtsbezeichnung)

*) Nichtzutreffendes streichen

Anlage 1
 Verzeichnis der für den Bereich des Landes Hessen widerrufflich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung technischer Anlagen und Einrichtungen nach § 26 Abs. 2 Garagenverordnung (GaVO) und § 23 Abs. 2 Geschäftshausverordnung (GhVO)

— Stand 31. Januar 1981 —

	Sachverständiger	Anerkennungs- bescheid vom	Prüfgebiet
1	Ing. (grad.) Karl-Friedrich Lehmann Scharpenberger Str. 23a, 5828 Ennepetal	05.09.1975	X
2	Dr.-Ing. Hermann Krug J.-Bender-Str. 10, 7500 Karlsruhe-Hagsfeld	09.09.1975	X
3	Ing. (grad.) Paulhorst Wagner Jahnstr. 10, 6252 Diez	09.09.1975	X
4	Ing. (grad.) Alfred Funke Berliner Str. 10, 4005 Meerbusch-Lank	15.09.1975	X
5	Dipl.-Physiker Dr. Karl-Heinz Hussy Buchrainweg 69, 6050 Offenbach	23.10.1975	X
6	Ing. (grad.) Walter Hollfelder Marburger Str. 12, 6090 Rüsselsheim	26.01.1976	X
7	Ing. (grad.) Lothar Erker Oranienstr. 24, 6232 Bad Soden a. Ts.	26.01.1976	X
8	Dipl.-Ing. Gottlieb Uher Homburger Landstr. 767, 6000 Frankfurt a.M. 56	26.01.1976	X
9	Ing. (grad.) Peter Bartenmann G.-Büchner-Str. 27, 6236 Eschborn	26.01.1976	X
10	Ing. (grad.) Günther Rexroth C.-Seelmann-Weg 14, 6079 Buchschlag	29.06.1976	X
11	Ing. (grad.) Bodo Spillmann Stressemannstr. 15/25, 7500 Karlsruhe 21	31.01.1977	X
	Mech. Lüftungsanlgn. in geschloss. Mittel-u. Großgaragen		X
	CO-Anlagen in geschlossenen Großgaragen		X
	Elektr. Starkstromanlgn. in geschloss. Großgaragen		X
	Lüftungstechnische Anlagen in Geschäftshäusern		X
	Elektr. Starkstromanlgn. einschl. Sicherheitsbel. in Geschäftshäusern		X

	Sachverständiger	Anerkennungs- bescheid vom	Prüfgebiet
12	Ing. (grad.) Gerald W. Ziersch, Lundastr. 17, 6304 Lollar	30.11.1977	X
13	Ing. (grad.) Franz Josef Temme, Parkallee 30, 4400 Münster-St. Mauritz	21.04.1978	X
14	Dipl.-Ing. Bernd Freystedt, Grüner Weg 19, 4000 Münster-Wolbeck	17.05.1978	X
15	Dipl.-Ing. Siegfried Jenz, Rahmndistr. 2, 6500 Mainz	26.06.1978	X
16	Dr.-Ing. Helmut Menke, Jumenschnur 49e, 2000 Hamburg 67	30.08.1978	X
17	Ing. (grad.) Heinz Freibenger, Tullastr. 20, 7500 Karlsruhe 1	20.11.1978	X
18	Ing. (grad.) Friedbert Welker, Aders- bacherstr. 13, 6920 Sinsheim-Rohrbach	18.12.1978	X
19	Ing. (grad.) Wolfgang Nolzen, Asterstr. 26, 4322 Sprockhövel 2	29.12.1978	X
20	Ing. (grad.) Klaus Tillmanns, Sperlingweg 10, 5804 Herdecke	21.02.1979	X
21	Techn. Postamt Ing. (grad.) Peter Brosche, bei der Oberpostdirektion Frankf. a.M., Fr.-Ebert-Anlage 58-72, 6000 Frankfurt a.M. 97	19.07.1979 ¹⁾	X
22	Ing. (grad.) Manfred Schley, Teichstr. 12, 5190 Stolberg-Vennwegen	10.10.1979	X
23	Ing. (grad.) Helmut Reintyses, Am Oberfeld 15, 4150 Krefeld 11	02.11.1979	X
24	Ing. (grad.) Arnold Bary, Westenfelder Str. 1, 4630 Bochum 6	09.11.1979	X
	Mech. Lüftungsanlgn. in geschloss. Mittel-u. Großgaragen		X
	CO-Anlagen in geschlossenen Großgaragen		X
	Elektr. Starkstromanlgn. in geschloss. Großgaragen		X
	Lüftungstechnische Anlagen in Geschäftshäusern		X
	Elektr. Starkstromanlgn. einschl. Sicherheitsbel. in Geschäftshäusern		X

¹⁾ für Prüfungen von Anlagen, die in die Zuständigkeit der Oberpost-
 direktion Frankfurt am Main fallen

Anlage 2
Wiederkehrende Prüfungen haustechnischer Anlagen und Einrichtungen
nach bauaufsichtlichen Bestimmungen in Hessen

Vorschrift/Bestimmung	Techn. Anlage/ Einrichtung	Prüffristen (mindestens)	Sachverständige
Garagenverordnung (GaVO) vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 210), geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1977 (GVBl. I S. 282) Ausführungsanweisung zur Garagenverordnung (AA GaVO) vom 13. Juni 1977 (StAnz. S. 432) geändert durch Erlass vom 28.12.1979 (StAnz. 1980 S. 132)	Feuerlösch- und Feuermeldeanlagen	Vor erstmaliger Inbetriebnahme	Bauaufsichtsbehörde, ggf. an der Mitbestimmung von Sachverständigen
		2 Jahre	Sachverständige ohne Forde- rung nach bauordnungsrecht- licher Anerkennung, jedoch über Eignung des Sachver- ständigen (vergewissern)
§ 26 Abs. 1 GaVO	Selbsttätige Feuerlöschanlagen	Vor erstmaliger Inbetriebnahme	Bauaufsichtsbehörde, ggf. an der Mitbestimmung von Sachverständigen
		6 Monate	Sachverständige ohne Forde- rung nach bauordnungsrecht- licher Anerkennung, jedoch über Eignung des Sachver- ständigen (vergewissern)
§ 26 Abs. 2 GaVO	mechanische Lüftungsanlagen	Vor erstmaliger Inbetriebnahme oder nach wesent- licher Änderung	Sachverständige der TÜV oder des TÜV, oder vom IHDf. Anerkannte Sachver- ständige einer sonstigen technischen Organisation oder Stelle
		2 Jahre	
§ 26 Abs. 2 GaVO	CO-Anlagen	Vor erstmaliger Inbetriebnahme oder nach wesent- licher Änderung	Sachverständige der TÜV oder des TÜV, oder vom IHDf. Anerkannte Sachver- ständige einer sonstigen technischen Organisation oder Stelle
		1 Jahr	
§ 26 Abs. 2 GaVO	elektrische Stark- stromanlagen in geschlossenen Großgaragen	Vor erstmaliger Inbetriebnahme oder nach wesent- licher Änderung	Sachverständige der TÜV oder des TÜV, oder vom IHDf. Anerkannte Sachver- ständige einer sonstigen technischen Organisation oder Stelle
		2 Jahre	

Sachverständiger	Anerkennungs- bescheid vom	Prüfgebiet
25 Ing. (grad.) Günter Stiller, Leinestr. 7, 4300 Essen 1	26.02.1980	X X X X
26 Dipl.-Ing. Boleslaw Kafal, Voedestr. 30, 5810 Witten	23.12.1980	X X X X
27 Ing. (grad.) Helmut Ponater, Neuenbergstr. 40a, 8550 Forchheim	09.01.1981	X X X X
28 Ing. (grad.) Norbert Ehrig, Birkenweg 1, 5628 Heiligenhaus	27.01.1981 ²⁾	X X X X
29 Ing. (grad.) Dieter Eick, Gräfel- fingerstr. 12, 8000 München 70	27.01.1981 ³⁾	X X X X
30 Ing. (grad.) Robert Leimann, Kösliner Weg 7, 2057 Reinbek	27.01.1981 ⁴⁾	X X X X
31 Dipl.-Ing. Helmut Wiedemann, K.-M.-v.-Weber-Str. 16, 6901 Bannental	27.01.1981 ⁵⁾	X X X X
32 Ing. (grad.) Wolfgang Iamberg, Parkstr. 2, 5620 Velbert 1	27.01.1981 ⁶⁾	X X X X
33 Ing. (grad.) Gunther Cordsen, Billowstr. 15, 4000 Düsseldorf 30	28.01.1981	X X X X
Mech. Lüftungsanlgn. in geschloss. Mittel-u. Großgaragen		
CO-Anlagen in geschlossenen Großgaragen		
Elektr. Starkstromanlgn. in geschloss. Großgaragen		
Lüftungstechnische Anlagen in Geschäftshäusern		
Elektr. Starkstromanlgn. einschl. Sicherheitsbel. in Geschäftshäusern		

- 2) anstelle der erloschenen Anerkennung vom 13.06.1979
- 3) anstelle der erloschenen Anerkennung vom 16.10.1979
- 4) anstelle der erloschenen Anerkennung vom 30.11.1979
- 5) anstelle der erloschenen Anerkennung vom 30.11.1979
- 6) anstelle der erloschenen Anerkennung vom 23.04.1980

Vorschrift/Bestimmung	Techn. Anlage/ Einrichtung	Prüffristen (mindestens)	Sachverständige
Geschäftshausverordnung (GhVO) vom 4. Juni 1973 (GVBl. I S. 185), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1977 (GVBl. I S. 282) Ausführungsanweisung zur Geschäftshausverordnung vom 18. April 1980 (StAnz. S. 835/1029)			
§ 23 Abs. 1 GhVO	Blitzschutzanlagen	1 Jahr	Sachverständige ohne Forderung nach bauordnungsrechtlicher Anerkennung (Betreiber muß sich jedoch über Eignung des Sachverständigen vergewissern)
	Rauchabzugsvorrichtungen	1 Jahr	
	Feuermelde-, Feuerlösche- und Alarmeinrichtungen	1 Jahr	
	Selbsttätige Feuerlöscheinrichtungen	6 Monate	
§ 23 Abs. 2 GhVO	lüftungstechnische Anlagen	vor erstmaliger Inbetriebnahme oder nach wesentlicher Änderung 2 Jahre	Sachverständige der TÜV oder des TLV oder vom HMdM anerkannte Sachverständige einer sonstigen technischen Organisation oder Stelle
	elektrische Starkstromanlagen einschl. Sicherheitsbeleuchtung	vor erstmaliger Inbetriebnahme oder nach wesentlicher Änderung 2 Jahre	
Veranstaltungsstätten-Richtlinien (VSR) vom 27. November 1970 (StAnz. S. 2448), zuletzt geändert durch Erlaß vom 11. August 1978 (StAnz. S. 1767) Ausführungsanweisung zu den Veranstaltungsstätten-Richtlinien vom 24. Januar 1972 (StAnz. S. 375), zuletzt geändert durch Erlaß vom 11. August 1978 (StAnz. S. 1713)			
§ 124 Abs. 1 VSR	Rauchabzugseinrichtungen	1 Jahr	Sachverständige ohne Forderung nach bauordnungsrechtlicher Anerkennung
	Feuerlösch-, Feuermelde- und Alarmeinrichtungen	1 Jahr	
	Schutzvorhänge	1 Jahr	
	Blitzschutzanlagen	1 Jahr	
	Lüftungsanlagen	2 Jahre	
§ 124 Abs. 2 VSR	elektrische Anlagen	vor erstmaliger Inbetriebnahme oder nach wesentlicher Änderung 2 Jahre	Sachverständige der TÜV oder des TLV
		1 Jahr bei Veranstaltungsstätten mit Vollbühne, mit Mittelbühne $\geq 100 \text{ m}^2$ und bei ortsfesten Zirkussen	

308

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN

Ausführung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1981

Bezug: Erlaß des HMdF vom 23. Dezember 1980 (StAnz. 1981 S. 100)

In dem o. a. Erlaß muß es unter C. VI. Nr. 1. Satz 3 (S. 101, rechte Spalte) statt „§ 73“ richtig „§ 37“, in der Anlage betr. Richtlinien zur Ausführung des Haushaltsplans 1981 unter C. II. a) (S. 103, linke Spalte) statt „Kap. 17 02 — 411“ — richtig „... 441 —“ und unter III. Nr. 2. viertletzte Zeile (S. 104, linke Spalte) statt „Kap. 18 26 — 312 41 —“ richtig „... 812 41 —“ heißen.

Die Redaktion

StAnz. 9/1981 S. 528

309

Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen

Der Dienstausweis Nr. 25 für Steueramtmann Günter Täckelburg, geb. am 15. Juni 1950, ausgestellt vom Finanzamt Frankfurt am Main-Höchst am 16. Oktober 1973, und der Dienstausweis Nr. 28 für Steueroberinspektor Hans-Ulrich Jakesch, geb. am 18. September 1953, ausgestellt vom Finanzamt Hanau am 2. Mai 1979, sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 6. Februar 1981

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1550 B — 8 — I A 22

StAnz. 9/1981 S. 528

310

DER HESSISCHE MINISTER DER JUSTIZ

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der für den Richter am Amtsgericht Franz-Martin Jeßberger von dem Präsidenten des Amtsgerichts Frankfurt am Main ausgestellte Dienstausweis Nr. 506 ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 11. Februar 1981

Der Hessische Minister der Justiz
2000 E — I/1 — 125/81

StAnz. 9/1981 S. 528

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER

Verbandssatzung des Evangelischen Kirchlichen Zweckverbandes einer Zentrale für ambulante Pflegedienste (Ökumenische Schwesternstation) in Bensheim vom 30. Oktober 1977**Präambel**

In gemeinsamer Verantwortung gegenüber dem diakonisch-karitativen Auftrag und im Geist brüderlicher Verbundenheit der evangelischen und katholischen Kirche in Bensheim ergeht folgende Satzung des Evangelischen Kirchlichen Zweckverbandes einer Zentrale für ambulante Pflegedienste (Ökumenische Schwesternstation) in Bensheim:

I. Abschnitt: Zusammensetzung und Aufgaben**§ 1**

Innerhalb der Stadt Bensheim bilden die evangelischen Kirchengemeinden Bensheim-Auerbach, Michaelsgemeinde, Schwanheim und Stephanusgemeinde einen Evangelischen Kirchlichen Zweckverband einer Zentrale für ambulante Pflegedienste (Ökumenische Schwesternstation) mit Sitz in Bensheim.

§ 2

(1) Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Gewährung und Koordinierung der ambulanten Pflegedienste (Kranken-, Alten-, Haus- und Familienpflege) im Gebiet der beteiligten Kirchengemeinden.

Hierzu zählen insbesondere:

- Pflege von Kranken, insbesondere Langzeitkranken;
- Pflege von frühentlassenen Krankenhauspatienten;
- Pflege von behinderten und alten Menschen;
- Hilfe für psychisch kranke Menschen;
- Hilfe für Familien in besonders belasteten Lebenssituationen;
- Gesundheitserziehung durch Beratung in den Familien;
- Seminare für häusliche Krankenpflege und Gesundheits-erziehung;
- Aktivierung der Gemeinden (Nachbarschaftshilfen, Helfergruppen).

(2) Im Sinne der Präambel unterstützen die katholischen Kirchengemeinden in Bensheim den Zweckverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

§ 3

Die Organe des Zweckverbandes sind:

- die Verbandsvertretung,
- der Beirat,
- der Vorstandsvorstand.

II. Abschnitt: Die Verbandsvertretung**§ 4**

(1) Die Verbandsvertretung besteht aus den jeweiligen Pfarrern und je zwei von den Kirchenvorständen zu wählenden Gemeindegliedern der beteiligten Kirchengemeinden. Für jedes Gemeindeglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Bei Ausscheiden eines Mitgliedes der Verbandsvertretung findet § 25 Kirchengemeindegewahlordnung sinngemäß Anwendung.

Ist der Vorsitzende der Verbandsvertretung ein Pfarrer, soll sein Stellvertreter ein Nichtpfarrer sein. Ist der Vorsitzende ein Nichtpfarrer, soll sein Stellvertreter ein Pfarrer sein.

(2) Die Amtszeit der Verbandsvertretung ist die Amtszeit der Kirchenvorstände. Die Vertreter in der Verbandsvertretung werden jeweils innerhalb von 3 Monaten nach der Konstituierung der neugewählten Kirchenvorstände gewählt.

(3) Die Verbandsvertretung ist bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder beschlußfähig.

§ 5

(1) Die konstituierende Sitzung der Verbandsvertretung wird vom lebensältesten Mitglied der Verbandsvertretung einberufen.

(2) Der Vorsitzende der Verbandsvertretung und sein Stellvertreter werden von dieser für drei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 6

(1) Die Verbandsvertretung tritt jährlich mindestens einmal zu einer ordentlichen Sitzung zusammen.

(2) Ihr ist vorbehalten,

- die allgemeine Aufsicht über die Geschäftsführung des Vorstandsvorstandes zu führen sowie Auskünfte und Anfertigung von Vorlagen vom Vorstandsvorstand zu verlangen;
- die Verbandsumlage festzusetzen und über den Haushaltsplan und Stellenplan des Zweckverbandes sowie über die Bewilligung außer- und überplanmäßiger Ausgaben nach Anhörung des Beirates zu beschließen;
- die Rechnungslegung des Vorstandsvorstandes nach Anhörung des Beirates entgegenzunehmen und ihm Entlastung zu erteilen;
- über die Aufnahme von Darlehen, den Verzicht auf vermögensrechtliche Ansprüche und auf die für sie bestellten Sicherheiten den Erwerb, die Veräußerung, die Belastung von Grundstücken oder von grundstücksgleichen Rechten, den Erwerb und die Aufgabe von Rechten an fremden Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Übernahme von Bürgschaften zu beschließen;
- die Einführung, Abänderung und Aufhebung von Gebührenordnungen zu beschließen;
- über die Aufnahme weiterer evangelischer Kirchengemeinden als Mitglieder zu entscheiden.

(3) Ihr ist vorbehalten, über Änderungen der Verbandssatzung, den Erlaß von Satzungen für Einrichtungen des Zweckverbandes sowie über die Auflösung des Zweckverbandes nach Anhörung des Beirates zu beschließen. Zur Änderung der Verbandssatzung und zur Auflösung des Zweckverbandes bedarf es einer Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der Stimmen der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung. Die Änderung der Verbandssatzung bedarf zu ihrem Inkrafttreten der Genehmigung durch die Kirchenleitung und der Anerkennung durch die Kirchensynode gem. Art. 68 Abs. 1 Kirchenordnung.

§ 7

(1) Der Vorsitzende der Verbandsvertretung lädt deren Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung mindestens 2 Wochen vor dem Sitzungstermin schriftlich ein.

(2) Zu außerordentlichen Sitzungen beruft der Vorsitzende erforderlichenfalls kurzfristig ein, wenn der Vorstandsvorstand, der Beirat oder einer der Kirchenvorstände es beantragt haben.

(3) Soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, gelten im übrigen für die Geschäftsordnung die §§ 37 bis 43 Kirchengemeindegewahlordnung.

III. Abschnitt: Der Beirat**§ 8**

(1) Der Beirat besteht aus dem Vorsitzenden der Verbandsvertretung, dem Vorsitzenden des Vorstandsvorstandes, einem Vertreter des Kreises Bergstraße, einem Vertreter der Stadt Bensheim, dem Leiter der Ökumenischen Schwesternstation, einem Vertreter des Diözesan-Caritasverbandes Mainz sowie einem vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zu benennenden Vertreter, je einem Vertreter der katholischen Pfarrgemeinden St. Georg, St. Laurentius, Heilig-Kreuz Auerbach, St. Bartholomäus Fehlheim und St. Elisabeth Schönberg, einem Vertreter der Krankenkassen sowie einem Vertreter der Ärzteschaft.

(2) Der Vorsitzende der Verbandsvertretung, der Vorsitzende des Vorstandsvorstandes und der Leiter der Ökumenischen Schwesternstation werden im Verhinderungsfalle durch ihre Stellvertreter vertreten.

§ 9

Der Beirat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter für 3 Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

§ 10

Der Beirat wird jährlich mindestens einmal durch seinen Vorsitzenden einberufen. Er muß einberufen werden, wenn mindestens zwei Mitglieder des Beirates dies verlangen.

§ 11

(1) Der Beirat hat ein Informationsrecht gegenüber den anderen Organen des Zweckverbandes.

(2) Der Beirat ist in allen wichtigen Fragen zu hören, insbesondere bei

- Änderungen der Satzung,

- b) der Festsetzung der Verbandsumlage,
- c) der Rechnungslegung des Vorstandes,
- d) der Aufstellung des Stellenplanes der Mitarbeiter,
- e) den Anstellungen von Mitarbeitern,
- f) den Kündigungen von Mitarbeitern,
- g) dem Ausscheiden von Mitgliedern des Zweckverbandes,
- h) der Auflösung des Zweckverbandes.

(3) Über Entscheidungen des Vorstandes oder der Verbandsvertretung, zu denen der Beirat gehört wurde, ist dieser schriftlich zu informieren. Eine abweichende Entscheidung ist dabei zu begründen.

IV. Abschnitt: Der Vorstand

§ 12

(1) Dem Vorstand gehören 3 Mitglieder an, die von der Verbandsvertretung aus ihrer Mitte in geheimer Wahl gewählt werden. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt.

(2) Die Amtszeit des Vorstandes entspricht der Wahlperiode der Verbandsvertretung. Die Mitglieder des Vorstandes üben ihr Amt bis zur Neuwahl des Vorstandes aus.

(3) Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsvertretung aus ihrer Mitte gewählt. Ist der Vorsitzende ein Pfarrer, soll sein Stellvertreter ein Nichtpfarrer sein. Ist der Vorsitzende ein Nichtpfarrer, soll sein Stellvertreter ein Pfarrer sein.

Die Sitzungen des Vorstandes sind nicht öffentlich.

(4) Sachkundige Gemeindeglieder können zu Sitzungen mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

(5) Der Vorstand des Zweckverbandes ist Dienstvorgesetzter der vom Zweckverband angestellten Mitarbeiter.

(6) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 13

(1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Zweckverbandes zuständig, für die nicht die Zuständigkeit der Verbandsvertretung begründet ist.

(2) Der Vorstand vertritt den Zweckverband im Rechtsverkehr. Erklärungen des Vorstandes im Rechtsverkehr werden durch den Vorsitzenden, im Verhinderungsfalle durch seinen Stellvertreter, jeweils gemeinsam mit einem anderen Mitglied des Vorstandes abgegeben.

(3) Auf Beschlüsse des Vorstandes finden die §§ 29 und 29 a Kirchengemeindeordnung sinngemäß Anwendung.

(4) Der Vorstand hat die Sitzungen der Verbandsvertretung vorzubereiten und ihre Beschlüsse auszuführen, die laufenden Verwaltungsgeschäfte zu erledigen, über die Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu legen und der Verbandsvertretung einen schriftlichen Jahresbericht zu erstatten.

(5) Nach Anhörung des Beirates stellt der Vorstand den Haushaltsplan auf, stellt im Rahmen des Stellenplanes die Mitarbeiter an, erläßt für diese Dienstweisungen und sorgt für deren Durchführung.

(6) Soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, gelten im übrigen für die Geschäftsordnung die §§ 35 bis 43 Kirchengemeindeordnung.

V. Abschnitt: Finanzwesen

§ 14

(1) Grundlage des Finanzwesens ist das Kirchengesetz über die Vermögensverwaltung und das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Kirchliche Haushaltsordnung — KHO vom 4. Juni 1977 — ABl. S. 116 ff.). Es ist jährlich ein Haushaltsplan aufzustellen.

Die Kassenführung erfolgt durch das Evangelische Rentamt Rimbach.

Die Jahresrechnungen werden vom Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geprüft.

(2) Die Arbeit der Zentrale für ambulante Pflegedienste wird aus Zuschüssen des Landes, des Kreises, der Zivilgemeinden, der Sozialversicherungsträger, des Fördervereins, durch Entgelte, Beiträge und Spenden sowie durch Eigenmittel der Trägergemeinden finanziert. Die Beteiligung der Kommunalgemeinden wird durch Vertrag geregelt. Die Gesamtkirche beteiligt sich an der Aufbringung der Kosten im Rahmen des genehmigten Stellenplanes. Hierbei stellt der in der Anlage zur Rechtsverordnung über die Bemessung und Zu-

weisung, das Zuweisungsverfahren und die Bildung von Rücklagen aus Kirchensteuern je Mitarbeiter im Pflegedienst genannte Betrag die Höchstgrenze dar. (Rechtsverordnung zu § 8 der Kirchensteuerordnungen vom 25. November 1974 — ABl. S. 171 ff. — und deren Änderungen.)

(3) Die Zuschüsse werden unmittelbar an die Verbandskasse der Zentrale für ambulante Pflegedienste gezahlt.

VI. Abschnitt: Veränderung der Mitgliedschaft

§ 15

Weitere evangelische Kirchengemeinden können dem Zweckverband beitreten, wenn die Verbandsvertretung dem zustimmt.

§ 16

(1) Mitgliedsgemeinden können frühestens 3 Jahre nach Bildung des Zweckverbandes aus diesem zum Jahresende ausscheiden. Die Kündigungsfrist beträgt 12 Monate. Nach Ablauf dieses Zeitraumes kann die Kündigung nur mit einjähriger Frist zum Ende der Wahlperiode der Verbandsvertretung erklärt werden. Der Austritt der Mitgliedsgemeinde bedarf der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der Stimmen der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung und der Genehmigung durch die Kirchenleitung.

(2) Im Falle des Austritts einer Kirchengemeinde findet eine Vermögensauseinandersetzung statt. Maßstab der Vermögensauseinandersetzung ist das Verhältnis der Mitgliederzahl der ausscheidenden Kirchengemeinde zur Mitgliederzahl der verbleibenden Gemeinden.

(3) Im Falle einer Auflösung des Zweckverbandes findet über das Vermögen des Verbandes eine Vermögensauseinandersetzung statt. Maßstab der Vermögensauseinandersetzung ist das Verhältnis der Mitgliederzahlen der Mitgliedsgemeinden zueinander. Das vorhandene Inventar fällt den Ortsgemeinden zu, in denen es gelegen ist.

§ 17

Die Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch Veröffentlichung im „Bergsträßer Anzeiger“.

VII. Abschnitt: Steuerliche Bestimmungen

§ 18

Selbstlosigkeit

(1) Mittel des Zweckverbandes dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder dürfen keine Zuwendungen aus Mitteln des Zweckverbandes erhalten.

(2) Der Zweckverband darf keine Person durch Ausgaben, die seinem Zweck fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 19

Vermögensbindung

Bei Auflösung der Zweckverbandes oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Zweckverbandes an die beteiligten Kirchengemeinden, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden haben.

§ 20

Diese Verbandssatzung tritt nach Genehmigung durch die Kirchenleitung und Anerkennung durch die Kirchensynode in Kraft.

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 13. Februar 1981

Der Hessische Kultusminister
I B 61 — 881 0'00-9

StAnz. 9/1981 S. 529

312

Errichtung der Evangelischen Kirchengemeinde Kammerberg in Ahnatal, Landkreis Kassel

Umpfarrungs- und Errichtungsurkunde

Der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck hat gemäß Artikel 9 Absatz 3 und Artikel 51 Absatz 1 der Grundordnung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 22. Mai 1967 (KABl. S. 19) nach Anhörung der Beteiligten folgendes festgesetzt:

§ 1

Die Mitglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Heckershausen, Kirchenkreis Kassel-Land, die in der Gemeinde

Ahnatal in den Straßen Ahornweg, Amalienthaler Straße, Am Eichhölzchen (ungerade Hausnummern ab 21 und gerade Hausnummern ab 32), Am Kammerberg (ab Hausnummer 47), Birkenweg, Erlenweg, Kiefernweg (gerade Hausnummern), Kasseler Straße, Kastanienweg, Lärchenweg, Pappelweg, Querstraße, Ulmenweg, Torgauer Straße, Dessauer Straße, Berliner Straße, Leipziger Straße, Dresdener Straße, Jenaer Straße, Görlitzer Straße, Zwickauer Straße, Erfurter Straße, Gothaer Straße, Eisenacher Straße, Brandenburger Straße und Magdeburger Straße,

und die Mitglieder der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Weimar, Kirchenkreis Kassel-Land, die in der Gemeinde Ahnatal in den Straßen Wilhelmsthaler Straße (ab Hausnummer 34), Am Siebenborn, Am Kammerberg (bis Hausnummer 46), Lindenstraße, Tannenkuppe, Mittelstraße, Am Eichhölzchen (ungerade Hausnummern bis 19 und gerade Hausnummern bis 30), Am Dornbusch, Espenweg, Haselweg und Kiefernweg (ungerade Hausnummern)

wohnen, scheiden aus diesen Kirchengemeinden aus und werden zu einer neuen Kirchengemeinde vereinigt, die den Namen „Evangelische Kirchengemeinde Kammerberg in Ahnatal“, Kirchenkreis Kassel-Land, führt.

§ 2

In der Evangelischen Kirchengemeinde Kammerberg in Ahnatal wird eine Pfarrstelle errichtet.

§ 3

Diese Urkunde tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 12. Februar 1981

Der Hessische Kultusminister
I B 61 — 881/1/11-168

StAnz. 9/1981 S. 530

313

Bildung des „Zweckverbandes Evangelischer Kirchengemeinden Mobile Gemeindecrankenpflegestation Südkreis Melsungen“

Die Evangelischen Kirchengemeinden Adelshausen, Altmorschen, Beiseförth, Bergheim, Binsförth, Bischofferode, Dagoberthshausen, Elbersdorf, Elfershausen, Eubach, Heina, Herlefeld, Kehrenbach, Kirchhof, Konnefeld, Landefeld, Licherode, Malsfeld, Melsungen, Mörshausen, Mosheim, Neumorschen, Obermelsungen, Ostheim, Pfieffe, Röhrenfurth, Schnellrode, Schwarzenberg, Sipperhausen, Spangenberg, Vockerode-Dinkelberg, Weidelbach und Wichte haben auf der Grundlage übereinstimmender Beschlüsse ihrer Kirchenvorstände unter Anerkennung der vereinbarten Satzung die Bildung des „Zweckverbandes Evangelischer Kirchengemeinden Mobile Gemeindecrankenpflegestation Südkreis Melsungen“ rechtsverbindlich erklärt.

Gemäß § 3 Absatz 4 des Kirchengesetzes über die Gesamt- und Zweckverbände in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 18. März 1969 (KA. 1969 S. 25) wird die vom Landeskirchenamt genehmigte Satzung nachstehend bekanntgemacht.

Satzung

für den Zweckverband Evangelischer Kirchengemeinden Mobile Gemeindecrankenpflegestation Südkreis Melsungen

§ 1

Die Evangelischen Kirchengemeinden

Altmorschen	Elfershausen	Mörshausen
Neumorschen	Melsungen	Elbersdorf
Eubach	Adelshausen	Schnellrode
Binsförth	Kehrenbach	Pfieffe
Wichte	Kirchhof	Bischofferode
Licherode	Obermelsungen	Vockerode-Dinkelberg
Konnefeld	Röhrenfurth	Weidelbach
Heina	Schwarzenberg	Herlefeld
Malsfeld	Spangenberg	Sipperhausen
Beiseförth	Bergheim	Mosheim
Dagoberthshausen	Landefeld	Ostheim

bilden einen Zweckverband zur Errichtung und Unterhaltung einer Mobilien Gemeindecrankenpflegestation. Er führt den Namen „Zweckverband Evangelischer Kirchengemeinden Mobile Gemeindecrankenpflegestation Südkreis Melsungen“.

§ 2

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsvertretung und der Verbandsvorstand.

Die Verbandsvertretung

§ 3

Die Verbandsvertretung besteht aus Mitgliedern der Kirchenvorstände und den Pfarrern der Verbandsgemeinden. Kirchenvorstände bis zu 9 Mitgliedern entsenden 1 Vertreter, ab 12 Mitgliedern entsenden 2 Vertreter, von 18 Mitgliedern entsenden 3 Vertreter. Gemeinden mit mehreren Pfarrstellen entsenden 1 Pfarrer in die Verbandsvertretung.

Mitglieder und Organe des DRK und der polit. Gemeinden sowie andere sachkundige Personen können zu den Sitzungen hinzugezogen werden.

§ 4

Der Vorsitzende der Verbandsvertretung sowie sein Stellvertreter werden von der Verbandsvertretung für 2 Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Ist der Vorsitzende der Verbandsvertretung ein Pfarrer, so soll sein Stellvertreter ein gewähltes oder berufenes Kirchenvorstandsmitglied sein und umgekehrt. Beide gehören dem Verbandsvorstand an.

§ 5

Die Verbandsvertretung tritt jährlich mindestens einmal zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Ihr ist vorbehalten

- die Verbandsumlage festzusetzen und über den Haushaltsplan des Zweckverbandes zu beschließen
- die Rechnungslegung des Vorstandes entgegenzunehmen und ihm Entlastung zu erteilen
- über Änderungen und Ergänzungen der Satzung sowie über die Auflösung des Zweckverbandes zu beschließen. Hierzu bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl.

§ 6

Der Vorsitzende lädt die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin ein. Zu außerordentlichen Sitzungen beruft der Vorsitzende erforderlichenfalls kurzfristig ein, wenn der Verbandsvorstand oder einer der Kirchenvorstände eines Kirchspiels es beantragen. Soweit sich aus der vorstehenden Bestimmung nichts anderes ergibt, gelten für die Geschäftsführung Artikel 29 bis 31 der Grundordnung sinngemäß.

Der Verbandsvorstand

§ 7

(1) Zum Verbandsvorstand gehören neben dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter der Verbandsvertretung 2 weitere Mitglieder, die von der Verbandsvertretung gewählt werden. Für letztere wird je ein Stellvertreter gewählt. Die Mitglieder des Verbandsvorstandes vertreten den Zweckverband im Koordinationsausschuß.

(2) Der Verbandsvorstand wählt sich aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Ist der Vorsitzende ein Pfarrer, so soll sein Stellvertreter ein gewähltes oder berufenes Kirchenvorstandsmitglied sein oder umgekehrt.

(3) § 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Der Verbandsvorstand ist für alle Angelegenheiten des Zweckverbandes zuständig, für die nicht die Zuständigkeit der Verbandsvertretung begründet ist.

(2) Der Verbandsvorstand hat die Sitzungen der Verbandsvertretung vorzubereiten und ihre Beschlüsse auszuführen, die laufenden Verwaltungsgeschäfte zu erledigen und über die Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu legen.

(3) Der Verbandsvorstand stellt die haupt- sowie nebenamtlichen Mitarbeiter an. Er sorgt in Absprache mit dem DRK für eine Dienstanweisung, die die Interessen aller Kirchengemeinden angemessen berücksichtigt.

(4) Der Verbandsvorstand vertritt den Zweckverband nach außen.

(5) Für die Geschäftsordnung gelten die Artikel 29 bis 31 der Grundordnung sinngemäß.

§ 9

(1) Die Kirchengemeinden beteiligen sich nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an der Aufbringung der für die Aufgaben des Zweckverbandes erforderlichen Mittel. Die Festlegung der Umlage soll unter Berücksichtigung der Gemeindegliederzahlen erfolgen.

(2) Die Kasse des Zweckverbandes wird vom Kirchlichen Rentamt Melsungen geführt.

§ 10

(1) Der Austritt einer Kirchengemeinde aus dem Zweckverband kann nur mit einjähriger Frist zum Jahresende erklärt werden und bedarf der Genehmigung des Landeskirchenamtes.

(2) Im Falle der Auflösung oder des Austritts einer Kirchengemeinde findet über eine etwa gebildete Rücklage eine Auseinandersetzung statt.

Diese Satzung tritt in Kraft, sobald die kirchenaufsichtliche Genehmigung erteilt ist.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, den 12. Februar 1981

Der Hessische Kultusminister
I B 6.1 — 881/1/12

StAnz. 9/1981 S. 531

314

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel (kleines Landessiegel) der Pestalozzischule in Raunheim ist entwendet worden.

Es handelt sich um einen Gummi-Farbdruckstempel mit der Umschrift „Pestalozzischule Raunheim“ und der Wappenfigur des Landes. Der Stempel trug keine Kennummer.

Das vorstehende bezeichnete Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 13. Februar 1981

Der Hessische Kultusminister
I B 1 — 000/074 — 181

StAnz. 9/1981 S. 532

315

DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Ausnahmen vom vorgeschriebenen Mindestalter der Kraftfahrzeugführer in den Fällen der Berufsausbildung zum Landwirt

Bezug: Erlaß vom 10. September 1979 — III b 3 — 66 I 14.03.02.01 — StVZO 3/79 (n. v.)

Ausnahmen vom Mindestalter für das Führen von landwirtschaftlichen Zugmaschinen mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 25 km/h, die zur Fahrerlaubnisklasse 3 gehören, können

- für Personen, die in der Berufsausbildung zum Landwirt stehen, oder
- in Härtefällen

unter folgenden Voraussetzungen genehmigt werden:

- Der Bewerber muß mindestens 16 Jahre alt sein.
- Bewerber unter 17½ Jahren müssen ein medizinisch-psychologisches Gutachten über die Eignung für die genannte Fahrzeugart beibringen.
- Der Bewerber muß die theoretische Fahrerlaubnisprüfung für die Klasse 5 ablegen.
- Eine praktische Prüfung ist nicht notwendig.

In diesen Fällen ist eine Fahrerlaubnis der Klassen 5 und 3 (beschränkt auf landwirtschaftliche Zugmaschinen mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 32 km/h) zu erteilen.

Ausnahmen vom Mindestalter für das Führen von landwirtschaftlichen Zugmaschinen mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 32 km/h, die zur Fahrerlaubnisklasse 3 gehören, können in Härtefällen unter folgenden Voraussetzungen erteilt werden:

- Der Bewerber muß mindestens 16 Jahre alt sein.
- Bewerber unter 17½ Jahren müssen ein medizinisch-psychologisches Gutachten über die Eignung für die genannte Fahrzeugart beibringen.
- Der Bewerber muß sich einer theoretischen und praktischen Ausbildung für Fahrzeuge der Klasse 3 unterziehen und die theoretische und praktische Fahrerlaubnisprüfung für Fahrzeuge der Klasse 3 ablegen.

Die Fahrerlaubnis der Klasse 3 wird in diesen Fällen bis zum Erreichen des gesetzlichen Mindestalters auf das Recht zum Führen von landwirtschaftlichen Zugmaschinen mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit (Eintragung der Höchstgeschwindigkeit der zum Zeitpunkt der Antragstellung vorhandenen Zugmaschine) beschränkt.

Nach Erreichen des gesetzlichen Mindestalters wird die Einschränkung unter der Voraussetzung gelöscht, daß im Verkehrszentralregister keine Eintragungen vorhanden sind und der Antragsteller durch die Bescheinigung einer Fahrschule gegenüber der zuständigen Verwaltungsbehörde nachweist, daß er unmittelbar vor der Antragstellung wenigstens 10 Stunden (einschließlich der Sonderfahrten nach § 5 der Fahrerschüler-Ausbildungsverordnung) auf einem Fahrzeug der Klasse 3 praktisch geschult wurde.

Sofern Eintragungen im Verkehrszentralregister bestehen oder aber das eingeholte medizinisch-psychologische Gutachten Eignungsvorbehalte für die Fahrerlaubnis der Klasse 3 beinhaltet, kann die vereinfachte Erteilung nicht erfolgen.

Um Kenntnisnahme und entsprechende Verfahrensweise wird gebeten. Die Zustimmung des Regierungspräsidenten gemäß Abs. 4 Satz 1 der Niederschrift zu TOP 1 der Dienstbesprechung am 23. Januar 1979 ist in diesen Fällen nicht notwendig. Dieses Erfordernis wird insoweit aufgehoben. Dem Regierungspräsidenten ist jedoch Mitteilung über die von den Verwaltungsbehörden erteilten Ausnahmegenehmigungen gemäß Abs. 4 Satz 3 der o. a. Niederschrift zu machen.

Der Bezugsersaß ist durch diese neue Regelung überholt und wird aufgehoben.

Wiesbaden, 15. Januar 1981

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III b 3 — 66 I 14.03.02.01 — StVZO
5/81

StAnz. 9/1981 S. 532

316

An das

Hessische Landesamt für Bodenforschung, 6200 Wiesbaden
Hessische Oberbergamt, 6200 Wiesbaden
Hessische Landesvermessungsamt, 6200 Wiesbaden

Entschädigung für Grubenaufwand

Bezug: Erlasse vom 24. Juni 1970 (StAnz. S. 1413) und 15. Oktober 1970 (StAnz. S. 2157)

Im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und mit Zustimmung des Ministers der Finanzen beträgt ab 1. Januar 1981 die Grubenaufwandsentschädigung

- a) bei Befahrung unter Tage 9,— DM und
- b) bei Befahrung über Tage (Tagebau, Tiefbohrungen, Gewinnungs- und Einpreßsonden, Halden), sofern sie im einzelnen oder bei mehreren nahe beieinanderliegenden Betrieben oder Betriebseinrichtungen zusammen eine Zeitdauer von mehr als zwei Stunden erfordert haben, 4,50 DM.

Erstreckt sich die einzelne Befahrung auf zwei Kalendertage, so wird die Entschädigung nur einmal gezahlt.

Die Grubenaufwandsentschädigung ist von der Landesregierung am 9. Juli 1968 als steuerfreie Aufwandsentschädigung genehmigt worden.

Meine o. a. Erlasse werden aufgehoben.

Wiesbaden, 11. Februar 1981

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
I c 3 — 13 b 02

StAnz. 9/1981 S. 532

317

Widmung einer Neubaustrecke, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3103 in den Gemarkungen Jugenheim und Seeheim der Gemeinde Seeheim-Jugenheim. Landkreis Darmstadt-Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Landesstraße 3103 in den Gemarkungen Jugenheim und Seeheim der Gemeinde Seeheim-Jugen-

heim im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Strecke

von km 0,004 neu
(an der L 3100 in Jugenheim)
bis km 0,834 neu
(bei km 0,840 der L 3103) alt) = 0,830 km

wird mit Wirkung vom 1. März 1981 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3103 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die in der Ortslage Jugenheim gelegene Gemeindestraße („Ludwigstraße“)

(von km 0,174 (bei km 0,311 der L 3103)
bis km 0,483 (an der L 3100) = 0,309 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG). Sie wird als Teilstrecke der Landesstraße 3103 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

3. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3103

von km 0,311 alt
(bei km 0,174 der „Ludwigstraße“)
bis km 0,004 alt (an der L 3100) = 0,307 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG). Sie wird als Teilstrecke der Kreisstraße 146 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Landkreis Darmstadt-Dieburg über.

4. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3103 in der Gemarkung Seeheim

von km 0,053 alt (an der L 3100)
bis km 0,443 alt = 0,390 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Seeheim-Jugenheim über (§ 43 HStrG).

5. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3103

von km 0,443 alt
bis km 0,840 alt
(bei km 0,834 der L 3103 neu) = 0,397 km

ist für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 11. Februar 1981

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
III c 2 — 63 a 30

StAnz. 9/1981 S. 532

318

Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3446 in den Gemarkungen Dörnigheim und Bischofsheim der Stadt Maintal, Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Landesstraße 3446 in den Gemarkungen Dörnigheim und Bischofsheim der Stadt Maintal im

Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Strecke

von km 0,172 neu
(bei km 1,684 der L 3446 alt)
bis km 0,864 neu
(bei km 1,021 der L 3446 alt) = 0,692 km

wird mit Wirkung vom 1. März 1981 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3446 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3446

von km 1,371 alt (am Bahnübergang)
bis km 1,092 alt = 0,279 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Maintal über (§ 43 HStrG).

3. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3446

von km 1,684 alt
(bei km 0,172 der L 3446 neu)
bis km 1,382 alt (am Bahnübergang) = 0,302 km

und

von km 1,092 alt
bis km 1,021 alt
(bei km 0,864 der L 3446 neu) = 0,071 km

sind für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. März 1981 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main, Adalbertstraße 44—48, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik), und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 11. Februar 1981

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
III c 2 — 63 a 30

StAnz. 9/1981 S. 533

319

Widmung von Neubaustrecken, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3063 in der Gemarkung Runkel, Landkreis Limburg-Weilburg, Regierungsbezirk Gießen

1. Die im Zuge der Landesstraße 3063 in der Gemarkung Runkel der Stadt Runkel im Landkreis Limburg-Weilburg, Regierungsbezirk Gießen, neugebaute Strecke

von km 4,091 neu
(bei km 4,094 der L 3063 alt)
bis km 5,033 neu
(bei km 7,268 der L 3020) = 0,942 km

und die neugebaute Verbindungsstrecke

von km 4,760 neu
(bei km 4,746 der L 3063 neu)
bis km 4,797 neu
(bei km 4,789 der L 3063 alt) = 0,037 km

werden mit Wirkung vom 1. März 1981 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3063 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3063

von km 4,172 alt (am Bahnübergang)
bis km 4,789 alt
(bei km 4,797 der Verbindungsstrecke) = 0,617 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Runkel über (§ 43 HStrG).

3. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3063 von km 4,094 alt (bei km 4,091 der L 3063 neu) bis km 4,157 alt (am Bahnübergang) = 0,063 km ist für den Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 13. Februar 1981

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III c 2 — 63 a 30

StAnz. 9/1981 S. 533

320

Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Landesstraße 3243 in der Gemarkung Abterode der Gemeinde Meißner, Werra-Meißner-Kreis, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3243 in der Gemarkung Abterode der Gemeinde Meißner im Werra-Meißner-Kreis, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke von km 1,893 neu (bei km 1,908 der L 3243 alt) bis km 2,012 neu (an der L 3241) = 0,119 km wird mit Wirkung vom 1. März 1981 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3243 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).
2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3243 von km 1,929 alt bis km 1,972 alt = 0,043 km hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 HStrG). Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Meißner über (§ 43 HStrG).
3. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3243 von km 1,908 alt (bei km 1,893 der L 3243 neu) bis km 1,929 alt = 0,021 km und von km 1,972 alt bis km 2,041 alt (an der L 3241) = 0,069 km sind für den Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. März 1981 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 3, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen

bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 12. Februar 1981

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
III c 2 — 63 a 30

StAnz. 9/1981 S. 534

321

Hinweis auf Änderungen von VDE-Bestimmungen

Unter Bezugnahme auf § 56 Abs. 1 der Allgemeinen Bergverordnung für das Land Hessen (ABV) vom 6. Juni 1969 (StAnz. S. 1075), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. September 1974 (StAnz. S. 1841), wird auf nachstehende Ergänzungen und Änderungen der VDE-Bestimmungen hingewiesen. In der rechten Spalte sind hinter der Kurzbezeichnung „etz“ Band- und Heftnummer sowie Erscheinungsdatum der Elektrotechnischen Zeitschrift angegeben, durch die die Bekanntgabe der neuen oder geänderten VDE-Bestimmungen erfolgt ist.

- DIN 57 185
VDE 0165/6.80 „Errichten elektrischer Anlagen in explosionsgefährdeten Bereichen“
Neue Vorschrift in Kraft ab 1. Juni 1980
etz Bd. 101, Heft 11, Mai 1980
- DIN EN 50 014 A1
VDE 0170/0171
Teil 1 A1/9.80 „Elektrische Betriebsmittel für explosionsgefährdete Bereiche — Allgemeine Bestimmungen“
Änderung 1 in Kraft ab 1. September 1980
etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
- DIN EN 50 015 A1
VDE 0170/0171
Teil 2 A1/9.80 „Elektrische Betriebsmittel für explosionsgefährdete Bereiche — Ölkapselung „O““
Änderung 1 in Kraft ab 1. September 1980
etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
- DIN EN 50 016 A1
VDE 0170/0171
Teil 3 A1/9.80 „Elektrische Betriebsmittel für explosionsgefährdete Bereiche — Überdruckkapselung „P““
Änderung 1 in Kraft ab 1. September 1980
etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
- DIN EN 50 017 A1
VDE 0170/0171
Teil 4 A1/9.80 „Elektrische Betriebsmittel für explosionsgefährdete Bereiche — Sandkapselung „Q““
Änderung 1 in Kraft ab 1. September 1980
etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
- DIN EN 50 018 A1
VDE 0170/0171
Teil 5 A1/9.80 „Elektrische Betriebsmittel für explosionsgefährdete Bereiche — Druckfeste Kapselung „d““
Änderung 1 in Kraft ab 1. September 1980
etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
- DIN EN 50 019 A1
VDE 0170/0171
Teil 6 A1/9.80 „Elektrische Betriebsmittel für explosionsgefährdete Bereiche — Erhöhte Sicherheit „e““
Änderung 1 in Kraft ab 1. September 1980
etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
- DIN EN 50 020 A1
VDE 0170/0171
Teil 7 A1/9.80 „Elektrische Betriebsmittel für explosionsgefährdete Bereiche — Eigensicherheit „i““
Änderung 1 in Kraft ab 1. September 1980
etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
- DIN 57 278 Teil 1
VDE 0278 Teil 1/6.80 „Starkstromkabel-Garnituren mit Nennspannungen U bis 30 kV — Allgemeines“
Neue Vorschrift in Kraft ab 1. Juni 1980
etz Bd. 101, Heft 11, Mai 1980
- DIN 57 278 Teil 2
VDE 0278 Teil 2/6.80 „Starkstromkabel-Garnituren mit Nennspannungen U bis 30 kV — Muffen U₁ U über 0,6/1 kV“
Neue Vorschrift in Kraft ab 1. Juni 1980
etz Bd. 101, Heft 11, Mai 1980
- DIN 57 278 Teil 3
VDE 0278 Teil 3/6.80 „Starkstromkabel-Garnituren mit Nennspannungen U bis 30 kV — Muffen U₂ U = 0,6/1 kV“
Neue Vorschrift in Kraft ab 1. Juni 1980
etz Bd. 101, Heft 11, Mai 1980
- DIN 57 278 Teil 4
VDE 0278 Teil 4/6.80 „Starkstromkabel-Garnituren mit Nennspannungen U bis 30 kV — Endverschlüsse für Innenraumanlagen U₁ U über 0,6/1 kV“
Neue Vorschrift in Kraft ab 1. Juni 1980
etz Bd. 101, Heft 11, Mai 1980

DIN 57 291 Teil 2 VDE 0291 Teil 2/11.79	„Vergußmassen zur Verwendung in Kabelgarnituren — Teil 2 Gießharzmassen und -formstoffe“ Neue Vorschrift in Kraft ab 1. November 1979 etz Bd. 100, Heft 22, Oktober 1979	DIN 57 620s VDE 0620s/7.80	Neue Vorschrift in Kraft ab 1. September 1980 etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
DIN 57 295 VDE 0295/9.80	„Leiter für Kabel und isolierte Leitungen für Starkstromanlagen“ Neue Vorschrift in Kraft ab 1. September 1980 etz Bd. 101, Heft 18, August 1980	DIN 57 670 Teil 6b VDE 0670 Teil 6b/9.80	„Wechselstromschaltgeräte für Spannungen über 1 kV — Metallgekapselte Hochspannungsschaltanlagen für Spannungen bis 72,5 kV, fabrikfertig, typgeprüft“ Teil-Änderung b Änderung in Kraft ab 1. September 1980 etz Bd. 101, Heft 18, August 1980
DIN 57 298 Teil 2 VDE 0298 Teil 2/11.79	„Verwendung von Kabeln und isolierten Leitungen für Starkstromanlagen — Teil 2 Empfohlene Werte für die Strombelastbarkeit von Kabeln mit Nennspannungen U_0/U bis 18/30 kV“ Neue Vorschrift in Kraft ab 1. November 1979 etz Bd. 100, Heft 22, Oktober 1979	DIN 57 804d VDE 0804d/2.80	„Bestimmungen für Fernmeldegeräte einschließlich informationsverarbeitende Geräte“ — Teil-Änderung d Änderung in Kraft ab 1. Februar 1980 etz Bd. 101, Heft 2, Januar 1980
DIN 57 413 Teil 1 VDE 0413 Teil 1/9.80	„Messen, Steuern, Regeln — Geräte zum Prüfen der Schutzmaßnahmen in elektrischen Anlagen; Isolations-Meßgeräte“ Neue Vorschrift in Kraft ab 1. September 1980 etz Bd. 101, Heft 18, August 1980	DIN 57 831 VDE 0831/2.80	„Elektrische Bahn- und Signalanlagen“ Neue Vorschrift in Kraft ab 1. Februar 1980 etz Bd. 101, Heft 2, Januar 1980
DIN 57 470 Teil 1 VDE 0470 Teil 1/9.80	„Prüfgeräte und Prüfverfahren — Prüfung des Berührungsschutzes — IEC-Prüffinger“	Wiesbaden, 3. Februar 1981	Hessisches Oberbergamt 76 d 26 05 — 5/2 StAnz. 9/1981 S. 534

322

DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

Krankenhausplan des Landes Hessen;

hier: Einstellung des Betriebes der Urologischen Klinik Dr. Meyer-Delpho in Kassel

Der Betrieb der Urologischen Klinik Dr. Meyer-Delpho in Kassel wurde zum 31. Dezember 1980 eingestellt und der Versorgungsauftrag auf die Städt. Kliniken Kassel übergeleitet.

Die Klinik scheidet mit dem gleichen Datum aus dem geltenden Krankenhausplan des Landes Hessen aus.

Wiesbaden, 4. Februar 1981

Der Hessische Sozialminister
III B 2 — 18 c 04/03

StAnz. 9/1981 S. 535

323

Krankenhausplan des Landes Hessen;

hier: Einstellung des Betriebes der Klinik Dr. Niebel in Korbach

Der Betrieb der Klinik Dr. Niebel in Korbach wurde zum 31. Dezember 1980 eingestellt.

Die Klinik scheidet mit dem gleichen Datum aus dem geltenden Krankenhausplan des Landes Hessen aus.

Wiesbaden, 5. Februar 1981

Der Hessische Sozialminister
III B 2 — 18 c 04/03

StAnz. 9/1981 S. 535

324

DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDESENTWICKLUNG, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Bestimmung der zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage des Wasserbeschaffungsverbandes Hatterode-Wallersdorf mit dem Sitz in Breitenbach am Herzberg

Hiermit bestimme ich gemäß § 91 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69, 177), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Dezember 1980 (GVBl. I S. 513), den Regierungspräsidenten in Kassel zur zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlagen Tiefbrunnen „Wallersdorf“ des Wasserbeschaffungsverbandes Hatterode-Wallersdorf mit dem Sitz in Breitenbach am Herzberg auch insoweit, als das vorgesehene Trinkwasserschutzgebiet in die Gemarkungen Wallersdorf und Grebenau der Stadt Grebenau im Vogelsbergkreis und damit in den Regierungsbezirk Gießen hineinragen.

Wiesbaden, 13. Februar 1981

Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten

I C 2 — 79 b 06.41 — 31/81

StAnz. 9/1981 S. 535

325

Bestimmung der zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Flieden im Landkreis Fulda

Hiermit bestimme ich gemäß § 91 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69, 177), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1980 (GVBl. I S. 513), den Regierungspräsidenten in Kassel zur zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Flieden im Landkreis Fulda auch insoweit, als die vorgesehenen Trinkwasserschutzgebiete in die Gemarkungen Hutten und Elm der Stadt Schlüchtern und in die Gemarkung Hintersteinau der Stadt Steinau im Main-Kinzig-Kreis und damit in den Regierungsbezirk Darmstadt hineinragen.

Wiesbaden, 13. Februar 1981

Der Hessische Minister
für Landesentwicklung, Umwelt,
Landwirtschaft und Forsten

I C 2 — 79 b 06.41 — 31/81

StAnz. 9/1981 S. 535

326

KASSEL

BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ

Erklärung zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz
in der Fassung vom 4. Juli 1978

„Eichwald“

§ 1

(1) Die in § 2 näher bezeichneten Waldgrundstücke und sonstigen Grundstücke im Stadtkreis/Landkreis Kassel werden zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz i. d. F. vom 4. Juli 1978 (GVBl. I S. 423) erklärt.

(2) Verordnung und Karte sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — Obere Forstbehörde — hinterlegt. Ausfertigungen befinden sich beim Kreisausschuß des Landkreises Kassel, beim Magistrat der kreisfreien Stadt Kassel, bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Raum Kassel sowie bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 2

(1) Die Grenzen des Erholungswaldes sind in der als Bestandteil zu dieser Erklärung gehörenden topographischen Karte 1 : 25 000 orange eingetragen.

(2) Die Gesamtfläche des Erholungswaldes beträgt **29,3563 ha**. Sie setzt sich aus den folgenden Grundstücken zusammen:

Gemarkung Bettenhausen

Flur 9 Flstck. 1/1 H 10,3355 ha

Flur 19 Flstck. 18/1 H 18,4908 ha

Spl 0,5300 ha

§ 3

(1) Die in § 2 bezeichneten Flächen dienen vorrangig der Erholung. Die forstliche Nutzung erfolgt im Rahmen der langfristigen Planung.

(2) Die Anlage von Erholungseinrichtungen wird einvernehmlich von Waldbesitzern, Naturparkträgern und Zweckverband Raum Kassel geplant.

§ 4

(1) Die Nutzung der zum Erholungswaldgebiet gehörenden Grundstücke hat auf die besondere Erholungsfunktion Rücksicht zu nehmen.

(2) Das Bestandesziel soll ein standortgemäßer und artenreicher Baumbestand sein, der in den von der Forsteinrichtung festzulegenden Umtriebszeiten zu nutzen ist.

(3) Die Waldränder sind entsprechend den ökologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten abwechslungsreich, vielschichtig und artenreich zu gestalten.

§ 5

(1) Bei der Durchführung forstbetrieblicher Maßnahmen sind insbesondere die auch dem Erholungsverkehr dienenden Wege zu schonen. Beschädigungen sind im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten zu beseitigen.

(2) Auf Markierungen an Wanderwegen ist Rücksicht zu nehmen.

Diese Erklärung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 30. Januar 1981

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
— Obere Forstbehörde —
gez. Dr. Ruppert

StAnz. 9/1981 S. 536



327

**Erklärung zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz
in der Fassung vom 4. Juli 1978**

„Habichtswald“

§ 1

(1) Die in § 2 näher bezeichneten Waldgrundstücke und sonstigen Grundstücke im Stadtkreis/Landkreis Kassel werden zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz i. d. F. vom 4. Juli 1978 (GVBl. I S. 423) erklärt.

(2) Verordnung und Karte sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — Obere Forstbehörde — hinterlegt. Ausfertigungen befinden sich beim Kreisausschuß des Landkreises Kassel, beim Magistrat der kreisfreien Stadt Kassel, bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Raum Kassel sowie bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiebaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 2

(1) Die Grenzen des Erholungswaldes sind in der als Bestandteil zu dieser Erklärung gehörenden topographischen Karte 1 : 25 000 rot eingetragen.

(2) Die Gesamtfläche des Erholungswaldes beträgt **2 393,0352 ha**. Sie setzt sich aus den folgenden Grundstücken zusammen:
Forstabteilungen: 1 bis 68, 70 bis 153 und 155

Die Abteilungen liegen in den Gemarkungen Kassel-Habichtswald, Niederzwehren und Harleshäuser. Einbezogen wurden die Exklaven der Gemeinde Ahnatal-Weimar sowie der „Baunsberg“ im Gemeindebezirk der Stadt Baunatal.

Die im Betrieb befindlichen Steinbruchflächen der Firma Menke und der Casseler-Basalt-Industrie werden nicht zum Erholungswald gezählt.

(3) Soweit die Forstabteilungen 50, 51, 79, 80 und 155 je tlw. zum Golfplatz gehören, sind sie nicht Bestandteil des Erholungswaldes.

§ 3

(1) Die in § 2 bezeichneten Flächen dienen vorrangig der Erholung. Die forstliche Nutzung erfolgt im Rahmen der langfristigen Planung.

(2) Die Anlage von Erholungseinrichtungen und die Regelung des Erholungsverkehrs werden einvernehmlich von Waldbesitzern, Naturparkträgern, Zweckverband Raum Kassel und den Unteren Naturschutzbehörden geplant.

§ 4

(1) Die Nutzung der zum Erholungswaldgebiet gehörenden Grundstücke hat auf die besondere Erholungsfunktion Rücksicht zu nehmen.

(2) Das Bestandesziel soll ein artenreicher und standortgemäßer Baumbestand sein, der in den von der Forsteinrichtung festzulegenden Umtriebszeiten zu nutzen ist. Waldgesellschaften, die wegen ihrer Seltenheit oder Schönheit, ihres Reichtums an Tier- und Pflanzenarten, ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, das Klima oder den Wasserhaushalt besonders wertvoll sind, sollen in ihrem Charakter und ihren Funktionen erhalten werden.

(3) Die Waldränder sind entsprechend den ökologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten abwechslungsreich, vielschichtig und artenreich zu gestalten.

Diese Erklärung tritt am Tage nach ihrer Verkündigung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 30. Januar 1981

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
— Obere Forstbehörde —
gez. Dr. Ruppert

StAnz. 9/1981 S. 538



328

**Erklärung zu Erholungswald gem. § 23 Hess. Forstgesetz
in der Fassung vom 4. Juli 1978**

„Mühlenberg“

§ 1

(1) Die in § 2 näher bezeichneten Waldgrundstücke und sonstigen Grundstücke im Stadtkreis/Landkreis Kassel werden zu Erholungswald gem. § 233 Hess. Forstgesetz i. d. F. vom 4. Juli 1978 (GVBl. I S. 423) erklärt.

(2) Verordnung und Karte sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — Obere Forstbehörde — hinterlegt. Ausfertigungen befinden sich beim Kreisausschuß des Landkreises Kassel, bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Raum Kassel sowie bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 2

(1) Die Grenzen des Erholungswaldes sind in der als Bestandteil zu dieser Erklärung gehörenden topographischen Karte 1 : 25 000 orange eingetragen.

(2) Die Gesamtfläche des Erholungswaldes beträgt **378,5815 ha**. Sie setzt sich aus den folgenden Grundstücken zusammen:

Waldflächen im Revierteil Mühlenberg, Gemarkung Heiligenrode

Abt. 747 = 27,5878 ha	Abt. 757 = 30,7992 ha
Abt. 748 = 25,8231 ha	Abt. 758 = 21,6800 ha
Abt. 749 = 22,4000 ha	Abt. 760 = 25,5897 ha
Abt. 750 = 27,5300 ha	Abt. 761 = 17,6200 ha
Abt. 751 = 22,0900 ha	Abt. 762 = 14,9577 ha
Abt. 753 = 16,4492 ha	Abt. 763 = 19,1501 ha
Abt. 754 = 26,9264 ha	Abt. 764 = 12,6561 ha
Abt. 755 = 18,3212 ha	Abt. 765 = 16,5070 ha
Abt. 756 = 18,7143 ha	Abt. 766 = 13,7797 ha

§ 3

(1) Die in § 2 bezeichneten Flächen dienen vorrangig der Erholung. Die forstliche Nutzung erfolgt im Rahmen der langfristigen Planung.

(2) Die Anlage von Erholungseinrichtungen wird einvernehmlich von Waldbesitzern, Naturparkträgern und Zweckverband Raum Kassel geplant.

§ 4

(1) Die Nutzung der zum Erholungswaldgebiet gehörenden Grundstücke hat auf die besondere Erholungsfunktion Rücksicht zu nehmen.

(2) Das Bestandesziel soll ein standortgemäßer und artenreicher Baumbestand sein, der in den von der Forsteinrichtung festzulegenden Umtriebszeiten zu nutzen ist.

(3) Die Waldränder sind entsprechend den ökologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten abwechslungsreich, vielschichtig und artenreich zu gestalten.

§ 5

(1) Bei der Durchführung forstbetrieblicher Maßnahmen sind insbesondere die auch dem Erholungsverkehr dienenden Wege zu schonen. Beschädigungen sind im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten zu beseitigen.

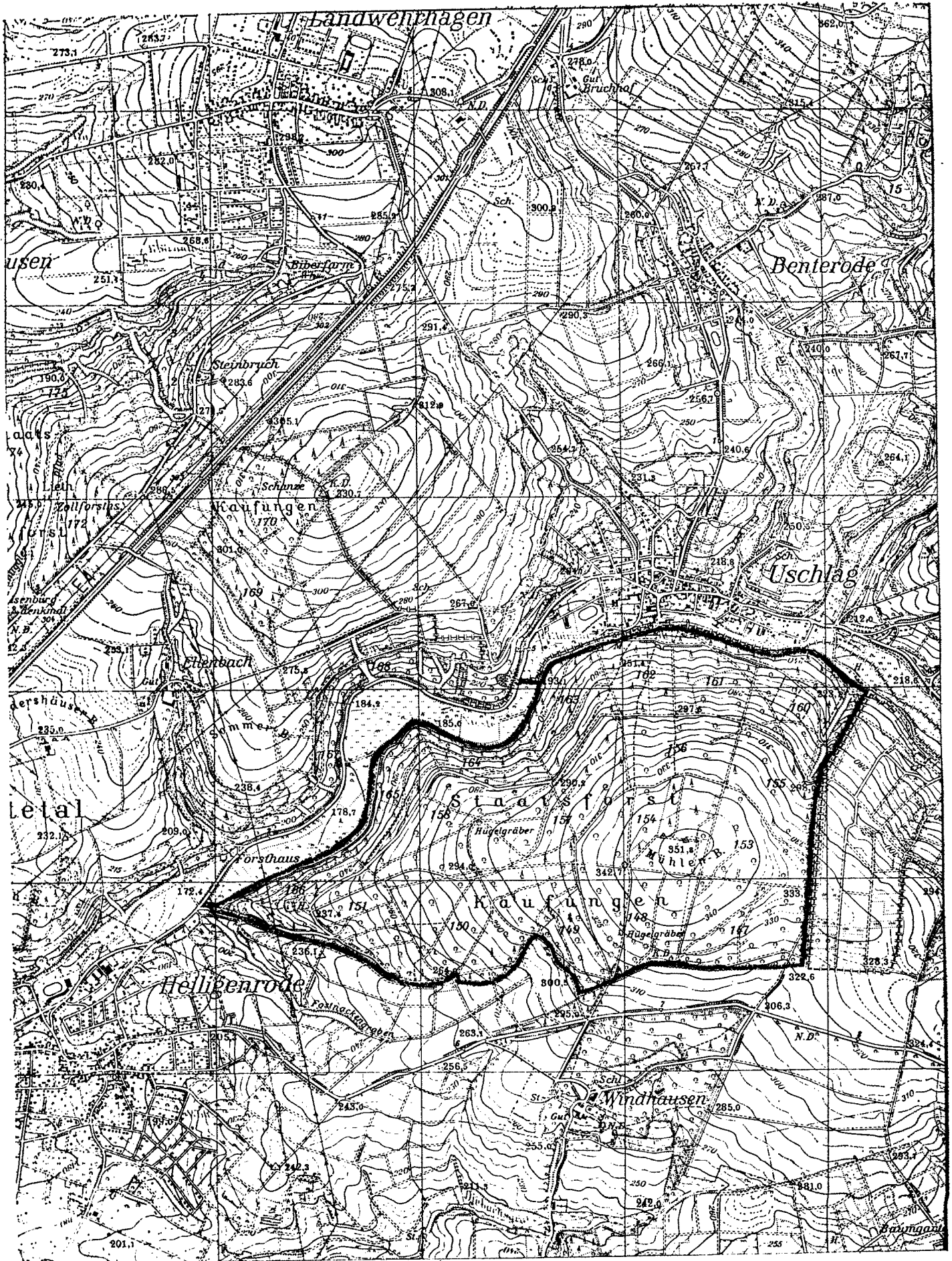
(2) Auf Markierungen an Wanderwegen ist Rücksicht zu nehmen.

Diese Erklärung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 30. Januar 1981

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz
— Obere Forstbehörde —
gez. Dr. Ruppert**

StAnz. 9/1981 S. 540



329

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Regierungspräsident Kassel

Kriminalpolizei

ernannt:

zum **Kriminalhauptmeister Kriminalobermeister (BaP)** Holger Schlarbaum, KK Fritzlar (1. 10. 80);

zu **KriminalobermeisterInnen** die Kriminalmeisterinnen (BaP) Gabriele Kühlewind, KK Hersfeld, Christiane Müller, KK Fritzlar (beide 6. 10. 80), Ruth Wehner, PD Fulda (3. 10. 80);

zu **Kriminalobermeistern (BaL)** die Kriminalmeister (BaP) Günther Kirchner, KK Eschwege, Manfred Stremme, KK Korbach (beide 6. 10. 80);

eingewiesen

in die Besoldungsgruppe A 9 mit einer Amtszulage die **Kriminalhauptmeister (BaL)** Walter Ise, KK Korbach, Klaus-Wolfram Krockner, PD Fulda (beide 1. 10. 80);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalhauptmeister (BaL) Holger Schlarbaum, KK Fritzlar (6. 11. 80).

Kassel, 11. Februar 1981

Der Regierungspräsident
I/3 K — 8 b 24 01
StAnz. 9/1981 S. 542

Der Polizeipräsident in Frankfurt am Main

in den Ruhestand getreten:

die **Kriminalhauptkommissare** Hans-Jürgen Hahn, Klaus Schöne, **Polizeihauptmeister** Otto Buchner (sämtlich 31. 1. 1981);

in den Ruhestand versetzt:

Der Erste Polizeihauptkommissar Günter Thielmann (31. 1. 81).

Frankfurt am Main, 6. Februar 1981

Der Polizeipräsident
P III/13 — 8 b 22
StAnz. 9/1981 S. 542

330 DARMSTADT

REGIERUNGSPRÄSIDENTEN

Vorhaben der Firma Dyckerhoff-Zementwerke AG, 6200 Wiesbaden

Der Firma Dyckerhoff-Zementwerke AG., Biebricher Straße Nr. 74, Wiesbaden-Amöneburg, hat Antrag auf Erteilung einer Immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Änderung und Wiederinbetriebnahme einer vorhandenen Kohlemahlanlage und Errichtung einer neuen Hilfsfeuerung mit Kamin in Wiesbaden, Gemarkung Kastel, Flur 3, Flurstück 133/4, gestellt.

Die Anlage soll nach Bescheiderteilung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 9. März 1981 bis 11. Mai 1981 bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, Zimmer 310, und beim Magistrat der Stadt Wiesbaden — Ordnungsamt —, Bahnhofstraße 41, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 1. Juni 1981, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet in 6200 Wiesbaden — Ordnungsamt — Bahnhofstr. 41, Zimmer 49, statt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 4. Februar 1981

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — Dyckerhoff — (8a)
StAnz. 9/1981 S. 542

331

Vorhaben der Firma Hoechst AG — Werk Albert —, 6200 Wiesbaden

Die Firma Hoechst AG — Werk Albert —, Albrechtstraße Nr. 10—14, 6200 Wiesbaden 12, hat Antrag auf Erteilung einer

immissionsschutzrechtlichen Genehmigung einer Hochtemperaturanlage mit Rückstandsverwertung für den Kunstharz-betrieb Gebäude 8—65 in Wiesbaden, Gemarkung Kastel, Flur III, Flurstück 183/8, gestellt.

Die Anlage soll im vierten Quartal 1981 in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 9. März 1981 bis 11. Mai 1981 bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, Zimmer 310, und beim Magistrat der Stadt Wiesbaden — Ordnungsamt — Bahnhofstr. 41, 6200 Wiesbaden, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 2. Juni 1981, 9.30 Uhr, bestimmt. Er findet in 6200 Wiesbaden, Bahnhofstraße 41, statt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 5. Februar 1981

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — FWA — (7 f)
StAnz. 9/1981 S. 542

332 GIESSEN

Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 498 in der Gemarkung Ahlbach der Stadt Limburg a. d. Lahn, Landkreis Limburg-Weilburg, Regierungsbezirk Gießen

Nach Verkehrsübergabe einer Neubaustrecke im Zuge der Kreisstraße 498 ist die in der Gemarkung Ahlbach der Stadt Limburg a. d. Lahn im Landkreis Limburg-Weilburg, Regierungsbezirk Gießen, gelegene alte Teilstrecke der Kreisstraße 498

von km 2,155 alt (bei km 0,193 der K 498 neu)
bis km 2,310 alt (an der B 49)

= 0.155 km

für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. März 1981 eingezogen (§ 6 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung schriftlich oder zur Niederschrift bei meiner Behörde Widerspruch erhoben werden.

Darmstadt, 10. Februar 1981

Der Regierungspräsident in Gießen
— Außenstelle Darmstadt —
AS DA IV/1 — 66 a 02/03 (4) — 5/81
StAnz. 9/1981 S. 542

BUCHBESPRECHUNGEN

Staatsrecht. Von Ekkehart Stein. 7., neu bearbeitete Aufl., 1980, XIII, 344 S., kart., DM 29,—. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 7400 Tübingen.

Das Werk hat in verhältnismäßig kurzer Zeit (1968 bis 1980) sieben Auflagen erlebt. Allein diese Tatsache beweist bereits, welchen Anklang es bei dem Leserkreis, für den es bestimmt ist, gefunden hat. Im Vorwort weist der Verfasser nachdrücklich darauf hin, daß es sich bei diesem Buch um ein „Lehrbuch im wörtlichen Sinn“ handelt, d. h. „sein Ziel ist die Anleitung zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten“. Diese Aufgabe zu erfüllen, ist das Buch in höchstem Maße geeignet.

Bereits in der Gliederung des Werkes hat sich Stein von überkommenen Mustern freigemacht. Der Stoff ist, wie schon in der Besprechung der vorhergehenden Auflage in StAnz. 1978 S. 2561 erwähnt, in einer neuartigen — und durchaus überzeugenden — Weise geordnet, die manche überraschenden Zusammenhänge erkennbar werden läßt.

Der Verfasser versteht es, auch komplizierte Zusammenhänge anschaulich darzustellen, so daß das Buch teilweise regelrecht spannend zu lesen ist.

Einleitend eröffnet Stein einen „ersten Blick in das Grundgesetz“. Hieran schließt sich ein geschichtlicher Überblick über die Entwicklung des parlamentarischen Systems. Die denkbaren demokratischen Regierungsformen und das Verhältnis von Regierung und Parlament werden klar herausgearbeitet. Bemerkenswert ist der Exkurs über die Frage, ob der Rechtsprechung — abgesehen von der des Bundesverfassungsgerichts — rechtsverändernde Wirkung zukommt. Aus dem Zusammenhang heraus werden auch Problemfälle angesprochen und Lösungsmöglichkeiten erörtert.

Der Stoff ist in erster Linie nach didaktischen Gesichtspunkten geordnet. Die jedem Abschnitt angefügten Kontrollfragen sollen sicherstellen, daß der Benutzer wesentliche Aussagen nicht überliest oder nicht versteht. Darüber hinaus enthält das Werk 15 Übungsfälle mit Lösungsskizzen, die die Anwendung des erworbenen Wissens auf konkrete Rechtsprobleme erleichtern.

Grundsätzlich orientiert sich das Werk weitgehend an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und setzt sich kritisch mit ihr auseinander.

Besonders hervorzuheben ist die Behandlung aktueller Fragen, die gerade für Studenten bedeutsam sein dürften. Hierbei scheut sich der Verfasser nicht, auch „heiße Eisen“ anzupacken, so bei der klaren und abgewogenen Erörterung der sogen. „Berufsverbote“. Höchst interessant auch die Ausführungen zur Frage der Kriegsdienstverweigerung, zum Hochschulurteil des BVerfG, zum Grundlagenvertrag und der darüber entbrannten Diskussion sowie auch zum Begriff der Gewaltenteilung. Auch sonst vertritt der Verfasser häufig einen kritischen Standpunkt, so wenn er bei der Erörterung der Frage, ob ein Sitzstreik eine „friedliche Versammlung“ ist, eine Entscheidung des AG Frankfurt einem Urteil des BGH gegenüberstellt und abschließend bemerkt: „Von diesem höchst richterlichen Appell an das Gefühl hebt sich die sorgfältige Begründung des oben erwähnten Urteils des Amtsgerichts Frankfurt am Main wohl tuend ab.“

Die Neuaufgabe berücksichtigt die Weiterentwicklung von Lehre und Rechtsprechung seit 1978. Dies ist allerdings in unterschiedlichem Maße verwirklicht. Bei der kurzen Darstellung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts (§ 25 ID) fehlen die Ergänzungen durch das Adoptionsgesetz von 1976.

Abschließend bleibt zu wünschen, daß auch der vorliegenden Neuaufgabe des nützlichen Lehrbuchs der verdiente Erfolg zuteil wird.

Assessor Manfred Hoffmann

Deutsches Umweltschutzrecht. Sammlung des Umweltschutzrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Von Dr. jur. Michael Klopfer, Ordentlicher Professor an der Universität Trier. Loseblattausgabe in 2 Bänden, 30. Ergänzungslieferung, 294 S., DIN A 5, DM 49,—; Gesamtwerk, DM 72,—. Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha am Starnberger See, 8136 Kempfenhausen am Starnberger See.

Die Sammlung „Deutsches Umweltschutzrecht“ beinhaltet das gesamte Umweltrecht des Bundes einschließlich der Verwaltungsvorschriften und Richtlinien sowie das einheitlich im Bundesgebiet geltende Umweltrecht der Länder. Mit der 30. Ergänzungslieferung wird das gesamte Werk auf den Stand vom 1. Januar 1980 gebracht, allerdings ist auch das am 25. September 1980 verkündete Chemikaliengesetz aufgenommen worden.

Die Zusammenstellung ist klar und übersichtlich vorgenommen worden. Ein Sachverzeichnis und ausführliches Stichwortverzeichnis unterstützen das rasche Auffinden der gesuchten Bestimmungen. Als Loseblattausgabe gewährleistet die Sammlung jederzeit die Wiedergabe des neuesten Standes im geltenden Umweltschutzrecht. Sie wird daher auch nach Gesetzesänderungen und nach dem Erlaß von son-

stigen Vorschriften immer ihren aktuellen Wert behalten bzw. schnell wieder erreichen.

In der 30. Ergänzungslieferung sind die 3. Abwasserschadlichkeitsverordnung, das Chemikaliengesetz sowie die Gefahrgutverordnung — Eisenbahn neu aufgenommen worden. Ferner wurden die Änderungen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, der Gewerbeordnung, des Gerätesicherheitsgesetzes, der Strahlenschutzverordnung, des Energiesicherungsgesetzes sowie des Gesetzes über das Branntweinmonopol berücksichtigt. Ferner wurden Neufassungen der Gefahrgutverordnung — Straße und der Straßen-Gefahrgutausnahmeverordnung abgedruckt. Die 30. Ergänzungslieferung enthält ferner 3 Richtlinien auf dem Gebiete des Strahlenschutzes sowie 4 Rundschreiben des Bundesinnenministers zur Strahlenschutz-Verordnung und zwei weitere Rundschreiben auf dem Gebiete des Immissionsschutzrechts. Der Verfasser der Sammlung des „Deutschen Umweltschutzrechts“, Prof. Dr. jur. Klopfer, kann als ausgezeichnete Kenner des Umweltschutzrechts bezeichnet werden. Er ist nicht nur ordentlicher Professor an der Universität Trier, sondern auch wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Deutsches und Internationales Agrarrecht und Umweltrecht der Gesellschaft für Rechtspolitik sowie Richter im Nebenamt am Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz.

Leider können in der Sammlung nicht alle Umweltschutzvorschriften der Länder Aufnahme finden, da sie einen nicht unerheblichen Raum beanspruchen würden. Sie sind aber auch nicht allgemein in der Bundesrepublik von Interesse. Offenbar beginnt auf dem Gebiete des Umweltschutzrechts nach der zeitweise hektischen Entwicklung nunmehr eine etwas ruhigere Phase, die eine gewisse Konsolidierung des Rechtsgebietes erhoffen läßt.

Die Loseblattausgabe „Deutsches Umweltschutzrecht“ in 2 Bänden ist als ein gutes, brauchbares Instrumentarium für alle, die mit dem Umweltschutz zu tun haben oder sich eingehend über die bestehenden Vorschriften informieren wollen, anzusehen und kann daher bestens empfohlen werden. Ministerialrat Friedrich Karl Schneider

Geschichte des Bistums Breslau (besprochen in StAnz. 1981 S. 324). Der Preis beträgt nicht DM 28,—, sondern DM 38,—.

Dienst-, Sozial- und Steuerrecht im öffentlichen Dienst — DIESO — Tarifrecht — Herausgegeben von Dr. Georg Bretschneider, Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofs a. D., unter Mitarbeit von Ministerialrat Dr. Karl-Heinz Kiefer, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Bonn. Loseblatt-Tarifsammlung, 62. und 63. Ergänzungslieferung, 126 bzw. 96 S., DIN A 5, Gesamtwerk, 3 Kunstledersammelordner, DM 52,—. Hermann Luchterhand Verlag, 5450 Neuwied.

Die umfassende Loseblatt-Tarifsammlung wird mit der Ergänzungslieferung 62 hinsichtlich der verschiedenen Versorgungstarifverträge auf den neuesten Rechtsstand gebracht. Die folgende Ergänzungslieferung dient der Einarbeitung der demnächst auslaufenden Vergütungstarifverträge Nr. 18 zum BAT für den Bereich des Bundes und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie für den Bereich der kommunalen Arbeitgeberverbände. Eingearbeitet werden schließlich noch die Änderungen des MTL II durch den Änderungstarifvertrag Nr. 35 vom 18. April 1980 und die Änderungen der Richtlinien über die Einreihung der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte (TdL-Bereich).

Regierungsdirektor Ludwig Ramdohr

Das Urlaubsrecht des öffentlichen Dienstes mit Erläuterungen des Bundesrechts. Von Gerhard Weber und Jürgen Banse. Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 6. Ergänzungslieferung) 880 S., DM 48,—; 7. Ergänzungslieferung (Stand 1. Oktober 1980), 192 S., DM 35,—. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, 8000 München 80.

Mit der 6. Ergänzungslieferung (Stand 1. Juli 1980) wurden die umfangreichen urlaubsrechtlichen Änderungen im Arbeitnehmerbereich auf den neuesten Stand gebracht, soweit dies nicht bereits in der 5. Ergänzungslieferung erfolgte. Hauptgebiete waren die Berechnung und Zahlung der Urlaubsvergütung und des Urlaubslohnes, Erfüllung des Urlaubsanspruchs, Urlaubsabgeltung und Arbeitsbefreiung. Einbezogen wurden die Änderungen der Tarifverträge für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes vom April 1980 und vom 21. Mai 1980.

Die 7. Ergänzungslieferung enthält im wesentlichen Änderungen der Urlaubsregelungen für Beamte. Insbesondere wurden die Änderungen der Erholungsurlaubsverordnung, der Sonderurlaubsverordnung, der Heimaturlaubsverordnung und der Bestimmungen über den Mutterschaftsurlaub der Beamtinnen im Bundesbereich berücksichtigt und die Erläuterungen hierzu entsprechend ergänzt.

Die 8. Ergänzungslieferung ist in Kürze zu erwarten. Das Inhaltsverzeichnis ist bereits auf den Stand der 8. Ergänzungslieferung gebracht worden.
Amtsrätin Brigitte Damm

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1981

MONTAG, 2. MÄRZ 1981

Nr. 9

Gerichtsangelegenheiten

632

VIII 144 — Zulassung als Rechtsbeistand: Herr Hans Josef Wehl, 6117 Schaafheim, Am Eichwald 16, habe ich die Zulassung als Rechtsbeistand erteilt. Das Auftreten in mündlicher Verhandlung vor Gericht wurde nicht gestattet.
6100 Darmstadt, 6. 2. 1981

Der Präsident des Landgerichts

633

371/2 E Bellinger — Zulassung als Rechtsbeistand: Herr Hans Bellinger, geschäftsanässig Rudolf-Schwander-Straße 5, 3500 Kassel, habe ich auf Grund des Art. 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes in Erweiterung der Erlaubnis vom 13. 3. 1978 als Rechtsbeistand für Handels- und Gesellschaftsrecht zugelassen.
3500 Kassel, 6. 2. 1981

Der Präsident des Amtsgerichts

Güterrechtsregister

634

GR 454 — Neueintragung — 14. 1. 1981: Eheleute Rentner Heinrich Löschenkohl und Bankangestellte Erika Dorothea Elisabeth geb. Waßmuth, beide Taunusstein 1. Durch notariellen Vertrag vom 21. November 1980 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

6208 Bad Schwalbach, 14. 1. 1981

Amtsgericht

635

GR 461 — Neueintragung — 19. 2. 1981: Durch notariellen Vertrag vom 22. Januar 1981 haben der Kraftfahrer Wolfgang Ewald und Karola geb. Gözl in Altenstadt den gesetzlichen Güterstand ausgeschlossen und ist damit Gütertrennung eingetreten.

6476 Büdingen, 19. 2. 1981

Amtsgericht

636

GR 597 — Neueintragung — 20. 2. 1981: Bürokaufmann Helmut Jungk und Krankenschwester Angela geb. Engels, Alter Weg 22, 6340 Dillenburg 3. Durch Vertrag vom 13. Januar 1981 ist Gütertrennung vereinbart.

6340 Dillenburg, 20. 2. 1981

Amtsgericht

637

GR 374 — Neueintragung — 19. 2. 1981: Die Eheleute Heinz Clemens, Kfz-Mechanikermeister in Fürth (Odw.) und Elisabeth Eleonore Clemens geb. Fleschhut, Hausfrau, daselbst, haben durch Vertrag vom 9. Januar 1981 den in Fürth (Odw.) unterhaltenen Gewerbebetrieb, in dessen Rahmen der Verkauf und die Reparatur von Zweiradfahrzeugen aller Art sowie der Verkauf von Zubehörteilen erfolgt, zum Vorbehaltsgut des Ehemannes erklärt.

6149 Fürth (Odw.), 19. 2. 1981

Amtsgericht

638

6 GR 602 A — Neueintragung — 20. 2. 1981: Eheleute Heinz Peter Echternach, geboren am 3. September 1947, und Irmhild Echternach geb. Grosch, geboren am 10. Juni 1950, beide wohnhaft Waldstr. 15, 6080 Groß-Gerau. Durch Vertrag vom 31. Oktober 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

6080 Groß-Gerau, 20. 2. 1981

Amtsgericht

639

8 GR 307 — Neueintragung — 3. 2. 1981: Eheleute August Siebert und Helga Siebert geb. Linse, beide Leipziger Str. 55, 3577 Neustadt Hess. 1. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

3575 Kirchhain, 18. 2. 1981

Amtsgericht

640

Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Offenbach am Main

GR 4657 — 20. 2. 1981: Eheleute Detlef Joachim Döring, Betonfacharbeiter, und Stefanie geb. Eisenbeis, Bankkaufmann, in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 14. November 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4658 — 20. 2. 1981: Eheleute Horst Schäfer, Rechtsanwalt, und Ilena Kowalsky-Schäfer geb. Kowalsky, Rechtsanwalts- und Notarhilfin, in Mühlheim am Main. Durch notariellen Vertrag vom 6. Januar 1981 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4659 — 20. 2. 1981: Eheleute Helmut Fritz Bernhard Reinke, Kühlanlagenbaumeister, und Liane Rosemarie Berta geb. Wulke, kaufm. Angestellte, in Mühlheim am Main. Durch notariellen Vertrag vom 22. Januar 1981 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4660 — 20. 2. 1981: Eheleute Ibrahim Bülent Alsan, Kaufmann, und Doris Alsan geb. Allmann, Kauffrau, in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 6. Januar 1981 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4661 — 20. 2. 1981: Eheleute Herbert Willi Dinges, Klimaingenieur, und Monika geb. Stieb, kaufm. Angestellte, in Mühlheim am Main. Durch notariellen Vertrag vom 11. Dezember 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4662 — 20. 2. 1981: Eheleute Harald Georg Hild, Elektroniker, und Maria Theresia geb. Budny, Erzieherin, in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 31. Oktober 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4663 — 20. 2. 1981: Eheleute Joachim Angersbach, Student, und Jutta Keskari-Angersbach geb. Keskari, in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 28. November 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4664 — 20. 2. 1981: Eheleute Gerhard Preisendörfer, Schachtmeister, und Ingrid geb. Lutz, Steno-Phonotypistin, in Heusenstamm. Durch notariellen Vertrag vom 6. Januar 1981 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4665 — 20. 2. 1981: Eheleute Perica Radman, Maschinendreher, und Jutta Iris

geb. Weinbruch, Zahnarzhelferin, in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 25. November 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 4666 — 20. 2. 1981: Eheleute Lawrence Lorenz Matthews, Angehöriger der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, und Gisela Elisabeth geb. Habermann, Büglerin, in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 27. November 1980 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2790 — Veränderung — 20. 2. 1981: Eheleute Dr. med. Günter Heinz Franz Greulich und Regina Margarethe Ottilie geb. Strassfeld, in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 1. Dezember 1980 ist Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

6050 Offenbach am Main, 20. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 5

Vereinsregister

641

VR 539 — Neueintragung — 19. 2. 1981: Angelsportverein Steinfurth 1980, Bad Nauheim-Steinfurth.

6360 Friedberg (Hessen), 19. 2. 1981

Amtsgericht

642

VR 298 — Neueintragung — 12. 2. 1981: Gesangverein „Harmonie 1878 Ober-Schönmattenweg“, 6948 Wald-Michelbach/Ober-Schönmattenweg.

6149 Fürth (Odw.), 12. 2. 1981

Amtsgericht

643

VR 299 — Neueintragung — 12. 2. 1981: Interessenskreis zur Förderung der Gesamtschule Fürth 1975, 6149 Fürth (Odw.).

6149 Fürth (Odw.), 12. 2. 1981

Amtsgericht

644

VR 605 — Auflösung — 13. 2. 1981: Interessengemeinschaft Mittelpunkt-Hallenbad Gebiet Lich, Lich. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 19. Dezember 1975 ist der Verein aufgelöst.

VR 1262 — Neueintragung — 13. 2. 1981: Arbeitskreis für Haushalts-, Arbeits- und Freizeithygiene, Gießen.

VR 1264 — Neueintragung — 13. 2. 1981: Corps der Majoretten 1980 Gießen, Gießen.

VR 1266 — Neueintragung — 13. 2. 1981: Verein junger Redakteure, Gießen.

VR 1277 — Neueintragung — 13. 2. 1981: Studentenwohnheim Ludwigstraße. Sitz des Vereins: Gießen.

VR 1279 — Neueintragung — 13. 2. 1981: Deutscher Schwerhörigenbund Ortsverein Gießen. Sitz des Vereins: Gießen.

VR 1281 — Neueintragung — 16. 2. 1981: Männergesangverein Einheit 1881 Allendorf/Lahn. Sitz des Vereins: Gießen-Allendorf.

6300 Gießen, 17. 2. 1981

Amtsgericht

645

41 VR 889 — Neueintragung — 20. 2. 1981: Handel und Gewerbeverein Langenselbold eingetragener Verein, Sitz: Langenselbold.

6450 Hanau, 20. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 41

646

1 VR 221 — **Neueintragung** — 17. 2. 1981: Jugendblasorchester 1968 Korbach e. V. in Korbach.
3540 Korbach, 17. 2. 1981 **Amtsgericht**

647

1 VR 222 — **Neueintragung** — 17. 2. 1981: Korbacher Fahrlehrervereinigung e. V. in Korbach.
3540 Korbach, 17. 2. 1981 **Amtsgericht**

648

VR 310 — **Neueintragung** — 16. 2. 1981: Reit- und Fahrverein Rüsselsheim-Haßloch, Rüsselsheim.
6090 Rüsselsheim, 16. 2. 1981 **Amtsgericht**

Vergleiche — Konkurse**649**

4 N 5/81: Über das Vermögen der Elke Hoyer-Wegfarth KG — **Thermoplaste** — in Zwingenberg-Rodau, Gartenstraße 7, ist am 18. Februar 1981, 11.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Diplom-Kaufmann Helmut Schmutzler, Bensheim-Auerbach, Darmstädter Straße 243.

Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1981 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, 26. März 1981, 14.30 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, 30. April 1981, 14.30 Uhr, jeweils im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer Nr. 203.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Gemeinschaftschuldnerin aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Konkursverwalter bis zum 20. März 1981 anzeigen.

6140 Bensheim, 18. 2. 1981 **Amtsgericht**

650

61 N 15/81 — **Beschluß**: In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen des **gemeinnützigen Schulvereins Darmstadt e. V.**, Saalbaustraße 13/15, 6100 Darmstadt, — **Gemeinschuldner** —, wird zur Sicherung und Feststellung der Vermögensmasse des Gemeinschuldners die Sequestration des Vermögens — einschließlich Geschäftsbetrieb und Grundstücken — des Gemeinschuldners angeordnet.

Verfügungen im Zusammenhang mit der Sicherung und Feststellung der Vermögensmasse dürfen nur durch den Sequester vorgenommen werden. Der Gemeinschuldner hat sich jeder Verfügung zu enthalten, insbesondere ist ihm die Einziehung von Außenständen untersagt.

Zum Sequester wird der Rechtsbeistand Klaus Köhle, Im Hartgrund 1, 6146 Alsbach-Hähnlein 1, Tel. (0 62 57) 53 36, bestellt.

Zugleich wird heute, Mittwoch, den 18. Februar 1981, 14.00 Uhr, gegen den Gemeinschuldner ein allgemeines Veräußerungsverbot zur Sicherung der Masse erlassen (§ 106 KO). Drittschuldner haben ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Gemeinschuldner sofort bei Fälligkeit an den Sequester zu erfüllen. Zahlungen an den Gemeinschuldner, die entgegen diesem Verbot erfolgen, sind rechtsunwirksam.
6100 Darmstadt, 18. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 61

651

61 N 16/81 — **Beschluß**: In dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen des Handelsschuldners **Otto Eugen Häuser**, Saalbaustraße 13/15, 6100 Darmstadt — **Gemeinschuldner** —, wird zur Sicherung und Feststellung der Vermögensmasse des Gemeinschuldners die Sequestration des Vermögens — einschließlich Geschäftsbetrieb und Grundstücken — des Gemeinschuldners angeordnet.

Verfügungen im Zusammenhang mit der Sicherung und Feststellung der Vermögensmasse dürfen nur durch den Sequester vorgenommen werden. Der Gemeinschuldner hat sich jeder Verfügung zu enthalten, insbesondere ist ihm die Einziehung von Außenständen untersagt.

Zum Sequester wird der Rechtsanwalt W. Edgar Hummel, Frankfurter Str. 5/7, 6100 Darmstadt, Tel. 2 01 67, bestellt.

Zugleich wird heute, Mittwoch, den 18. Februar 1981, 14.00 Uhr, gegen den Gemeinschuldner ein allgemeines Veräußerungsverbot zur Sicherung der Masse erlassen (§ 106 KO). Drittschuldner haben ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Gemeinschuldner sofort bei Fälligkeit an den Sequester zu erfüllen. Zahlungen an den Gemeinschuldner, die entgegen diesem Verbot erfolgen, sind rechtsunwirksam.
6100 Darmstadt, 18. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 61

652

34 VN 1/81: Die **Gesellschaft für Rohrleitungs-, Apparate- und Behälterbau mit beschränkter Haftung (RAB GmbH)** in 6116 Eppertshausen, Jahnstraße, vertreten durch die Geschäftsführerin Ursula Droßmann geb. Zabczyk, in Dieburg, hat am 18. Februar 1981 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gemäß § 1 der Vergleichsordnung beantragt. Zum vorläufigen Verwalter ist Rechtsanwalt Dr. Reiner Schlosser, Waldkolonie 29, 6101 Bickenbach, bestellt, dem die in § 57 VergO erwähnten Befugnisse eines Vergleichsverwalters bezüglich der Kassenführung und Mitwirkung bei der Eingehung von Verbindlichkeiten übertragen wurden. Es ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Außenstände sind von den Schuldner der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten. Zahlungen an die Antragstellerin dürfen nicht mehr vorgenommen werden. Die Antragstellerin darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen.
6110 Dieburg, 18. 2. 1981 **Amtsgericht**

653

34 N 4/81: Über das Vermögen der Firma **Haubold-Pfalzgraf Bekleidungsgesellschaft mbH**, Wilhelm-Leuschner-Straße 41, 6114 Groß-Umstadt-Heubach, ist am 20. Februar 1981, 14.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter: Rechtsbeistand Klaus Siebicke, Lausitzer Straße Nr. 16, 6054 Rodgau 6. Anmeldefrist bis zum 30. April 1981. Erste Gläubigerversammlung: 6. April 1981, 14.00 Uhr. Erster Prüfungstermin: 18. Mai 1981, 14.00 Uhr, jeweils Amtsgericht Dieburg, Marienstr. 31, 1. Stock, Raum 12. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 15. März 1981.
6110 Dieburg, 20. 2. 1981 **Amtsgericht**

654

3 N 3/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Heinrich + Goldau, Ladeneinrichtungen**, 3440 Eschwege-Oberhone, ist der Rechtsanwalt Klaus

Bechmann, Brüder-Grimm-Platz 4, 3500 Kassel, anstelle des bisherigen Verwalters, Steuerbevollmächtigter Rolf Herrmann, Reichensächser Str. 17a, 3440 Eschwege, zum Konkursverwalter ernannt worden.
3440 Eschwege, 17. 2. 1981 **Amtsgericht**

655

81 N 451/76 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Main-Taunus-Stahlhandel Kommanditgesellschaft**, Silostraße 67 in 6230 Frankfurt am Main-Höchst, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 2. Juni 1981, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.
6000 Frankfurt am Main, 11. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 81

656

81 N 552/76 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Fisch-Bader Kommanditgesellschaft**, Leipziger Straße 55, 6000 Frankfurt am Main, vertreten durch ihren persönlich haftenden Gesellschafter, Kaufmann Werner Maximilian Bader, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 9. Juni 1981, 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.
6000 Frankfurt am Main, 9. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 81

657

42 N 29/81: Über das Vermögen der Firma **Wärme-Elektro-Haushalt-Rundfunk-Television Stürmer GmbH**, Krämerstraße 26, 6450 Hanau am Main, Geschäftsführer: Frau Helga Auth, wohnhaft in Alfred-Göbel-Weg 6, 6000 Frankfurt am Main 60, Herr Berthold Stürmer, Rheinstraße 17, 6057 Dietzenbach, wird heute, am 18. Februar 1981, 8.45 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Schuldnerin überschuldet und zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Dr. Hans Friederichsen, Bahnhofstr. 47, 6457 Maintal 1.

Konkursforderungen sind bis zum 16. April 1981 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, 12. März 1981, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, 11. Juni 1981, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Nußallee 17, 1. Stock, Zimmer 161 B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner vererben oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 5. März 1981 anzeigen.
6450 Hanau, 18. 2. 1981 **Amtsgericht, Abt. 42**

658

42 N 33/81: Über das Vermögen der Firma **HIB-Bauregie Unternehmen GmbH**, Schützenstraße 11, 6450 Hanau am Main, Geschäftsführer: Volker Feist, Hofweg 1, 6466 Gründau 4, wird heute, am 20. Februar 1981, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Schuldnerin überschuldet und zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Hans Friederichsen, Bahnhofstraße 47, 6457 Maintal 1.

Konkursforderungen sind bis zum 16. April 1981 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 12. März 1981, 9.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 11. Juni 1981, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Nußallee 17, 1. Stock, Zimmer 161 B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 5. März 1981 anzeigen.

6450 Hanau, 20. 2. 1981 Amtsgericht, Abt. 42

659

42 N 34/81: Über das Vermögen der Firma I. E. K. Immobilien- und Bankkontor GmbH, Mühlstraße 19, 6450 Hanau am Main 1, Geschäftsführer: Volker Feist, Hofweg 1, 6466 Gründau 4, wird heute, am 23. Februar 1981, 11.20 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Schuldnerin zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Diplombaukäufer Ullrich Kneller, Goethestraße 150, 6457 Maintal 2.

Konkursforderungen sind bis zum 16. April 1981 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 13. März 1981, 10.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 12. Juni 1981, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in 6450 Hanau, Nußallee Nr. 17, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 161 B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 5. März 1981 anzeigen.

6450 Hanau, 23. 2. 1981 Amtsgericht, Abt. 42

660

65 N 29/81: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Otto Wohnbau KG, Kassel, Hupfeldstraße 6, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Hans-Joachim Otto, ebenda, HRA 6221, ist am 13. Februar 1981, 9.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klaus Bechmann, Brüder-Grimm-Platz 4, 3500 Kassel. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1981 beim Gericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 1. April 1981, 8.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: 5. Mai 1981, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Str. 9, Sockelgeschoß, Zimmer 023. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung

verlangt, dem Verwalter bis zum 1. April 1981 anzeigen.

3500 Kassel, 13. 2. 1981 Amtsgericht, Abt. 85

661

1 N 10/80 — 1 N 4/81 — Beschluß: Über das Vermögen 1. der Firma Hochbein KG, Sägewerk, Fertighausbau, Zimmerlei und Holzhandlung, in Lichtenfels-Sachsenberg, Orker Str. 22, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Wilhelm Hochbein — 1 N 10/80 —, 2. des Zimmermanns Wilhelm Hochbein in 3559 Lichtenfels-Sachsenberg, Orker Str. 22 — 1 N 4/81 —, ist am 20. Februar 1981, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da das Finanzamt Korbach glaubhaft gemacht hat, daß ihm gegen die Schuldnerin zu 1. eine Forderung von ca. 100 000,— DM zustehe und die Schuldner zu 1. und 2. nach ihrem Zugeständnis und den angestellten Ermittlungen zahlungsunfähig sind.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Peter Trautmann in Korbach, Nordwall 1.

Konkursforderungen sind bis zum 29. April 1981 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Freitag, den 10. April 1981, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Freitag, den 8. Mai 1981, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Korbach, Nebengebäude Nordwall 3, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 12.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 8. April 1981 anzeigen.

3540 Korbach, 23. 2. 1981 Amtsgericht

662

N 7/81: Konkurseröffnungsverfahren Firma Elektro-Reichert, Inhaber Georg Reichert, 6120 Erbach/Odw., Gerhart-Hauptmann-Straße 7.

Am 23. Februar 1981 ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

6120 Michelstadt, 23. 2. 1981 Amtsgericht

663

N 9/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Seifers-Sprudel Augusta Victoria in Löhnberg findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in 6290 Weilburg niedergelegt worden.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 16 655 001,65 DM. Es ist ein Massebestand von 467 382,73 DM verfügbar.

6290 Weilburg, 20. 2. 1981

Der Konkursverwalter
E. Kirchhoff
Rechtsanwalt

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht.

Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

664

K 26/80: Das im Grundbuch von Nieder-Ohmen, Bezirk Alsfeld, Band 42, Blatt 1721, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 3, Flurstück 101, Hof- und Gebäudefläche, Grubenbacher Str. 7, Größe 5,35 Ar, soll am Freitag, dem 29. Mai 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amtshof 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 8. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Reinhard Avemann, geboren am 2. 10. 1947, Grubenbacher Str. 7, Mücke/Nieder-Ohmen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 347 700,— Deutsche Mark.

Auf die Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 19. 2. 1981 Amtsgericht

665

K 39/80 — Beschluß: Der 170.610.000 Mit-eigentumsanteil des Erwin Zurwesten an dem im Wohnungseigentumgrundbuch von Hahn, Band 69, Blatt 2039, eingetragenen Grundstück

Gemarkung Hahn, Flur 7, Flurstück Nr. 118/1, Bauplatz, Friedrichstraße, Größe 40,54 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. (IV/C) des Aufteilungsplanes,

soll am 8. Mai 1981, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 9. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Viehkaufmann Erwin Zurwesten, gestorben, Nachlaßkonkursverwalter: Rechtsanwalt Karl-Horst Beutel, 8500 Nürnberg, Fürther Straße 102.

Der Wert des Wohnungseigentums wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 108 950,— DM.

Auf die Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 16. 2. 1981

Amtsgericht

666

8 K 45 — 46/80: Die im Grundbuch von Groß-Karben, Band 81, Blatt 2548, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Karben, Flur 2, Flurstück 321/7, Hof- und Gebäudefläche, Hessenring 83, Größe 3,21 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Groß-Karben, Flur 2, Flurstück 333, Hof- und Gebäudefläche, Hessenring, Größe 10,15 Ar, und

ein Zehntel Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Groß-Karben, Flur 2, Flurstück 342, Parkplatz, Hessenring, Größe 1,38 Ar,

sollen am 5. Juni 1981, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Str. 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 10. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Friedrich Wilhelm Edmund Sommer und Marga Sommer geb. Gerigk, beide Hessenring 85, 6367 Karben 1, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden

für lfd. Nr. 1 auf 200 000,— DM,
für lfd. Nr. 2 auf 58 972,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6363 Bad Vilbel, 23. 2. 1981 Amtsgericht

667

5 K 5/80: Das im Grundbuch von Butzbach, Band 59, Blatt 2227, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Butzbach, Flur 1, Flurstück Nr. 582/2, Hof- und Gebäudefläche, Teichgasse 10, Größe 1,05 Ar,

soll am 24. Juni 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Färbgasse 24, 6308 Butzbach 1, Zimmer 1 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 4. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Renate Moritz geb. Kubbier, Butzbach 1. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 45 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 19. 2. 1981 Amtsgericht

668

5 K 9/80: Das im Grundbuch von Butzbach, Band 54, Blatt 2353, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Butzbach, Flur 1, Flurstück Nr. 580/1, Hof- und Gebäudefläche, Teichgasse 4, Größe 2,10 Ar,

soll am 24. Juni 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Färbgasse 24, 6308 Butzbach 1, Zimmer 1 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 5. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Günter Moritz,
b) Renate Moritz geb. Kubbier,
beide in Butzbach, — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 58 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 19. 2. 1981 Amtsgericht

669

5 K 22/80: Das im Grundbuch von Fauerbach v. d. Höhe, Band 45, Blatt 1826, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Fauerbach v. d. Höhe, Flur 7, Flurstück 9, Ackerland, Am Gänsnett, Größe 13,86 Ar,

soll am 20. Mai 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Färbgasse 24, 6308 Butzbach 1, Zimmer 1 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 8. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ute Zahn geb. Steinmetz, jetzt 6390 Usingen/Ts., Stadtteil Wernborn.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1663,20 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 16. 2. 1981 Amtsgericht

670

2 K 63/77: Die im Grundbuch von Selters, Band 15, Blatt 739, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 4, Gemarkung Selters, Flur 5, Flurstück 153, Ackerland, In der Lache, Größe 26,38 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Selters, Flur 5, Flurstück 163, Ackerland, Bei den sieben Stämmen, Größe 18,13 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Selters, Flur 5, Flurstück 154, Ackerland, In der Lache, Größe 26,69 Ar,

sollen am Montag, dem 11. Mai 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 9. 1977/22. 3. 1978 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Student Mohamed Choukri A. Youssef und dessen Ehefrau Gertrud Becker, Büttelborn, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Flur 5, Nr. 153, auf 7914,— DM,
für Flur 5, Nr. 163, auf 5439,— DM,
für Flur 5, Nr. 154, auf 8007,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 16. 2. 1981 Amtsgericht

671

2 a K 45/79: Die im Grundbuch von Wenings, Band 19, Blatt 1066, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wenings, Flur 1, Flurstück 286, Acker, Grünland, Auf der Etwiese, Größe 3,87 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Wenings, Flur 1, Flurstück 20/2, Gebäude- und Freifläche, Kreuzweg 2 a, Größe 6,60 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Wenings, Flur 15, Flurstück 48/1, Grünland, Am Wispes, Größe 51,69 Ar,

sollen am Montag, dem 4. Mai 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 10. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karin Kempel geb. Neun, Gedern/Wenings.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Flur 1 Nr. 286, auf 580,50 DM,
für Flur 1 Nr. 20/2, auf 480 516,— DM,
für Flur 15 Nr. 48/1, auf 7 753,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 3. 2. 1981 Amtsgericht

672

61 K 74/74: Die im Grundbuch von Erzhausen, Band 84, Blatt 3416, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 5, Gemarkung Erzhausen, Flur 5, Flurstück 31/12, Hof- und Gebäudefläche, Am Ohlenberg 29, 30, 31, Größe 43,35 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Erzhausen, Flur 5, Flurstück 31/13, Bauplatz, Am Ohlenberg, Größe 44,45 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 23. April 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, Erd-

geschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 6. 1974 bzw. 22. 8. 1974 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Nicolaos Zaromitidis, Kürschner,
b) Elias Zaromitidis, Kürschner,
— je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 11. 2. 1981 Amtsgericht, Abt. 61

673

61 K 14/79: Das im Grundbuch von Ober-Beerbach, Band 28, Blatt 1061, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Ober-Beerbach, Flur 10, Flurstück 32, Hof- und Gebäudefläche, Am Berg 9, Größe 13,44 Ar,

soll am 7. Mai 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Saal 418, Erdgeschoß, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 10. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Louis Hirzel, — zur Hälfte —,
b) Maria Karoline Hirzel geb. Hofmann,
— zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 11. 2. 1981 Amtsgericht, Abt. 61

674

3 K 37/80: Die im Grundbuch von Datterode, Band 35, Blatt 1119, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Datterode

lfd. Nr. 8, Flur 18, Flurstück 199/4, Straße, Lohgasse, Größe 0,05 Ar,
Flur 18, Flurstück 251/3, Straße, Am Löhchen, Größe 0,76 Ar,

Flur 18, Flurstück 258/3, Straße, Fliederweg, Größe 0,11 Ar,
Flur 18, Flurstück 258/4, Straße, Fliederweg, Größe 0,17 Ar,

Flur 18, Flurstück 104/1, Hof- und Gebäudefläche, Lohgasse 23, Größe 31,25 Ar,
lfd. Nr. 9, Flur 18, Flurstück 251/4, Straße, Am Löhchen, Größe 0,81 Ar,

Flur 18, Flurstück 252/3, Hof- und Gebäudefläche, Am Löhchen, Größe 0,01 Ar,
Flur 18, Flurstück 252/4, Bauplatz, Unterm Loh, Größe 0,79 Ar,

Flur 18, Flurstück 258/2, Straße, Fliederweg, Größe 0,26 Ar,
Flur 18, Flurstück 103/1, Hof- und Gebäudefläche, Lohgasse 23, Größe 22,15 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 22. April 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstr. 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 6. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Geflügelhändler Walter Fischer, Teutoburgerstraße 4, 4790 Paderborn-Senne-lager.

Dieser Beschluß tritt an Stelle der Terminbestimmung vom 30. 1. 1981. Die Bestandsangaben sind auf Grund der Veränderungsmittelteilung Nr. 7/1980 berichtigt und am 19. 2. 1981 im Grundbuch eingetragen worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 19. 2. 1981 Amtsgericht

675

3 K 59/80: Das im Grundbuch von Datterode, Band 35, Blatt 1115, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 8, Gemarkung Datterode, Flur 12, Flurstück 6/3, Hof- und Gebäudefläche, Leipziger Straße 47 und 49, Größe 6,16 Ar, soll am Mittwoch, dem 29. April 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 11. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Viehändler Willi Fischer, 5419 Raubach/Westerwald.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3440 Eschwege, 12. 2. 1981 **Amtsgericht**

676

84 K 37/80 — **Zwangsvollstreckung:** Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 54, Band 113, Blatt 3078, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim (53), Flur 10, Flurstück 285/42, Hof- und Gebäudefläche, Alte Falterstr. 14, Größe 2,91 Ar,

soll am Freitag, dem 31. Juli 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 160, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 4. 1980 (Versteigerungsvermerk):

Herr Dimitrios Drogogias, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 170 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 9. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 84

677

84 K 221/80 — **Zwangsvollstreckung:** Das im Wohnungs-Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk Unterliederbach, Band 97, Blatt 2682, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 9,559 Eintausendstel Miteigentumsanteil an dem bisher im Grundbuch von Unterliederbach, Blatt 2591, eingetragenen Grundstück

Gemarkung Unterliederbach, Flur 16, Flurstück 59/6, Hof- und Gebäudefläche, Wasgaustr. 43—49, Größe 43,82 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 65, beschränkt durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (Blatt 2618—2708) gehörenden Sondereigentumsrechte und in der Veräußerung,

soll am 6. Mai 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 8. 1980 (Versteigerungsvermerk):

Frau Jutta Kleinheinz, Oppenheimer Ldstr. 63, 6000 Frankfurt am Main 70.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 13. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 84

678

84 K 257/80 — **Zwangsvollstreckung:** Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 27, Band 56, Blatt 1913, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 442, Flurstück 182/36, Hof- und Gebäudefläche, Bönstädter Str. 5, Größe 3,28 Ar,

soll am Freitag, dem 5. Juni 1981, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am

Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 160, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 10. 1980 (Versteigerungsvermerk):

Dr. Wigbert Josef Karl August Winter, 5000 Köln.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 19. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 84

679

K 3/80: Die im Grundbuch von Nieder-Florstadt, Band 55, Blatt 2520, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Nieder-Florstadt

Ifd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 458, Gartenland, Altenstädter Straße, Größe 1,92 Ar, Ifd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 459, Hof- und Gebäudefläche, Altenstädter Straße, Größe 1,58 Ar,

sollen am Freitag, dem 15. Mai 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 1. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Bambei, Bautechniker, 6364 Florstadt, Altenstädter Straße 47.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

für Flur 1, Flst. 458, auf 68 595,— DM, für Flur 1, Flst. 459, auf 180 705,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 19. 2. 1981

Amtsgericht

680

5 K 63/79: Die im Grundbuch von Wendershausen, Band 15, Blatt 488, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Wendershausen, Flur 1, Flurstück 84/1, Lieg.-B. 223, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 21, Größe 2,10 Ar (Wert: 9000,— DM),

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Wendershausen, Flur 1, Flurstück 84/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 21, Größe 2,12 Ar, (Wert: 131 000,— DM),

sollen am 16. April 1981, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstraße 38, Zimmer 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 10. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Holzbildhauer Fritz Henfling,
b) seine Ehefrau Hannelore geb. Dänner, beide in Tann/Rhön, — je zur gedachten Hälfte —.

Der Verkehrswert der Grundstücke ist, wie bei den Ifd. Nrn. angegeben, festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 17. 2. 1981

Amtsgericht

681

42 K 6/77 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Staufenberg, Band 43, Blatt 1515, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 6, Gemarkung Staufenberg, Flur 7, Flurstück 133/3, Lieg.-B. 806, Hof- und Gebäudefläche, Ringstraße 27, Größe 14,58 Ar,

soll am 22. Mai 1981, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 208, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 1. 1977 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helene Weißmann geb. Buchmaier, geb. 4. 12. 1924, 6301 Staufenberg 1, Ringstr. 27.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 479 490,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 23. 2. 1981

Amtsgericht

682

42 K 80/80 — **Beschluß:** Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Lich, a) Band 53, Blatt 2931, b) Band 67, Blatt 3357,

zu a):

Ifd. Nr. 1, Flur 6, Nr. 197, Ackerland, in der Lehmkaute, Größe 14,73 Ar,

Ifd. Nr. 3, Flur 5, Nr. 200 3, Ackerland (Obstb.), Am Konzebühl, Größe 6,11 Ar, zu b):

zur Hälfte in Erbengemeinschaft eingetragener Miteigentumsanteil an

Ifd. Nr. 1, Flur 5, Nr. 200 2, Ackerland (Obstb.), Am Konzebühl, Größe 0,75 Ar,

soll am Freitag, dem 19. Juni 1981, 14.00 Uhr, im Raum 208, 2. Stock, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 8. 1980 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Band 53, Blatt 2931:

a) Patzwald, Helga geb. Gunkel, geb. 10. 5. 1940, Dillenburg,

b) Büttner, Marlis Erika geb. Gunkel, geb. 14. 7. 1947, Lich 1,

c) Gunkel, Angelika, geb. 21. 9. 1941, Lich 1,

— in Erbengemeinschaft —;

Band 67, Blatt 3357:

1. Schwarz, Jutta geb. Hackbarth, Verwaltungsangestellte, Schulendorfer Straße (Hermesd.) 134 A, 1000 Berlin 28, — zur Hälfte —,

2. a) Patzwald, Helga geb. Gunkel, geb. 10. 5. 1940, Dillenburg,

b) Büttner, Marlis Erika geb. Gunkel, geb. 14. 7. 1947, Lich 1,

c) Gunkel, Angelika, geb. 21. 9. 1941, Lich 1,

— in Erbengemeinschaft zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7365,— DM für Flur 6, Nr. 179,

733,20 DM für Flur 5, Nr. 200 3,

45,— DM für den halben Miteigentumsanteil (Erbengemeinschaft) an Flur 5, Nr. 202/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 23. 2. 1981

Amtsgericht

683

42 K 108/80 — **Beschluß:** Die dem Johannes Manfrahs gehörige Miteigentumsanteile des im Grundbuch von Beuern, Band 33, Blatt 1064, eingetragenen Grundstücks

Ifd. Nr. 11, Flur 1, Nr. 322/2, Hof- und Gebäudefläche, Bersröder Weg 18, Größe 2,71 Ar,

soll am Freitag, dem 26. Juni 1981, 14.00 Uhr, im Raum 208, 2. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 10. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Johannes Manfrahs, geb. 8. 9. 1928, Bersröder Weg 13, 6305 Buseck-Beuern,

b) dessen Ehefrau Mathilde Manfrahs geb. Freidhof, geb. 27. 9. 1934, daselbst,

— je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 70 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 24. 2. 1981

Amtsgericht

684

42 K 123/80: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Eichen, Band 42, Blatt 1481, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eichen, Flur 11, Flurstück 49/5, Hof- und Gebäudefläche, Niddertalstraße 25, Größe 5,30 Ar,
lfd. Nr. 2, Gemarkung Eichen, Flur 11, Flurstück 49/24, Grünland, Vorm Untertor, Größe 2,03 Ar,

am 28. April 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau am Main, Nußallee 17, Zimmer 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 10. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Bauhelfer Georg Ohl,
b) Erna Ohl geb. Schulz,
beide in Eichen, — je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Grundst. BV Nr. 1 auf 142 000,— DM,
für Grundst. BV Nr. 2 auf 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 17. 2. 1981 Amtsgericht, Abt. 42

685

1 K 31/80: Das im Grundbuch von Waldeck, Band 40, Blatt 1180, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Waldeck, Flur 18, Flurstück 13/29, Hof- und Gebäudefläche, Oberer Seeweg 1a, Größe 17,11 Ar,
soll am Freitag, dem 24. April 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 9. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):
Textilkaufmann Rolf Hampel, in Waldeck 1, Oberer Seeweg 1a, jetzt: Berlin 42, Rathausstraße 41.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 100 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 19. 2. 1981

Amtsgericht

686

9 K 42/80 — Beschluß: Die in den Grundbüchern von Münster, A: Band 2, Blatt 34, B: Band 30, Blatt 733, C: Band 31, Blatt 754, eingetragenen Grundstücke

A: Münster, Band 2, Blatt 24,
lfd. Nr. 4, Flur 6, Flurstück 5, Ackerland, Häuserbach, Größe 10,28 Ar,
lfd. Nr. 19, Flur 1, Flurstück 56, Ackerland, Unter der Schmied, Größe 8,48 Ar,
lfd. Nr. 20, Flur 8, Flurstück 69, Ackerland, Weiße Erde, Größe 11,36 Ar,

B: Münster, Band 30, Blatt 733,
lfd. Nr. 1, Flur 9, Flurstück 130, Ackerland, Schimmeler, Größe 10,94 Ar,

C: Münster, Band 31, Blatt 754,
lfd. Nr. 2, Flur 3, Flurstück 128, Grünland, In den Nassen, Größe 10,32 Ar,
lfd. Nr. 4, Flur 5, Flurstück 154, Ackerland, In den Gräben, Größe 16,07 Ar,
lfd. Nr. 11, Flur 10, Flurstück 202/1, Ackerland Obstbau, Vierzehn Morgen, Größe 12,46 Ar,

sollen auf Antrag des Georg Flach, des Otto Flach, des Winfried Flach, der Frau Elfriede Elisabeth Muth, der Frau Erika Katharina Miletic, des Ludwig Brühl, am 26. Mai 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bau B (Luxemburgisches Schloß), 6240 Königstein/Ts., Burgweg 9, Zimmer 4, Großer Stützungsaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 7. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu A. 1. Bäckermeister Georg Flach, Hauptstr. 4 (jetzt Schillerstr. 18), Schönberg/Ts.,

2. Autoschlosser Otto Flach, Oberhöchstädt/Ts., Oberurseler Str. 31,

3. Koch Dieter Flach, Sundswall/Schweden, Nybrogatan 42,

4. Frau Dagmar Preuschkas geb. Flach, Oberhöchstädt/Ts., Oberurseler Str. 33,

5. Frau Roswitha Wanka geb. Flach, Oberhöchstädt/Ts., Oberurseler Str. 33,

6. Sattlermeister Peter Anton Flach, Oberhöchstädt/Ts., Schönberger Str. 21,

7. Schreiner Gottfried Flach, 6000 Frankfurt am Main,

8. Bankkaufmann Ludwig Brühl, Thewaldstr. 12, 6240 Königstein im Taunus,

— zu 1. bis 8. in ungeteilter Erbengemeinschaft —,

zu B. Miteigentümer wie oben zu A. 1—6 und 8,

sowie: Frau Elfriede Elisabeth Muth geb. Flach, 6475 Glauburg 1, Königsberger Str. 6,

und Frau Erika Katharina Miletic geb. Flach, 6000 Frankfurt am Main, Eleonoresterling-Str. 56 (jetzt Vogtstr. 43),

— sämtliche in ungeteilter Erbengemeinschaft —,

zu C. Miteigentümer wie zu B. aufgeführt.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

A: Grundbuch von Münster, Bd. 2, Bl. 34

für lfd. Nr. 4 BV auf 8 224,— DM,

für lfd. Nr. 19 BV auf 6 784,— DM,

für lfd. Nr. 20 BV auf 9 088,— DM;

B: Grundbuch von Münster, Bd. 30, Bl. 733

für lfd. Nr. 1 BV auf 16 410,— DM;

C: Grundbuch von Münster, Bd. 31, Bl. 754

für lfd. Nr. 2 BV auf 6 192,— DM,

für lfd. Nr. 4 BV auf 12 856,— DM,

für lfd. Nr. 11 BV auf 18 690,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein im Taunus, 12. 2. 1981

Amtsgericht, Abt. 9

687

7 K 52/79: Das im Grundbuch von Ober-Roden, Band 156, Blatt 6114, eingetragene Wohnungseigentum, bestehend in dem 8,589 Eintausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Ober-Roden, Flur 21, Flurstück 702/3, Hof- und Gebäudefläche, Südtangente 23—29, Größe 92,70 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 15 bezeichneten Wohnung,

und das im Grundbuch von Ober-Roden, Band 159, Blatt 6214, eingetragene Teileigentum, bestehend in dem Neunund-siebzigstel Anteil an dem 104,28 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Ober-Roden, Flur 21, Flurstück 702/3, Hof- und Gebäudefläche, Südtangente 23—29, Größe 92,70 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Teileigentum bezeichneten Tiefgarage,

soll am 7. April 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 1. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Günter Adam Karsch in Dieburg.

Der Wert der Grundstücksanteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 132 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 19. 2. 1981

Amtsgericht

688

7 K 51/80: Das im Grundbuch von Sprendlingen, Band 215, Blatt 9072, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sprendlingen, Flur 12, Flurstück 143/1, Ackerland, Der Dorneicher See, Größe 4,49 Ar,

soll am 2. Juni 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 10. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gemeinnützige Baugenossenschaft „Dreieich“ eG in Sprendlingen (nunmehr in Konkurs).

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 40 000,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 11. 2. 1981

Amtsgericht

689

7 K 52/80: Das im Grundbuch von Sprendlingen, Band 215, Blatt 9075, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 18, Gemarkung Sprendlingen, Flur 7, Flurstück 773, Grünland, Auf die neue Lach, Größe 6,06 Ar,

soll am 2. Juni 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 10. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gemeinnützige Baugenossenschaft „Dreieich“ eG in Sprendlingen (nunmehr in Konkurs).

Der Wert des Grundbesitzes ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4 000,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 11. 2. 1981

Amtsgericht

690

7 K 53/80: Der im Grundbuch von Sprendlingen, Band 188, Blatt 8285, eingetragene Grundbesitz

lfd. Nr. 6, Gemarkung Sprendlingen, Flur 13, Flurstück 105,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Sprendlingen, Flur 13, Flurstück 104,

jeweils Ackerland, Auf's kleine See, Größe 11,75 Ar,

soll am 2. Juni 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. Nr. 27, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 10. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gemeinnützige Baugenossenschaft „Dreieich“ eG in Sprendlingen (nunmehr in Konkurs).

Die Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber:

Prof. Dr. Rohwer-Kahlmann

bringt

● aktuelle Abhandlungen zu allen
Problemen der Sozialreform

● Interessante Beiträge in- und
ausländischer Autoren

● Veröffentlichungen im inter-
nationalen Vergleich

und dient damit

● Wissenschaft und Praxis

Bitte fordern Sie Probeexemplare an

Verlag Chmieleorz GmbH & Co.

Wilhelmstraße 42 · Postfach 2229
6200 Wiesbaden

Der Wert des Grundbesitzes ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7 600,— D-Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 11. 2. 1981 Amtsgericht

691

K 28/79: Das im Grundbuch von Herbstein, Band 59, Blatt 2302, eingetragene Grundstück der Gemarkung Herbstein

lfd. Nr. 1, Flur 10, Nr. 173, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstr. 26, Größe 0,55 Ar, Wert: 6400,— DM,

soll am Mittwoch, dem 24. Juni 1981, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Str. 8, Zimmer 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 9. 1979 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Arbeiter Erich Hermann Schneider, geb. 22. 2. 1947, Herbstein, Rhönstraße 7.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach, 11. 2. 1981 Amtsgericht

692

7 K 33 80 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Michelbach, Band 20, Blatt 599, eingetragene Grundstückshälfte

lfd. Nr. 1, Gemarkung Michelbach, Flur Nr. 16, Flurstück 26/2, Hof- und Gebäudefläche, In den Brücken, Größe 18,41 Ar,

soll am 9. Juni 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer 159, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 7. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Willi Muth in Michelbach, — zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 3. 2. 1981 Amtsgericht

693

K 27/79: Die im Grundbuch von Höchst, Band 46, Blatt 2016, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 6, Gemarkung Höchst, Flur 1, Flurstück 356/2, Hof- und Gebäudefläche, Mühlstraße, zu 5, Größe 1,39 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Höchst, Flur 1, Flurstück 359/3, Hof- und Gebäudefläche, Erbacher Straße, Größe 0,18 Ar,

Flur 1, Nr. 359/4, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 0,72 Ar,

Flur 1, Nr. 359/5, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 0,92 Ar,

sollen am 11. Juni 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, Erbacher Str. 47, Zimmer 128, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 5. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Karl Willy Eisenhauer,
b) Ingeborg Eisenhauer geb. Wisinger,
— je zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a ZVG auf 127 350,— DM festgesetzt (lfd. Nr. 6 auf 55 145,— DM, lfd. Nr. 8 auf 72 205,— DM).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 20. 1. 1981 Amtsgericht

694

1 K 26/80: Die im Grundbuch von Echzell, Bezirk Nidda, Band 64, Blatt 3038, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Echzell, Flur 1, Flurstück 238, Gartenland, Hollergasse, Größe 4,92 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Echzell, Flur 5, Flurstück 159, Grünland, Die Bürgelweid, Größe 16,18 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Echzell, Flur 1, Flurstück 393/1, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 206, Größe 3,43 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 4. Juni 1981, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude 6478 Nidda 1, Raum 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 4. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) Stoll, Hilda geb. Döpfer, Witwe, Echzell,

b) Schilling, Gertrud geb. Stoll, Echzell,
c) Sadowski, Hannelore geb. Stoll, Echzell,

d) Stoll, Hans, Nidda,

— zu 1 a) bis d) in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Flur 1, Nr. 238, auf 5 904,— DM,

für Flur 5, Nr. 159, auf 4 045,— DM,

für Flur 1, Nr. 393/1, auf 65 575,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 13. 2. 1981 Amtsgericht

695

2 K 37 80 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Grävenwiesbach, Band 43, Blatt Nr. 1464, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Grävenwiesbach, Flur 19, Flurstück 33/1, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 41, Größe 18,00 Ar,

soll am Donnerstag, dem 14. Mai 1981, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen Ts., Weilburger Str. 2, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 7. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Fuhrunternehmer Johann Wilhelm Gottlieb, — zu zwei Fünftel —,

b) Elektrotechniker Wolfgang Gottlieb, — zu einem Fünftel —,

c) Kfz-Mechaniker Manfred Gottlieb, — zu einem Fünftel —,

d) Anastasia Gottlieb geb. Khrouleff, — zu einem Fünftel —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 380 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 11. 2. 1981 Amtsgericht

696

2 K 8 80: Das im Grundbuch von Großalmerode, Band 107, Blatt 3526, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großalmerode, Flur 11, Flurstück 28 23, Ackerland und Wiese, Das Zehneland, Größe 48,47 Ar,

soll am 27. April 1981, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 4. 1980 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kfz-Elektriker Bodo Lumme in Großalmerode.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 38 776,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzhausen, 16. 2. 1981 Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge zur Wahl des Verbandstags des Umlandverbands Frankfurt am 22. März 1981

Gemäß § 15 Abs. 4 Kommunalwahlgesetz (KWG) — vom 6. Juni 1972, GVBl. I S. 141, zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 1980, GVBl. I S. 219 — und § 26 Kommunalwahlordnung (KWO) — vom 26. September 1980, GVBl. I S. 351 — werden nachfolgend die in der öffentlichen Sitzung des Umlandverbandswahlausschusses am 19. Februar 1981 zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahl zum Verbandstag des Umlandverbands Frankfurt am 22. März 1981 bekanntgemacht.

6000 Frankfurt am Main, 20. Februar 1981

Der Umlandverbandswahlleiter
gez. Hans-Rudi Saftig
Beigeordneter

Wahl zum Verbandstag des Umlandverbands Frankfurt

Wahlkreis I

Stadt Frankfurt am Main und Stadt Bad Vilbel

Liste 1

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

1. Kreling, Hermann-Josef, geb. 9. 9. 1928 in Frankfurt a. M., Verbandsdirektor des UVF, Milseburgstr. 3, Frankfurt a. M.
2. Dr. Moog, Hans-Jürgen, geb. 13. 6. 1932 in Frankfurt a. M., Rechtsanwalt und Notar, Ossietzkystr. 6, Frankfurt a. M.
3. Diehl, Franz, geb. 14. 5. 1923 in Frankfurt-Nied., Landwirt, Oeserstr. 80, Frankfurt a. M.
4. Dr. Spitz, Herbert, geb. 26. 10. 1928 in Schlackenwerth/CSSR, Berufsschullehrer, Elbfallweg 8, Bad Vilbel
5. Riechemier, Gerd, geb. 12. 1. 1936 in Bergen-Enkheim, Industriekaufmann, Ostpreußenstr. 7b, Frankfurt a. M.
6. Abt, Horst, geb. 2. 5. 1927 in Frankfurt a. M., Schreinermeister, Atzelbergstr. 125, Frankfurt a. M.
7. Mönch, Dieter, geb. 17. 6. 1938 in Ravensburg, Organisator, Riedstr. 89, Frankfurt a. M.
8. Seiboldt, Ludwig, geb. 14. 11. 1941 in Nieder-Eschbach, Agrar-Ing., Karl-Bieber-Höhe 3, Frankfurt a. M.
9. Daum, Heinz, geb. 26. 10. 1935 in Frankfurt a. M., Fraktionsgeschäftsführer, An der Nachtweide 2, Frankfurt a. M.
10. Gerling, Eduard, geb. 12. 12. 1921 in Arenshausen, Polizeivizepräsident, Georg-Büchner-Str. 27 b, Frankfurt a. M.
11. Martin, Walter, geb. 27. 4. 1928 in Frankfurt a. M., Beamter, Günthersburgallee 22, Frankfurt a. M.
12. Pfaff, Günter, geb. 3. 7. 1927 in Mannheim, Betriebsing., Mörfelder Landstr. 104, Frankfurt a. M.
13. Schwarz, Edwin, geb. 15. 7. 1948 in Frankfurt a. M., Studienrat, Raiffeisenstr. 88, Frankfurt a. M.
14. Lehmann, Joachim, geb. 15. 6. 1935 in Münster, Geschäftsführer, An der Lühe 8, Frankfurt a. M.
15. Hruby, Ernst, geb. 17. 12. 1952 in Frankfurt a. M., Rechtsanwalt, Lersnerstr. 42, Frankfurt a. M.
16. Schmitt, Helmut, geb. 6. 5. 1940 in Frankfurt a. M., Geschäftsführer, Adolf-Leweke-Str. 24, Frankfurt a. M.
17. Weibler, Friedrich Josef, geb. 25. 12. 1922 in Nürnberg, Beamter, Peter-Bied-Str. 36, Frankfurt a. M.
18. Gritschke, Elfriede, geb. 17. 3. 1936 in Frankfurt a. M., Kaufmann, Friedensstr. 51, Bad Vilbel
19. Dr. Loskant, Johannes Joseph, geb. 7. 1. 1915 in Frankfurt a. M., Arzt, Hunsrückstr. 55, Frankfurt a. M.
20. Beckmann, Johannes, geb. 3. 3. 1924 in Essen, Oberamtsrat, Feuerbachstr. 11, Frankfurt a. M.
21. Pfeifer, Ursula, geb. 15. 6. 1930 in Holzminden, Juristin/Ass., Langheckenweg 18, Frankfurt a. M.
22. Quirin, Jakob, geb. 20. 4. 1923 in Frankfurt-Harheim, Beamter, Hochfeldstr. 10, Frankfurt a. M.
23. Rühl, Hans, geb. 19. 5. 1935 in Frankfurt a. M., kfm. Angestellter, Habsburgerallee 24, Frankfurt a. M.
24. Dr. Bartl, Harald, geb. 28. 1. 1943 in Sohrau/OS, Richter, Adelheidstr. 18, Frankfurt a. M.
25. Reischmann, Helmut, geb. 10. 9. 1938 in Frankfurt a. M., Realschullehrer, Im Hain 30, Frankfurt a. M.

26. Fischer, Hans-Joachim, geb. 28. 6. 1931 in Weimar/Thr., Staatsanwalt, Berliner Str. 64, Frankfurt a. M.
27. Dr. Antonow, Alexander, geb. 23. 5. 1941 in Rheydt/Rhld., Bau-Ing., Böcklinstr. 2, Frankfurt a. M.
28. Flehr, Helmut, geb. 13. 6. 1950 in Frankfurt a. M., Arzt, Festeburggring 4, Frankfurt a. M.
29. Mehlretter, Wolfgang, geb. 16. 12. 1944 in Oberursel, Prokurist, Nidderring 54, Bad Vilbel
30. Gerlach, Alfred, geb. 9. 1. 1918 in Goldhausen, Dipl.-Kfm., Tacitusstr. 11, Frankfurt a. M.
31. Feldmeier, Gert, geb. 9. 4. 1941 in Hannover, Staatsanwalt, Martin-May-Str. 22, Frankfurt a. M.
32. Apfel, Martin Josef Konrad, geb. 28. 11. 1960 in Frankfurt a. M., Student, Kaiser-Sigmund-Str. 53, Frankfurt a. M.
33. Carls, Robert, geb. 3. 5. 1943 in Krefeld, kfm. Angestellter, Lärchenstr. 73, Frankfurt a. M.
34. Müller, Klaus Werner, geb. 7. 2. 1925 in Melsungen, Berufsschullehrer, Melemstr. 8, Frankfurt a. M.
35. Protsch, Detlef, geb. 4. 9. 1937 in Frankfurt a. M., Steuerbevollmächtigter, Seehofstr. 6, Frankfurt a. M.
36. Schirmer, Franz, geb. 11. 3. 1934 in Burgsteinfurt, kfm. Angestellter, Am Fischstein 70, Frankfurt a. M.
37. Rohowsky, Günter, geb. 23. 11. 1936 in Pr. Krawarn/OS, Metzgermeister, Robert-Mayer-Str. 58, Frankfurt a. M.
38. Ott, Fritz, geb. 30. 7. 1931 in Frankfurt a. M., Metzgermeister, Mainzer Landstr. 135, Frankfurt a. M.
39. Bovier, Joachim, geb. 2. 7. 1958 in Offenbach a. M., Student, Homburger Landstr. 765, Frankfurt a. M.
40. Manger, Herbert, geb. 11. 12. 1929 in Frankfurt a. M., Bankkaufmann, Scheidswaldstr. 74, Frankfurt a. M.
41. Burggraf, Nikolaus, geb. 31. 7. 1942 in Frankfurt a. M., Rechtsanwalt, Am Wiesenrain 19, Frankfurt a. M.
42. Cornet, Walter, geb. 12. 2. 1930 in Kalbach, Landwirtschaftsmeister, Riedbergstr. 55, Frankfurt a. M.
43. Bröker, Heinrich, geb. 6. 1. 1922 in Frankfurt a. M., Verwaltungsbeamter i. R., Steinmetzstr. 14, Frankfurt a. M.
44. Reul, Christian, geb. 15. 3. 1924 in Frankfurt a. M., Malermeister, Homburger Landstr. 76, Frankfurt a. M.
45. Gerling, Alfons, geb. 14. 8. 1944 in Lindschied, kfm. Angestellter, Butznickelweg 6, Frankfurt a. M.
46. Frank, Heinrich, geb. 15. 4. 1943 in Mannheim, Versicherungskaufmann, Atzelberg 88, Frankfurt a. M.
47. Dr. Scheefer, Hans-Joachim, geb. 5. 8. 1949 in Hanau, Studienrat, Berger Str. 67, Frankfurt a. M.

Liste 2

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

1. Berg, Martin, geb. 27. 4. 1932 in Anklam, Bürgermeister, Im Burgfeld 34, Frankfurt a. M.
2. Schubert, Alfred, geb. 27. 5. 1939 in Bergen-Enkheim, Beigeordneter, Taschnerstr. 25, Frankfurt a. M.
3. Dr. Balsler, Frolinde, geb. 6. 9. 1924 in Ingelheim, wiss. Mitarbeiterin, Oberlindau 19, Frankfurt a. M.
4. Michel, Hans-Georg, geb. 14. 6. 1938 in Heselünne, Geschäftsführer, Rauenthaler Weg 32, Frankfurt a. M.
5. Dr. Behrendt, Rembert, geb. 9. 7. 1937 in Schwentainen, Rechtsanwalt und Notar, Kreuzerhohl 22, Frankfurt a. M.
6. Falter, Klaus, geb. 25. 5. 1939 in Frankfurt a. M., Bankkaufmann, Peter-Fleischhauer-Str. 1, Bad Vilbel
7. Sander, Reinhard, geb. 14. 6. 1921 in Frankfurt a. M., Verbandsdirektor a. D., Wiesenau 58, Frankfurt a. M.
8. Dr. Seidelmann, Christoph, geb. 19. 4. 1943 in Koblenz, Dipl.-Volkswirt, Große Bockenheimer Str. 23, Frankfurt a. M.
9. Protzmann, Hanskarl, geb. 5. 4. 1944 in Schwichteler, Stadtplaner, Diesterwegstr. 20, Frankfurt a. M.
10. Jost, Heidi, geb. 31. 8. 1938 in Hamburg, Sekretärin, Atzelbergstr. 62, Frankfurt a. M.
11. Dr. Reinschmidt, Gerd, geb. 24. 7. 1935 in Kelsterbach, Richter, Parlamentsplatz 9, Frankfurt a. M.
12. Pawlik, Sieghard, geb. 23. 6. 1941 in Berlin, grad. Ingenieur, Am Lachgraben 20 a, Frankfurt a. M.
13. Reiss, Willi, geb. 15. 3. 1928 in Worms, Vorstandsmitglied, Kurhessenstr. 42, Frankfurt a. M.

14. Ebert, Werner, geb. 20. 12. 1936 in Breslau, Forstdirektor, Flughafenstr. 3, Frankfurt a. M.
15. Graßl, Helmut, geb. 30. 7. 1932 in München, Stukkateur, Teplitz-Schönauer-Str. 10 a, Frankfurt a. M.
16. Fritz, Hans-Georg, geb. 5. 4. 1932 in Frankfurt a. M., Betriebsratsvorsitzender, Fritz-Tarnow-Str. 11, Frankfurt a. M.
17. Burow, Dieter, geb. 7. 8. 1940 in Burgdorf, Fraktionsassistent, Marbachweg 351, Frankfurt a. M.
18. Pöhlmann, Artur, geb. 16. 8. 1925 in Frankfurt a. M., Amtsrat, Talstr. 92, Frankfurt a. M.
19. Vorbeck, Klaus, geb. 6. 3. 1928 in Riga, Steuerberater, Kurzröderstr. 27, Frankfurt a. M.
20. Kummer, Michael, geb. 27. 9. 1949 in Wiesbaden, Jurist, Altes Schützenhüttengäßchen 43, Frankfurt a. M.
21. Fröhlich, Udo, geb. 21. 11. 1955 in Friedberg, Inspektoranwärter, Albert-Einstein-Str. 21 F, Frankfurt a. M.
22. Geißler, Liesel, geb. 2. 12. 1925 in Frankfurt a. M., Chemiefacharbeiterin, Neu-Zeilsheim 94, Frankfurt a. M.
23. Pietsch, Hartmut, geb. 4. 11. 1946 in Wittmund, Dipl.-Volkswirt, Breslauer Str. 11, Frankfurt a. M.
24. Thrun, Manfred, geb. 26. 9. 1941 in Berlin, Geschäftsführer, Huizener Str. 76, Bad Vilbel
25. Schneider, Wilfried, geb. 6. 4. 1943 in Frankfurt a. M., Verw.-Beamter, Triebstr. 54, Frankfurt a. M.
26. Elsner, Bertram, geb. 17. 1. 1939 in Stuhm, Geschäftsführer, Große Fischerstr. 24, Frankfurt a. M.
27. Semmelbauer, Karl, geb. 31. 7. 1929 in Frankfurt a. M., Revisor, Eschersheimer Landstr. 459, Frankfurt a. M.
28. Fritzsche, Werner, geb. 27. 3. 1932 in Merseburg/Saale, Vertriebskaufmann, Liegnitzer Str. 12, Frankfurt a. M.
29. Reinhardt, Otfried, geb. 31. 5. 1927 in Darmstadt, Schulaufsichtsbeamter, An den Bergen 32, Frankfurt a. M.
30. Volk, Josef, geb. 10. 2. 1939 in Steinheim, Lehrer, Bäckerweg 28, Frankfurt a. M.
31. Crewett, Joachim, geb. 8. 12. 1938 in Essen, Verw.-Jurist, Goldbergweg 59, Frankfurt a. M.
32. Ott, Manfred, geb. 21. 6. 1938 in Frankfurt a. M., Beamter, Schwanheimer Str. 415, Frankfurt a. M.
33. Then, Horst, geb. 9. 11. 1939 in Steinbach, Angestellter, Allendorfer Str. 20, Frankfurt a. M.
34. Langer, Walter, geb. 12. 7. 1938 in Teplitz, Beamter, Im Waldfeld 5, Frankfurt a. M.
35. Baumgärtner, Rudi, geb. 24. 7. 1936 in Frankfurt a. M., Bezirksjugendpfleger, Reichelstr. 46, Frankfurt a. M.
36. Emge, Erika, geb. 27. 10. 1951 in Mainz, Lehrerin, Hammar skjöldring 158, Frankfurt a. M.
37. Schramm, Hildegard, geb. 6. 6. 1927 in Wiesengrund/CSSR, Bankangestellte, Fraunheimer Weg 21, Frankfurt a. M.
38. van de Loo, Jan, geb. 14. 11. 1944 in Cochem/Mosel, Rechtsberater, Bönstädter Str. 4, Frankfurt a. M.
39. Ochs, Bernhard, geb. 8. 6. 1948 in Frankfurt a. M., Schriftsetzer, Mainkurstr. 38, Frankfurt a. M.
40. Reininger, Jürgen, geb. 18. 1. 1944 in Frankfurt a. M., Verwaltungsbeamter, In der Römerstadt 124, Frankfurt a. M.
41. Hahn, Friedrich, geb. 10. 9. 1936 in Großauheim, Bez.-Geschäftsleiter, Unter den Birken 13, Frankfurt a. M.
42. Ruppert, Wolf-Reiner, geb. 4. 11. 1944 in Babusch, Stadt- und Verkehrsforscher, Grüneburgweg 74, Frankfurt a. M.
43. Knapp, Dieter, geb. 19. 6. 1942 in Frankfurt a. M., Lehrer, Burggraben 10, Frankfurt a. M.
44. Vaupel, Ilse, geb. 8. 9. 1922 in Bebra, Hausfrau, Kurmainzer Str. 161, Frankfurt a. M.
45. Gurke-Geib, Carlheinz, geb. 10. 5. 1953 in Hannover, Rechtsreferendar, Auf dem Niederberg 18, Bad Vilbel
46. Groß, Werner, geb. 16. 1. 1948 in Frankfurt a. M., Vermessungsoberrat/Dipl.-Ing., Berliner Str. 52, Bad Vilbel
47. Haverkamp, Hans-Erhard, geb. 31. 10. 1940 in Mühlhausen, Dezernent für Bau, Leerbachstr. 14—16, Frankfurt a. M.
4. Dr. Weber, Hermann Walter, geb. 10. 11. 1936 in Münster/Westf., Rechtsanwalt, Buchenweg 16, Bad Vilbel
5. Carda, Karl-Heinz, geb. 1. 8. 1938 in Teplitz-Schönau, Steuerberater, Marktstr. 44, Frankfurt a. M.
6. Sauerlaender, Franz Paul, geb. 10. 11. 1931 in Duisburg, selbst. Versicherungskaufmann, Klarastr. 5, Frankfurt a. M.
7. Poppe, Joachim, geb. 10. 3. 1938 in Berlin, Rechtsanwalt und Notar, Tucholskystr. 33, Bad Vilbel
8. Albrecht, Peter, geb. 7. 2. 1927 in Beuthen, Bankkaufmann, Urseler Weg 14, Frankfurt a. M.
9. Germelmann, Rudolf Mathias, geb. 1. 10. 1948 in Greene/Ns., Dipl.-Volkswirt, Nußbaumplatz 6, Frankfurt a. M.
10. Wörner, Hans-Joachim, geb. 22. 10. 1951 in Emden, Verlagsbuchhändler, Im Hermeshain 6, Frankfurt a. M.
11. Escher, Caritas Elisabeth, geb. 27. 9. 1926 in Trier, Steuerberater, Amöneburgstr. 16, Frankfurt a. M.
12. Schille, Ute, geb. 13. 10. 1951 in Nancy/F, Studentin, Weberstr. 31, Frankfurt a. M.
13. Tobias, Wolfgang, geb. 13. 2. 1947 in Alsfeld, Bau-Ingenieur, Frankenallee 114, Frankfurt a. M.
14. Burk, Axel, geb. 24. 11. 1941 in Frankfurt a. M., Regleungsdirektor, Spessartstr. 11, Bad Vilbel
15. Offermann, Hans Werner, geb. 17. 6. 1931 in Düsseldorf, kfm. Angestellter, Danziger Str. 53, Bad Vilbel
16. Luwe, Dieter, geb. 25. 4. 1936 in Berlin, Beamter, Ernst-Kahn-Str. 43, Frankfurt a. M.
17. Schleussner, Carl-Ernst, geb. 15. 5. 1950 in Ingelheim Rh., Jurist, Frauensteinplatz 11, Frankfurt a. M.
18. Biermann, Joachim, geb. 15. 1. 1942 in Frankfurt a. M., Bankkaufmann, Am Fischstein 61, Frankfurt a. M.
19. Richter, Eberhard, geb. 26. 9. 1941 in Dresden, Dipl.-Ingenieur, Letzter Hasenpfad 13, Frankfurt a. M.
20. Werkhäuser, Jens-Peter, geb. 25. 9. 1945 in Frankfurt a. M., Bankkaufmann, Niersteiner Str. 1, Frankfurt a. M.
21. Witzel, Reimar, geb. 23. 12. 1940 in Bonn, Dipl.-Volkswirt, Arndtstr. 31, Frankfurt a. M.
22. Dr. Schmidt, Walter, geb. 15. 12. 1922 in Wiesbaden, Dipl.-Chemiker, Tiberiusstr. 21, Frankfurt a. M.

Liste 4

DIE GRÜNEN (GRÜNE)

1. Eifert, Georg, geb. 22. 5. 1952 in Gelsenkirchen, Dipl.-Psychologe, Riedmühlenweg 2, Bad Vilbel
2. Harres, Annette, geb. 15. 3. 1960 in Herten, Fremdsprachenkorrespondentin, Riedmühlenweg 2, Bad Vilbel
3. Dorow, Wolfgang, geb. 7. 3. 1956 in Frankfurt a. M., Student der Biologie, Rendelerstr. 25, Frankfurt a. M.
4. Brandt, Gisela, geb. 6. 8. 1931 in Gummersbach, Hausfrau, Hermannspforte 14, Frankfurt a. M.
5. Jantschke, Gabriele, geb. 23. 10. 1944 in Gremsdorf, Hausfrau, Obermainanlage 20, Frankfurt a. M.

Liste 5

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

1. Schuster, Friedemann, geb. 29. 3. 1929 in Frankfurt a. M., Journalist, Gerhart-Hauptmann-Ring 25, Frankfurt a. M.
2. Roth, Marianne, geb. 27. 6. 1930 in Frankfurt a. M., Verlagsangestellte, Im Burgfeld 4, Frankfurt a. M.
3. Oehne, Jürgen, geb. 10. 3. 1948 in Köppern, Automaten-einrichter, Am Eichenloh 8, Frankfurt a. M.
4. Volkhardt, Herbert, geb. 25. 10. 1949 in Hess. Lichtenau, Mechaniker, Friedrich-Ebert-Str. 73, Bad Vilbel
5. Fisch, Lieselotte, geb. 20. 6. 1925 in Neu-Isenburg, Angestellte, Ziegenhainer Str. 12, Frankfurt a. M.
6. Mensinger, Horst, geb. 17. 9. 1950 in Frankfurt a. M., Lithograph, Haigerer Str. 37, Frankfurt a. M.
7. Binder-Reinhold, Monika, geb. 18. 1. 1949 in Bisingen, Angestellte, Am Weingarten 11, Frankfurt a. M.
8. Dr. Krause, Fritz, geb. 15. 7. 1926 in Sandberg, stellv. Chefredakteur, Am Forum 79, Frankfurt a. M.
9. Roth, Michael, geb. 23. 5. 1954 in Frankfurt a. M., Drucker, Müllerstr. 21, Frankfurt a. M.
10. Fein, Karl-Heinz, geb. 1. 10. 1947 in Wiesbaden, Angestellter, Dunantring 53, Frankfurt a. M.
11. Wilczek-Albers, Renate, geb. 18. 2. 1951 in Goslar, Sozialwirt, Habsburgerallee 90, Frankfurt a. M.
12. Schmidt, Norbert, geb. 11. 8. 1952 in Bad Vilbel, Diplom-Pädagoge, Untergasse 8, Bad Vilbel

Liste 3

Freie Demokratische Partei (F.D.P.)

1. Stein, Volker, geb. 17. 4. 1950 in Frankfurt a. M., Lehrer, Marbachweg 77, Frankfurt a. M.
2. Fertsch-Röver, Wolfgang, geb. 9. 5. 1925 in Frankfurt a. M., Textiltechniker, Kennedyallee 119, Frankfurt a. M.
3. Schlempp, Gerhard, geb. 15. 7. 1949 in Bad Homburg v. d. H., Assessor, Kurhessenstr. 42, Frankfurt a. M.

13. Rassow, Peter, geb. 16. 9. 1947 in Hannover, Lehrer, Seversstr. 14, Frankfurt a. M.
14. Kahn, Hilde, geb. 11. 6. 1925 in Ludwigshafen, Angestellte, Vatterstr. 41, Frankfurt a. M.
15. Schulz, Burghard, geb. 20. 8. 1924 in Gablonz, Angestellter, Waldecker Str. 16, Frankfurt a. M.

Liste 6**Europäische Arbeiterpartei (EAP)**

1. Haßmann, Volker, geb. 23. 11. 1950 in Nieder-Olm, Angestellter, Fichardstr. 32, Frankfurt a. M.
2. Zeisler, Ingeborg, geb. 28. 10. 1948 in Leipzig, Postangestellte, Mergenthalerstr. 4 a, Frankfurt a. M.

Wahlkreis II**Stadt Offenbach am Main****Liste 1****Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)**

1. Bodensohn, Klaus, geb. 20. 7. 1941 in Offenbach a. M., Stadtbaurat, Rhönstr. 76, Offenbach a. M.
2. Bär, Walter, geb. 4. 4. 1931 in Offenbach a. M., Regierunsdirektor, Eduard-Oehler-Str. 20 a, Offenbach a. M.
3. Schoppe, Hermann, geb. 4. 4. 1937 in Offenbach a. M., MdL, Von-Brentano-Str. 25, Offenbach a. M.
4. Herkströter, Martin, geb. 8. 6. 1954 in Offenbach a. M., Rechtsreferendar, Liebigstr. 7, Offenbach a. M.
5. Kurt, Maria, geb. 3. 6. 1928 in Offenbach a. M., Diplom-Kaufmann, Im Frankfurter Grund 12, Offenbach a. M.
6. Best, Norbert, geb. 24. 9. 1938 in Offenbach a. M., Ingenieur, Hessenstr. 29, Offenbach a. M.
7. Weiland, Karl, geb. 16. 11. 1931 in Offenbach a. M., Elektroingenieur, Am Klingenstein 4, Offenbach a. M.
8. Poeschel, Michael, geb. 21. 12. 1937 in Fulda, Architekt/Dipl.-Ing., Heusenstammer Weg 22, Offenbach a. M.
9. Blum, Peter, geb. 12. 9. 1922 in Offenbach a. M., Lehrer, Starkenburgring 2, Offenbach a. M.

Liste 2**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

1. Bieber, Rolf Karl, geb. 9. 10. 1935 in Offenbach a. M., Industriekaufmann, Händelplatz 6, Offenbach a. M.
2. Kuban, Monika, geb. 9. 12. 1946 in Grabow, Angestellte, Am Grenzgraben 15, Offenbach a. M.
3. Walther, Norbert, geb. 14. 8. 1940 in Offenbach a. M., Beamter, Bildstockstr. 8, Offenbach a. M.
4. Dr. Schmitt-Wellbrock, Wolfgang, geb. 29. 6. 1948 in Melkendorf, Richter, Darmstädter Str. 14, Offenbach a. M.
5. Schmieden, Arnold, geb. 2. 2. 1937 in Saarbrücken, Beamter, Luisenstr. 2, Offenbach a. M.
6. Bovet, Rudi Hermann, geb. 8. 11. 1922 in Frankfurt a. M., kfm. Angestellter, Stauffenbergstr. 10, Offenbach a. M.
7. Hohner-Herbert, Gisela, geb. 10. 6. 1949 in Offenbach a. M., Sexualberater, Gießener Weg 9, Offenbach a. M.
8. Habermann, Harald Valentin, geb. 10. 5. 1951 in Gilsberg, Berufsschullehrer, Hermannstr. 27, Offenbach a. M.
9. Tribeß, Wiltrud Johanna, geb. 5. 3. 1935 in Saarlouis, Hausfrau, Waldstr. 229, Offenbach a. M.
10. Hammerich, Boris, geb. 11. 8. 1928 in Riga, Kaufmann, Hugo-Wolf-Str. 30, Offenbach a. M.
11. Kaib, Wilfried August, geb. 2. 9. 1947 in Offenbach a. M., Dipl.-Soziologe, Grenzstr. 99, Offenbach a. M.
12. Mannerow, Otmar, geb. 14. 7. 1951 in Offenbach a. M., Gymn.-Lehrer und Student, Von-Behring-Str. 132, Offenbach a. M.
13. Faulenbach, Dieter, geb. 20. 3. 1944 in Bergneustadt, Architekt, Aliceplatz 3, Offenbach a. M.

Liste 3**Freie Demokratische Partei (F.D.P.)**

1. Walther, Ferdi, geb. 28. 5. 1936 in Offenbach a. M., Stadtrat/Kultur- u. Sportdez., Grenzstraße 97, Offenbach a. M.,
2. Salzer, Gert, geb. 6. 4. 1912 in Frankfurt a. M., Dipl.-Ingenieur, Blumenstr. 34, Offenbach a. M.
3. Heising, Wilderich, geb. 18. 3. 1939 in Berlin, Dipl.-Wirtschaftsingenieur, Berliner Str. 282, Offenbach a. M.

4. Krause, Ernst, geb. 7. 1. 1945 in Offenbach a. M., Beamter, Wenkenwiesenweg 22, Offenbach a. M.
5. Winter, Norbert, geb. 2. 6. 1941 in Dittersbach, Rechtsanwalt, Waitzenackerstr. 18, Offenbach a. M.
6. Erhard, Johann, geb. 25. 4. 1924 in Augsburg, Elektromaschinenbau-Meister, Westerwaldweg 3, Offenbach a. M.
7. Rudolph, Helmut, geb. 30. 12. 1946 in München, Justitiar, Friedensstr. 66, Offenbach a. M.
8. Schroeder, Ursula, geb. 7. 1. 1947 in Offenbach a. M., Buchhalterin, Konrad-Adenauer-Str. 123, Offenbach a. M.
9. Kopp, Karl, geb. 3. 5. 1920 in Offenbach a. M., Beamter, Am Maingarten 11, Offenbach a. M.
10. Dr. Stössel, Kurt, geb. 19. 10. 1912 in Offenbach a. M., Zahnarzt, Mainstr. 121, Offenbach a. M.

Liste 4**Freie Wähler Offenbach/Bürgerpartei (FW/Bp.)**

1. Küllenberg, Heinz Rainer, geb. 29. 6. 1947 in Offenbach a. M., Industriekaufmann, Ludwigstr. 112, Offenbach a. M.
2. Mohr, Werner, geb. 7. 3. 1931 in Korbach/Waldeck, Kaufmann, Kaiserstr. 121, Offenbach a. M.
3. Härtlein, Ilse, geb. 31. 7. 1948 in Offenbach a. M., Verkäuferin, Bernardstr. 76, Offenbach a. M.
4. Dörflinger, Artur, geb. 2. 4. 1927 in Offenbach a. M., Versicherungskaufmann, Anzengruberstr. 4, Offenbach a. M.

Liste 5**Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**

1. Borst, Alwin, geb. 20. 8. 1926 in Kl.-Krotzenburg, Angestellter, Kaiserstr. 37, Offenbach a. M.
2. Braun, Anneli, geb. 28. 2. 1954 in Offenbach a. M., kfm. Angestellte, Edith-Stein-Str. 8 b, Offenbach a. M.
3. Renell, Norbert, geb. 12. 6. 1950 in Nürnberg, Chemielaborant, Taunusring 3, Offenbach a. M.
4. Seibert, Wolfgang, geb. 30. 10. 1949 in Frankfurt a. M., Korrektor, Waldstr. 109, Offenbach a. M.
5. Malolepszy, Manfred, geb. 6. 6. 1957 in Fulda, Schlosser, Bettinastr. 24, Offenbach a. M.
6. Bender, Norma, geb. 17. 8. 1941 in Offenbach a. M., kfm. Angestellte, Bachstr. 23, Offenbach a. M.
7. Proll, Karl, geb. 13. 5. 1937 in Frankfurt a. M., Betriebswirt, Fritz-Remy-Str. 7, Offenbach a. M.
8. Braun, Magdalena, geb. 5. 7. 1898 in Offenbach a. M., Rentnerin, Edith-Stein-Str. 8 b, Offenbach a. M.
9. Strobl, Horst, geb. 22. 2. 1940 in Pusch Kr. Luditz/CSSR, Elektromechaniker, Konrad-Adenauer-Str. 48, Offenbach a. M.
10. Müller, Wolfgang, geb. 3. 6. 1950 in Offenbach a. M., Betriebswirt, Dietzenbacher Str. 66, Offenbach a. M.

Liste 6**DIE GRÜNEN (GRÜNE)**

1. Kumm, Helmut, geb. 7. 5. 1946 in Offenbach a. M., Physiker, Friedrichstr. 21, Offenbach a. M.
2. Crause, Peter Christian, geb. 29. 6. 1954 in Offenbach a. M., Biologe, Schopenhauerstr. 31, Offenbach a. M.
3. Bleckwehl, Hans-Peter Heinrich, geb. 7. 12. 1949 in Bremen, Bankkaufmann/Student, Feldstr. 131, Offenbach a. M.
4. Dworaczek, Jürgen Heinz, geb. 20. 3. 1953 in Offenbach a. M., Student, Marienstr. 74, Offenbach a. M.
5. Eder, Wilhelm, geb. 8. 7. 1953 in Offenbach a. M., Sozialpraktikant, Kurt-Tucholsky-Str. 16, Offenbach a. M.

Wahlkreis III**Hochtaunuskreis****Liste 1****Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)**

1. Kückler, Wilhelm, geb. 21. 7. 1936 in Frankfurt a. M., Dipl.-Kfm., Burgerstr. 8 a, Kronberg/Ts.
2. Prof. Dr. Hamer, Bernd, geb. 15. 6. 1939 in Mettmann, Hochschullehrer, Hölderlinweg 11, Bad Homburg
3. Weber, Antonius, geb. 19. 5. 1930 in Köln, Bürgermeister, Reichenbachweg 21 e, Königstein/Ts.
4. Harders, Rudolf, geb. 21. 9. 1935 in Emden, Bürgermeister, Gotische Str. 16, Oberursel

5. König, Josef, geb. 24. 4. 1931 in Unterlohma, Bürgermeister, Sennestr. 2, Wehrheim
6. Eberhardt, Hermann, geb. 4. 8. 1930 in Deizisau, Ingenieur, Johann-Sebastian-Bach-Str. 83, Usingen/Ts.
7. Bank, Gerhard, geb. 26. 6. 1946 in Bad Homburg, Dipl.-Ing., Kolberger Str. 7, Friedrichsdorf
8. Dr. Weyres, Franz, geb. 22. 2. 1936 in Bad Ems/Lahn, Dipl.-Chem., Kronberger Str. 22, Steinbach/Ts.
9. Göbel, Paul, geb. 13. 1. 1920 in Anspach, grad. Ing., Bahnhofstr. 25, Neu-Anspach/Ts.
10. Messinger, Werner, geb. 19. 5. 1943 in Camberg, Bankangestellter, In der Schweiz 6, Weilrod
11. Ebert, Eva-Maria, geb. 27. 1. 1936 in Pettau/Jugoslawien, Hausfrau, Im Wiesengrund 2, Glashütten
12. Gruber, Karl, geb. 25. 12. 1939 in Wiesbaden, Bürgermeister, Langgasse 5, Grävenwiesbach
13. Bill, Karl, geb. 25. 10. 1929 in Frankfurt a. M., Bauingenieur, Memeler Str. 13, Oberursel/Ts.
14. Prof. Söhnlein, Walter, geb. 27. 10. 1931 in Amberg/Bay., Hochschullehrer, Marienbader Platz 20, Bad Homburg
15. Milbredt, Lothar, geb. 2. 9. 1927 in Marienwerder, Pastor, Auf der Mauer 5, Schmitten
16. Glatzel, Rüdiger, geb. 27. 7. 1940 in Troppau/CSSR, Erster Stadtrat, Fichtenstr. 17, Kronberg/Ts.
17. Müller, Wilfried, geb. 23. 4. 1938 in Frankfurt a. M., Geschäftsführer, Berliner Str. 4, Neu-Anspach
18. Münch, Peter, geb. 24. 5. 1930 in Berlin, Kaufmann, Heinrich-von-Kleist-Str. 54, Bad Homburg
19. Peiker, Peter, geb. 23. 4. 1946 in Bad Homburg, Assessor, Landgrafenstr. 56—58, Bad Homburg
20. Dr. Heuse, Otto, geb. 9. 4. 1917 in Berlin, Dipl.-Physiker, Königsteiner Str. 19, Kronberg/Ts.
21. Rousselet, Ernst Alfred, geb. 16. 8. 1914 in Friedrichsdorf, Dipl.-Kfm., Wilhelmstr. 14, Friedrichsdorf/Ts.
22. Keller, Kurt, geb. 27. 7. 1933 in Oberhain, Landwirt, Hof Koepfelwiese, Wehrheim
23. Katzer, Otto, geb. 15. 4. 1922 in Bochum, Geschäftsführer, Kohlweg 2, Königstein/Ts.
24. Schwarz, Günter, geb. 20. 4. 1936 in Frankfurt a. M., Chemie-Ing., Schloßstr. 5, Usingen/Ts.
25. Roskamp, Dieter J., geb. 15. 12. 1926 in Berlin, Marketingberater, Fasanenweg 6, Königstein/Ts.
26. Leber, Helmut, geb. 1. 12. 1945 in Bad Homburg, Landwirtschaftsmeister, Schulzengasse 7, Oberursel/Ts.
27. Kögler, Theo, geb. 3. 2. 1940 in Gelnhausen, Bürgermeister, Glaskopfweg 10, Glashütten
28. Jope, Fritz, geb. 13. 9. 1938 in Wittingen, Lehrer, Eichenstr. 5, Weilrod
29. Galuschka, Hans-Joachim, geb. 13. 4. 1943 in Neustadt/OS, Erster Kreisbeigeordneter, Spessartstr. 16, Wehrheim
30. Jung, Werner, geb. 19. 11. 1928 in Frankfurt a. M., Augenoptikermeister, Friedrich-Ludwig-Jahn-Str. 38, Oberursel
31. Kraft, Uwe, geb. 27. 6. 1956 in Bad Homburg, Jurastudent, Bahnhofstr. 51, Neu-Anspach/Ts.
32. Bublitz, Erika, geb. 20. 9. 1917 in Johannesburg, Journalistin, In der Lach 60, Bad Homburg

Liste 2**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

1. Herbst, Walter, geb. 18. 9. 1929 in Frankfurt a. M., Bürgermeister, Stettiner Str. 101, Steinbach
2. Pfaff, Karlheinz, geb. 5. 5. 1926 in Oberursel, Bürgermeister a. D., Meiersberg 5, Oberursel
3. Pollkläsener, Willi, geb. 15. 8. 1939 in Karbach/St. Goar, Ingenieur, Albert-Franke-Str. 7, Usingen
4. Schäfer, Wolfgang, geb. 31. 5. 1944 in Arolsen, Verw.-Dir., Römerstr. 34, Bad Homburg
5. Kreß, Wilhelm, geb. 27. 5. 1945 in Gelsenkirchen, kfm. Angestellter, Sudetenring 41, Kronberg
6. Ernst, Eugen, geb. 17. 6. 1931 in Anspach, Univ.-Prof., An der Erzkaut 4, Neu-Anspach
7. Riecke, Ulf, geb. 31. 3. 1946 in Celle, grad. Betriebswirt, Saalburgstr. 10 a, Friedrichsdorf
8. Bässler, Karlheinz, geb. 23. 2. 1932 in Frankfurt a. M., Kaufmann, Auf der Gewann 17, Weilrod
9. Fischer, Marianne, geb. 20. 3. 1939 in Wehrheim, Hausfrau, Bahnhofstr. 54, Wehrheim
10. Trebst, Karsten, geb. 29. 10. 1940 in Berlin, Regierungsobererrat, Hollerecke 19, Schmitten

11. Friedrich, Klaus, geb. 12. 4. 1943 in Frankfurt a. M., Magistratsdirektor, Alt-Falkenstein 19 a, Königstein
12. Beithan, Karl-Heinz, geb. 6. 4. 1927 in Frankfurt a. M., Verw.-Angestellter, Köppeler Weg 18, Grävenwiesbach
13. Yassemi, Dariusch, geb. 26. 5. 1939 in Täbris, Dipl.-Ing./Bauwesen, Dattenbachstr. 8, Glashütten
14. Dr. Reichling, Gerhard, geb. 20. 4. 1913 in Kattowitz, Regierungsdirektor a. D., Lessingstr. 11, Bad Homburg
15. Krüger, Horst, geb. 23. 9. 1938 in Berlin, Gewerkschaftssekretär, Goldackerweg 16, Oberursel
16. Gießen, Klaus, geb. 27. 8. 1940 in Bad Homburg, kfm. Angestellter, Hessenring 64, Steinbach
17. Ritz, Hans-Jürgen, geb. 7. 6. 1942 in Geisa/Rhön, Maurer und Bauingenieur, An den Hohwiesen 10, Kronberg
18. Bender, Volker Ernst, geb. 22. 12. 1948 in Burg/Krs. Dithm., Bankkaufmann, Falkensteiner Str. 14, Königstein
19. Wagner, Richard, geb. 22. 7. 1916 in Wehrheim, Bürgermeister a. D., Limesstr. 2 a, Wehrheim
20. Levermann, Fritz, geb. 25. 3. 1920 in Posen, Bürgermeister a. D., Kapersburgstr. 4, Friedrichsdorf

Liste 3**Freie Demokratische Partei (F.D.P.)**

1. Beck, Klaus, geb. 24. 12. 1943 in Schwandorf, Rechtsanwalt, Altkönigblick 8, Oberursel
2. Gerhold, Heinrich, geb. 5. 3. 1937 in Hannover, Rechtsdirektor, Kösliner Weg 6, Bad Homburg
3. Jarré, Dirk, geb. 30. 4. 1941 in Frankfurt a. M., Soziologe, Eichenstr. 19, Oberursel
4. Koelgen, Gero, geb. 27. 7. 1934 in Düsseldorf, Werbeberater, Lange Str. 86, Oberursel
5. Schott, Gerhard, geb. 16. 2. 1948 in Königstein, Sozialarbeiter, Am Hainberg 4, Königstein
6. Lappe, Ilse, geb. 20. 8. 1954 in Istanbul, Lehrerin, Danziger Weg 7, Kronberg
7. Zink, Wolfgang, geb. 19. 7. 1948 in Pforzheim, Angestellter, Rosengärtchen 29, Oberursel
8. Hof, Wolfgang, geb. 8. 10. 1945 in Bad Homburg, Dipl.-Soziologe, Haingasse 8, Bad Homburg
9. Löhr, Wolfgang, geb. 22. 7. 1939 in Wiesbaden, Rechtsanwalt und Notar, Fritz-Born-Str. 4 a, Usingen
10. Krüger, Ulrich, geb. 18. 1. 1942, in Münster/Westf., Architekt, Im Dammwald 29, Friedrichsdorf
11. Landgrebe, Helmut, geb. 6. 10. 1904 in Oschersleben, Rentner, Hegewiese 7, Schmitten
12. Lüth, Christian, geb. 5. 3. 1934 in Stettin, Bauingenieur, Limesstr. 46, Wehrheim

Liste 4**DIE GRÜNEN (GRÜNE)**

1. Hecker, Klaus Jörg, geb. 22. 12. 1929 in Mannheim, Dipl.-Ing., Margarethenstr. 21, Kronberg
2. Kairies, Bernd-Jürgen, geb. 29. 7. 1956 in Bad Homburg, Techniker, Hessenring 76, Bad Homburg

Liste 5**Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**

1. Dr. Jung, Heinz, geb. 22. 1. 1935 in Frankfurt a. M., wiss. Mitarbeiter, Prinz-Eugen-Str. 19, Weilrod
2. Knecht, Irmgard, geb. 21. 3. 1958 in Frankfurt a. M., Studentin, Taunusstr. 4, Oberursel
3. Eul, Martin, geb. 24. 8. 1956 in Bad Homburg, Holzmechaniker, Falkensteiner Weg 4, Schmitten
4. Grünwald, Paul, geb. 15. 1. 1912 in Frankfurt a. M., Kfm. Angestellter/Rentner, Am Hang 29, Oberursel
5. Lorenz, Rainer, geb. 11. 11. 1956 in Langen, Werbetechniker, Berliner Str. 86, Steinbach
6. Ehret, Jörg, geb. 27. 7. 1950 in Freiburg, Angestellter, Audenstr. 6, Bad Homburg
7. Weiß, Eberhard, geb. 22. 8. 1950 in Darmstadt, Erzieher, Kurze Steig 4, Oberursel
8. Kistenmacher, Ilona, geb. 14. 8. 1950 in Sieber, Studentin, Kupferhammerweg 6, Oberursel
9. Hommel, Peter, geb. 15. 10. 1952 in München, Elektroniker, Promenade 59, Bad Homburg
10. Boehm, Katharina, geb. 1. 4. 1953 in Frankfurt a. M., Angestellte, Stettiner Str. 4, Oberursel

Wahlkreis IV**Main-Taunus-Kreis und Stadt Kelsterbach****Liste 1****Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)**

1. Flaccus, Friedrich, geb. 3. 8. 1930 in Saarburg, Bürgermeister, Schwarzbachweg 1, Hofheim
2. Dr. Stephan, Winfried, geb. 27. 6. 1935 in Kelkheim, Jurist, Heinrich-von-Kleist-Str. 3, Kelkheim
3. Lauck, Mathäus, geb. 11. 3. 1931 in Flörsheim, Ingenieur, Konrad-Adenauer-Ufer 1, Flörsheim
4. Börs, Hans-Werner, geb. 8. 3. 1928 in Bonn, Bürgermeister, Wiesbadener Str. 13, Kriftel
5. Morhardt, Heinrich, geb. 7. 12. 1919 in Sulzbach, Landwirtschaftsmeister, Eschborner Str. 21, Sulzbach
6. Steinbrech, Hermann, geb. 6. 4. 1926 in Kelsterbach, Ingenieur, Dachsgraben 14, Kelsterbach
7. Sauerborn, Herbert, geb. 24. 2. 1936 in Frankfurt a. M., Chemielaborant, Kirchgasse 29, Eppstein
8. Gensch, Gottfried, geb. 6. 10. 1936 in Bremen, Bürgermeister, Kirchstr. 13, Hochheim
9. Kleemann, Edelgard, geb. 15. 2. 1946 in Bad Homburg, Hausfrau, In den Padenwiesen 1, Kelkheim
10. Riebel, Hans Joachim, geb. 25. 3. 1945 in Ober-Hilbersheim, Jurist, Götzenstr. 1, Eschborn
11. Schulnick, Hans, geb. 1. 8. 1923 in Schwalbach/Ts., Architekt, Höhenstr. 9, Schwalbach
12. Heumann, Jochem, geb. 11. 6. 1949 in Gießen, Erster Stadtrat, Südring 3 a, Hattersheim
13. Siegmund, Karl-Fred, geb. 29. 7. 1946 in Bad Münden, Dipl.-Ing./Architekt, Feldbergstr. 14, Bad Soden
14. Dünte, Paul, geb. 2. 3. 1943 in Velen/Westf., Erster Beigeordneter, An der Landwehr 7, Kriftel
15. Wiegand, Alfred, geb. 6. 11. 1942 in Kelsterbach, Arbeitsvorbereitungsleiter, Saalburgstr. 32, Kelsterbach
16. Heinze, Heinrich, geb. 31. 12. 1924 in Gotha/Thür., Ingenieur, Sossenheimer Weg 16, Schwalbach
17. Kranz, Franz Josef, geb. 14. 5. 1933 in Frankfurt a. M., Bankangestellter, Am Heinzberg 14, Eppstein
18. Bittendorf, Gabriele, geb. 3. 12. 1936 in Hannover, Hausfrau, Eppsteiner Str. 87, Hofheim
19. Dr. Michel, Franz, geb. 23. 9. 1932 in Berlin, Dipl.-Kaufmann, Rathausstr. 30, Hochheim
20. Finke, Josef, geb. 2. 4. 1920 in Brinkenau, Obstbauer, Finkenhof 1, Bad Soden
21. Großmann, Heinz-Josef, geb. 11. 6. 1927 in Flörsheim, Studienrat, Nördlinger Str. 27, Flörsheim
22. Böttinger, Waltraud, geb. 26. 11. 1919 in Dortmund, Hausfrau, Im Brühl 2, Sulzbach
23. Noeske, Gerhard W. H., geb. 12. 9. 1955 in Frankfurt a. M., Student, Tilsiter Str. 23, Kelkheim
24. Gaube, Christian, geb. 13. 6. 1953 in Darmstadt, Rechtsreferendar, Amselweg 13, Hofheim
25. Lenzmann, Heinrich, geb. 28. 8. 1927 in Velbert, Ingenieur, Brunhildenberg 22, Kelkheim
26. Koch, Roland, geb. 24. 3. 1958 in Frankfurt a. M., Student, Königsteiner Str. 11, Eschborn

Liste 2**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

1. Mehler, Gerd, geb. 16. 6. 1951 in Wiesbaden, Dipl.-Volkswirt, Goethestr. 5, Flörsheim
2. Treutel, Friedrich, geb. 26. 9. 1929 in Kelsterbach, Bürgermeister, Gerauer Str. 6, Kelsterbach
3. Winterstein, Norbert, geb. 12. 12. 1931 in Alt-Sivac, Bürgermeister, Bergstr. 27, Hattersheim
4. Wehrheim, Hans Georg, geb. 20. 7. 1929 in Bad Homburg, Unternehmensberater, Pestalozzistr. 24, Eschborn
5. Grüneberg, Gerd, geb. 4. 1. 1948 in Göttingen, Studienrat, Fischbacher Str. 43, Kelkheim
6. Parian, Bernhard, geb. 17. 4. 1923 in Hochheim, Bürgermeister a. D., Neugasse 17, Eppstein
7. Peter, Fredi, geb. 15. 12. 1925 in Großalmerode, Steuerbeamter, Friedrich-Ebert-Str. 12, Hofheim
8. Thumser, Karl, geb. 10. 5. 1948 in Bad Soden, Beamter, Am Haag 32, Bad Soden
9. Walther, Ulrich Johann Peter, geb. 16. 8. 1934 in Gießen, Wirtschaftsjurist, Marktplatz 11, Schwalbach

10. Besser, Siegfried, geb. 5. 7. 1931 in Chemnitz, Hausmeister, Staufenstr. 35, Sulzbach
11. Bornemann, Heino, geb. 3. 2. 1944 in Bispingen, Dipl.-Ing./Landschaftsplaner, Pfarrgasse 41 a, Hochheim
12. Stegmüller, Albert, geb. 13. 3. 1934 in Stuttgart, Gewerkschaftssekretär, Pommernstr. 61, Schwalbach
13. Weis, Gerhard, geb. 7. 3. 1941 in Berlin, Heizungsbaumeister, Frankfurter Str. 5, Kriftel
14. Zeller, Jürgen, geb. 10. 9. 1943 in Kelsterbach, Sped.-Kaufmann, Kantstr. 4, Kelsterbach
15. Franssen, Hans, geb. 29. 7. 1943 in Kitzingen, Oberstudienrat, Arnimweg 4, Hattersheim
16. Steffes, Herbert, geb. 29. 3. 1937 in Dortmund, Versicherungskaufmann, Rhönweg 24, Eschborn
17. Rosendahl, Claus, geb. 13. 2. 1947 in Blankenstein, Verw.-Beamter, Am Königsberg 29, Eppstein
18. Domscheit, Ralf, geb. 3. 7. 1927 in Memel, Dipl.-Ing., Am Bräunling 2, Hofheim
19. Burkart, Manfred, geb. 4. 12. 1944 in Oberkirn, Dipl.-Psychologe, Kelkheimer Str. 58, Bad Soden
20. Hofmann, Karl Christian, geb. 31. 8. 1920 in Ffm.-Höchst, Betriebsleiter, Alt-Niederhofheim 18, Liederbach
21. Sturm, Franz-Jürgen, geb. 8. 5. 1940 in Bardenberg, Sozialarbeiter, Herderstr. 31, Hochheim
22. Wiegand, Bernhard, geb. 7. 6. 1937 in Bollstedt, Hochschullehrer, Kolpingstr. 13, Kelsterbach
23. Larsen, Norbert, geb. 22. 3. 1943 in Berlin, kfm. Angestellter, Untertorstr. 3, Hattersheim
24. Braun, Wolfgang, geb. 29. 7. 1924 in Stettin, techn. Angestellter, Pfingstbrunnenstr. 26, Eschborn
25. Müller, Günter, geb. 13. 8. 1942 in Vockenhausen, kfm. Angestellter, Weingasse 19, Eppstein
26. Dr. Reuschling, Dieter, geb. 2. 8. 1934 in Gießen, Baudirektor, Frankfurter Str. 7, Hofheim
27. Knipfer, Armin, geb. 27. 8. 1946 in Frankfurt a. M., Rechtsanwalt, Hauptstr. 78, Bad Soden

Liste 3**Freie Demokratische Partei (F.D.P.)**

1. Knoll, Wolfgang, geb. 21. 3. 1929 in Hirschberg-Cunnersdorf, Erster Kreisbeigeordneter, Am Kühlen Grund 3, Liederbach
2. Menze, Günter, geb. 20. 1. 1935 in Bochum, Erster Stadtrat, Parkstr. 17, Bad Soden
3. Zorn, Gernot, geb. 1. 1. 1938 in Hammerstein, Systemberater, Ulmenweg 20, Eschborn
4. Jansen, Peter, geb. 25. 5. 1943 in Chemnitz, Dipl.-Ing., Königsberger Str. 32, Kriftel
5. Muth, Dietrich, geb. 23. 9. 1937 in Frankfurt a. M., kfm. Angestellter, Hölderlinring 14, Hattersheim
6. Spelling, Horst E., geb. 7. 7. 1932 in Prenzlau, Dipl.-Kfm./Verwaltungsoberrat, Danziger Allee 72, Hochheim a. M.
7. Krützfeldt, Hans, geb. 25. 1. 1923 in Gumbinnen, Schulleiter, Mainblick 16, Kelkheim
8. Scholz, Johannes, geb. 8. 8. 1940 in Breslau, Studiendirektor, Im Lorschachtal 17, Hofheim
9. Wegener, Günther, geb. 17. 10. 1924 in Wuppertal, Textil-Ing. grad., Mecklenburger Str. 39, Schwalbach
10. Rohde, Friedrich, geb. 2. 11. 1937 in Kassel, Dipl.-Volkswirt, Am Königsberg 8, Eppstein
11. Jung, Hans-Jürgen, geb. 15. 10. 1945 in Frankfurt a. M., Werbekaufmann, Am Kühlen Grund 3, Liederbach
12. Koriath, Dietmar, geb. 15. 9. 1938 in Angerburg, Angestellter, Kapellenstr. 34, Flörsheim a. M.

Liste 4**Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**

1. Matthes, Hans-Thomas, geb. 27. 2. 1952 in Frankfurt a. M., Gerichtsreferendar, Berliner Str. 5, Eschborn
2. Stern, Fritz, geb. 20. 8. 1923 in Kelsterbach, Rentner, Am Südpark 17, Kelsterbach
3. Dr. Steigerwald, Robert, geb. 24. 3. 1925 in Frankfurt a. M., Publizist, Berliner Str. 10, Eschborn
4. Zimmer, Karl, geb. 4. 6. 1905 in Frankfurt a. M., Rentner, Friedensstr. 19, Hattersheim

Liste 5**DIE GRÜNEN (GRÜNE)**

1. Tobisch-Schuster, Therese, geb. 12. 2. 1953 in Böttigheim, Bibliothekarin, Feldbergstr. 25, Hattersheim
2. Martin, Klaus-Dieter, geb. 11. 4. 1935 in Dresden, Stud. phil., Württemberger Str. 51, Schwalbach
3. Zöll, Helmut, geb. 18. 7. 1953 in Großenmoor, Physiklaborant, Am Forsihaus 5, Hofheim
4. Beege, Peter, geb. 19. 1. 1962 in Hofheim, Schüler, Lindenstr. 32, Kriftel
5. Schwager, Jean-Christoph, geb. 2. 3. 1961 in Creglingen, Student, Sossenheimer Weg 10, Sulzbach

Wahlkreis V**Landkreis Offenbach und Stadt Maintal****Liste 1****Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)**

1. Meudt, Hans, geb. 9. 6. 1920 in Frankfurt a. M., Bürgermeister, Breitseeweg 53, Dreieich
2. Brehm, Wilhelm, 15. 6. 1920 in Seligenstadt, Bürgermeister, Südring 62, Seligenstadt
3. Reinhart, Leopold, geb. 12. 12. 1925 in Frankfurt a. M., Industriekaufmann, Lohrburgstr. 6, Maintal
4. Faust, Alfons, geb. 11. 4. 1936 in Bochum, Erster Kreisbeigeordneter, Auf der Bulau 18, Dietzenbach
5. Rebel, Karl Martin, geb. 10. 4. 1933 in Darmstadt, Bürgermeister, Ludwig-Uhland-Str. 30, Rödermark
6. Sattler, Helmut, geb. 4. 8. 1935 in Weiskirchen, Kaufmann, Falltorstr. 20, Rodgau
7. Hölzer, Hans, geb. 13. 11. 1913 in Neu-Isenburg, Bürgermeister i. R., Helpertseestr. 10, Mühlheim
8. Schwab, Ludwig, geb. 5. 9. 1921 in Kl.-Krotzenburg, Steuerberater, Beitenweg 40, Hainburg
9. Roth, Robert, geb. 5. 7. 1929 in Lämmerspiel, Bürgermeister, Heusenstammer Str. 23, Obertshausen
10. Dr. Zenske, Uwe, geb. 3. 11. 1944 in Stettin, Stadtkämmerer, Wiesgäßchen 36, Langen
11. Schmitz, Lothar, geb. 8. 1. 1942 in Heusenstamm, Bauingenieur, Niederröder Weg 16, Heusenstamm
12. Heuer, Franz, geb. 4. 12. 1941 in Hirschberg, Erster Stadtrat, Hugentotenallee 95, Neu-Isenburg
13. Kirschniok, Leonhard, geb. 21. 8. 1925 in Schoppinitz, Kaufmann, August-Bebel-Str. 23, Egelsbach
14. Heinzinger, Robert, geb. 12. 5. 1935 in Klein-Auheim, Fernschangestellter, Fritz-Reuter-Str. 1, Seligenstadt
15. Walter, Peter, geb. 10. 11. 1952 in Niedermarsberg, Kriminalhauptkommissar, Neurothweg 10, Dreieich
16. Mathes, Paul, geb. 22. 1. 1935 in Zillbach, Rechtspfleger, Leipziger Str. 8, Maintal
17. Gerritz, Friedrich, geb. 5. 1. 1938 in Köln, Bauführer, Weiskircher Str. 57, Rodgau
18. Borgmeyer, Franz, geb. 26. 6. 1927 in Breslau, Kreisbeigeordneter, Helpertseestr. 2a, Mühlheim
19. Rhein, Eberhard, geb. 15. 9. 1930 in Oberglogau, Oberstudiendirektor, Hügelstr. 29, Dietzenbach
20. Faust, Walter, geb. 27. 8. 1931 in Urberach, Erster Stadtrat, Traminer Str. 38, Rödermark
21. Wershoven, Theodor, geb. 4. 5. 1934 in Bonn, Jurist, Buchenbusch 62, Neu-Isenburg
22. Ott, Winfried, geb. 7. 5. 1931 in Offenbach a. M., Handelsvertreter, Aussiger Str. 11, Mühlheim
23. Lortz, Frank, geb. 5. 6. 1953 in Seligenstadt, Dipl.-Betriebswirt, Max-Planck-Str. 4, Seligenstadt
24. Groß, Ladislaus, geb. 7. 7. 1925 in Deutsch-Proben, techn. Angestellter, Robert-Bloch-Str. 18, Rödermark
25. Herold, Alfred, geb. 16. 9. 1931 in Bärn, Versicherungskaufmann, Beethovenstr. 3, Hainburg
26. Sukatsch, Joachim, geb. 22. 12. 1937 in Beuthen, Bauingenieur grad., Goethestr. 71, Maintal
27. Sondergeld, Irmgard, geb. 8. 2. 1925 in Oberlengsfeld, Hausfrau, Tilsiter Str. 9, Mühlheim
28. Steinbach, Michael, geb. 22. 2. 1944 in Bad Nauheim, Elektroinstallateur-Meister, Mainstr. 1, Dreieich
29. Betz, Ernst, geb. 28. 10. 1928 in Mannheim, Architekt/Dipl.-Ing., Spechtstr. 16, Neu-Isenburg
30. Böres, Franz, geb. 1. 11. 1932 in Froschhausen, selbst. Lederwarenhersteller, Goethestr. 22, Seligenstadt

31. Frey, Ottokar, geb. 29. 9. 1937 in Offenbach a. M., Hausmann, Kolpingstr. 22, Mühlheim
32. Ehresmann, Herbert, geb. 28. 9. 1931 in Nieder-Roden, Büro-Einrichter, Stauffenbergstr. 12, Rödermark
33. Gerech, Richard, geb. 6. 2. 1939 in Frankfurt a. M., Ing. grad., Bahnhofstr. 12, Neu-Isenburg
34. Schlicker, Georg, geb. 12. 4. 1934 in Quierschied, Dipl.-Mathematiker, Brandenburger Str. 14, Egelsbach
35. Schwab, Georg, geb. 24. 11. 1925 in Hainstadt, Werkmeister, Hauptstr. 25, Hainburg
36. Thomas, Martin, geb. 30. 3. 1928 in Duisburg, Dipl.-Ing., Spitzwegstr. 16, Rödermark
37. Baumgarten, Hans-Bertram, geb. 2. 9. 1915 in Gautzsch, Ingenieur, Bahnhofstr. 216, Neu-Isenburg

Liste 2**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

1. Dr. Keller, Friedrich, geb. 7. 5. 1943 in Landsberg/Warthe, Bürgermeister, Römerstr. 2, Dietzenbach
2. Thomin, Wilhelm, geb. 31. 12. 1923 in Egelsbach, Erster Kreisbeigeordneter a. D., Am Berliner Platz 6, Egelsbach
3. Grasmück, Werner, geb. 21. 1. 1927 in Hanau a. M., Bürgermeister, Henri-Dunant-Str. 31, Mühlheim
4. Laskowski, Peter, geb. 15. 9. 1946 in Eckernförde, Geschäftsführer, Dietesheimer Str. 11, Maintal
5. Knittel, Franz, geb. 30. 12. 1922 in Offenbach a. M., Jurist, Jügesheimer Str. 32, Rodgau
6. Hildebrandt, Helga, geb. 12. 8. 1930 in Kelbra/Kyffh., Speditionskaufmann, Danziger Str. 2, Mainhausen
7. Bettelhäuser, Heinrich, geb. 24. 8. 1948 in Berghausen, Beamter, Feldbergstr. 27, Langen
8. Becker, Herbert, geb. 4. 1. 1937 in Walldorf, kfm. Angestellter, Kapitän-von-Schiller-Str. 16, Neu-Isenburg
9. Marx, Wilhelm, geb. 3. 6. 1947 in Holzburg/Schrecksb., Verw.-Beamter, Berliner Ring 35, Dreieich
10. Sänger, Eckhart, geb. 19. 6. 1942 in Danzig, Betriebswirt grad., Im Taubhaus 30, Rödermark
11. Knab, Hans, geb. 8. 2. 1934 in Offenbach a. M., Beamter, Forststr. 4, Heusenstamm
12. Böhn, Joseph Wilhelm, geb. 18. 12. 1911 in Hainstadt, Bürgermeister a. D., Hüttengasse 17, Hainburg
13. Wenz, Roland, geb. 4. 12. 1939 in Homburg/Niederrh., Betriebswirt, Darmstädter Str. 39, Obertshausen
14. Winter, Wolfgang, geb. 27. 1. 1954 in Seligenstadt, Beamter, Hörsteiner Weg 9, Seligenstadt
15. Latzke, Reinhold, geb. 26. 10. 1932 in Offenbach a. M., Verw.-Direktor, Querstr. 22, Mühlheim
16. Bergmann, Gert, geb. 18. 7. 1941 in Hannover, Angestellter, Grabenstr. 4, Dietzenbach
17. Eilers, Jürgen, geb. 10. 8. 1941 in Würzburg, Lehrer, Forstring 159, Langen
18. Grau, Günter, geb. 21. 1. 1941 in Frankfurt a. M., Verw.-Beamter, Valkenierstr. 17, Neu-Isenburg
19. Volk, Ernst, geb. 4. 5. 1925 in Frankfurt a. M., Universalfräser, Rumpfenheimer Weg 3, Maintal
20. Jacobs, Klaus Werner, geb. 23. 2. 1949 in Radeberg, Brandschutzingenieur, Bachstr. 10, Rodgau
21. Eyßen, Heinz, geb. 16. 5. 1941 in Frankfurt a. M., Verwaltungsrat, Saalfeldener Str. 16, Rödermark
22. Jahn, Dieter, geb. 11. 9. 1944 in Mainflingen, Verwaltungsrat, Gartenstr. 1, Mainhausen
23. Zell, Heribert, geb. 28. 12. 1944 in Lorch/Rhein, Lehrer, Geschwister-Scholl-Str. 34, Hainburg
24. Dr. Janitschek, Franz, geb. 1. 2. 1942 in Klostergrab, Verw.-Jurist, Kolpingstr. 11, Heusenstamm
25. Weber, Karl, geb. 6. 8. 1932 in Mylau/Vogtl., Geschäftsführer, Farnweg 85, Langen

Liste 3**Freie Demokratische Partei (F.D.P.)**

1. Wolf, Günter Leo, geb. 1. 2. 1941 in Ober-Roden, Redakteur, Am Forsthaus Gravenbruch 57, Neu-Isenburg
2. Reitzlein, Karl Heinz, geb. 16. 9. 1930 in Frankfurt a. M., Rechtsanwalt und Notar, Eichendorffstr. 1, Dreieich
3. Wurzel, Raimund, geb. 8. 7. 1950 in Seligenstadt, Immobilienmakler, Königsberger Str. 17, Seligenstadt
4. Lapp, Wilhelm, geb. 27. 4. 1912 in Dörnigheim, Dipl.-Volkswirt/Stadtrat a. D., Dietesheimer Str. 18, Maintal

5. Lassak, Anemone, geb. 2. 6. 1948 in Bardenberg, Lehrerin, Alter Frankfurter Weg 71, Mühlheim
6. Engelken, Dora, geb. 14. 6. 1922 in Burgsteinfurth, Dipl.-Volkswirt, Jägerweg 9, Dreieich
7. Klein, Uwe, geb. 26. 5. 1953 in Korbach/Waldeck, Rechtsreferendar, Lerchenstr. 57, Heusenstamm
8. Begemann, Herbert Wilhelm, geb. 25. 7. 1946 in Rinteln, Verwaltungsangestellter, Eichenhege 12b, Maintal
9. Kaiser, Axel Karl Armin, geb. 15. 6. 1937 in Wiesbaden, Bauingenieur, Nibelungenstr. 105, Dietzenbach
10. Wolff, Heinz, geb. 30. 5. 1925 in Bärenstein/Erzgeb., selbst. Kaufmann, Gravenbruchstr. 45, Dreieich

Liste 4

DIE GRÜNEN (GRÜNE)

1. Kaufmann, Dieter, geb. 15. 10. 1953 in Frankfurt a. M., Student, Anemonenweg 8, Langen
2. Klar, Rolf-Dewet, geb. 11. 11. 1937 in Wildeshausen/Oldenburg, Sprachlehrer, Am Kreuzstein 79, Maintal
3. Creter, Detlef, geb. 1. 10. 1953 in Gießen, Auszubildender, Schulstr. 28, Rodgau
4. Haacker, Wolfgang, geb. 14. 2. 1955 in Hamburg, Kraftfahrer, Luisenstr. 15, Seligenstadt
5. Oelke, Klaus-Dieter, geb. 17. 10. 1948 in Frankfurt a. M., Lehrer, Rheinstr. 78, Neu-Isenburg

Liste 5

Freie Wähler Offenbach/Bürgerpartei (FW/Bp.)

1. Küllenberg, Gudrun, geb. 13. 6. 1954 in Offenbach a. M., Friseurin, Schefflerstr. 1, Heusenstamm
2. Eisner, Bernd, geb. 15. 6. 1949 in Offenbach a. M., Autolackierer, Marktstr. 39, Mühlheim
3. Wittmann, Dietmar, geb. 3. 3. 1955 in Offenbach a. M., Kraftfahrer, Schefflerstr. 1, Heusenstamm
4. Mieth, Sylvia, geb. 21. 7. 1959 in Sprendlingen, Verkäuferin, Fichtestr. 30, Dreieich

Liste 6

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

1. Koppey, Sigrid, geb. 1. 10. 1944 in Urberach, kfm. Angestellte, Klausnerstr. 1, Rödermark
2. Sauer, Toni Helmut, geb. 23. 7. 1952 in Jügesheim, Sondergerätefahrer, Birkenwaldstr. 5-7, Obertshausen
3. Zimmermann, Jörg-Ulrich, geb. 19. 1. 1958 in Altenkirchen, Maschinenschlosser, Lämmerspieler Str. 62, Mühlheim
4. Seibert, Klaus, geb. 1. 7. 1952 in Offenbach a. M., Arbeiter, Wilhelmsbader Str. 31, Maintal
5. Diehl, Günther, geb. 6. 12. 1946 in Wiesbaden, kfm. Angestellter, Taunusstr. 13, Dietzenbach
6. Pitzer, Artur, geb. 15. 1. 1929 in Dillenburg, Angestellter, Buchenbusch 20a, Neu-Isenburg
7. Schulmeyer, Ruth, geb. 14. 2. 1934 in Frankfurt a. M., Sekretärin, Hügelsstr. 4, Langen
8. Salomon, Werner, geb. 12. 3. 1955 in Sprendlingen, Student, Wingerstr. 26, Dreieich
9. Zopf, Irmgard Paula, geb. 5. 7. 1939 in Schiltach, kfm. Angestellte, Bahnhofstr. 102, Maintal
10. Seibert, Friedrich, geb. 15. 7. 1917 in Offenbach a. M., Journalist, Arndtstr. 13, Obertshausen
11. Elsinger, Rainer, geb. 26. 11. 1947 in Langen, Fernstechniker, Mörfelder Landstr. 33, Langen
12. Heß, Renate, geb. 15. 9. 1941 in Frankfurt a. M., Hausfrau, Waldstr. 48, Dietzenbach

Wasserverband „Riedwerke, Kreis Groß-Gerau“, Sitz in Groß-Gerau;

hier: Änderung der Satzung

Die Verbandsversammlung des Wasserverbandes „Riedwerke, Kreis Groß-Gerau“, Sitz in Groß-Gerau, hat am 18. Dezember 1980 beschlossen, die Satzung vom 28. August 1962 (St.Anz. S. 1465) wie folgt zu ändern:

1. § 16 Abs. 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. der Abschluß von Rechtsgeschäften, die eine Verpflichtung oder Verfügung zu Lasten des Verbandes enthalten.

Der Vorstand kann diese Aufgabe, soweit erforderlich, auf die Betriebsleitung delegieren. Einzelheiten sind in der Dienstordnung (Geschäftsverteilungsplan/Unterschriftenregelung) zu regeln.“

2. § 19 Abs. 2 und 5 erhalten folgende Fassung:

„(2) Soweit nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder der vorliegenden Satzung oder wegen der Bedeutung der Sache der Vorstand im ganzen berufen ist, werden die laufenden Verwaltungsangelegenheiten vom Verbandsvorsteher und den beiden Verbandsdirektoren selbständig erledigt.“

„(5) Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Verbandsvorsteher bzw. seinem Stellvertreter und einem der Verbandsdirektoren, bei deren Verhinderung von einem weiteren Vorstandsmitglied oder von beiden Verbandsdirektoren gemeinsam bzw. von einem Verbandsdirektor und einem Abteilungsleiter unterzeichnet sind.

Die Größenordnung, bis zu der die Verbandsdirektoren gemeinsam bzw. zusammen mit dem Abteilungsleiter rechtsverbindliche Erklärungen abgeben können, wird vom Vorstand in der Dienstordnung festgelegt.“

Die vorstehende Satzungsänderung wird hiermit erlassen und bekanntgemacht (§ 31 Abs. 1 der Satzung).

6100 Darmstadt, 11. 2. 1981

Der Regierungspräsident

V 14 a 1 — 79e 06/01 (2787) — R

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten für das Haushaltsjahr 1981

1. Haushaltssatzung

Auf Grund des § 18 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307) in der Fassung vom 24. Juni 1978 (GVBl. I S. 420) in Verbindung mit den §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. I 1960 S. 103, 164), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 4. Juli 1980 (GVBl. I S. 219) und in Verbindung mit den §§ 8 und 16 der Satzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten, hat die Verbandsversammlung am 10. Februar 1981 für das Haushaltsjahr 1981 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1981 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	848 800,— DM	und
in der Ausgabe auf	848 800,— DM	
und im Vermögenshaushalt		
in der Einnahme auf	534 100,— DM	und
in der Ausgabe auf	534 100,— DM	

festgesetzt.

§ 2

Eine Verbandsumlage wird nicht erhoben.

§ 3

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 4

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 1981 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

150 000,— DM

festgesetzt.

§ 6

Es gilt der von der Verbandsversammlung am 10. Februar 1981 beschlossene Stellenplan.

6420 Lauterbach, 10. 2. 1981

**Zweckverband
Tierkörperbeseitigungsanstalt
Hopfgarten**
gez. Dr. Zwecker
Verbandsvorsitzender

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1981 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Der Haushaltsplan liegt in Lauterbach, Goldhelg 20, Zimmer Nr. 205, zur öffentlichen Einsichtnahme an folgenden Tagen aus:

vom 9. bis 12. März 1981	von 8.00 — 12.00 Uhr und von 14.00 — 16.00 Uhr,
am 13. März 1981	von 8.00 — 12.00 Uhr,
am 16. und 17. März 1981	von 8.00 — 12.00 Uhr und von 14.00 — 16.00 Uhr.

6420 Lauterbach, 14. 2. 1981

**Zweckverband
Tierkörperbeseitigungsanstalt
Hopfgarten**
gez. Dr. Zwecker
Verbandsvorsitzender

DER VERMESSUNGS- INGENIEUR

**Zeitschrift des Verbandes
Deutscher Vermessungsingenieure e. V.**

32. Jahrgang

Erscheint jeden zweiten Monat

Über 4000 Vermessungsingenieure lesen heute regelmäßig ihre Zeitschrift, die zu den führenden Fachpublikationen im Vermessungswesen gehört.

Die bewußt auf die tägliche Praxis des Vermessungsingenieurs gerichtete redaktionelle Information behandelt alle technischen und beruflichen Fragen von der Erläuterung neuer Meßgeräte und -verfahren über die im ständigen Fluß befindlichen Rechtsvorschriften bis zu berufsständischen Problemen.

Fordern Sie Probeexemplare an bei:

**Zeitschrift
Der Vermessungsingenieur**

Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden

Öffentliche Bekanntmachungen des Umlandverbandes Frankfurt

Die — öffentliche — Sitzung des Planungsausschusses findet am Dienstag, dem 10. März 1981, 16.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

Tagessordnung:

1. Frankfurt am Main

Änderung Nr. 2/79 des gem. § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Stadtteil Kalbach — Sport- und Freizeitzentrum —;
hier: Aufstellungsbeschuß zur Einleitung des Verfahrens.

2. Hattersheim am Main

1. und 2. Änderung des gem. § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes;
hier: Aufstellungsbeschuß zur Einleitung des Verfahrens.

3. Bad Homburg v. d. Höhe

2. Änderung des gem. § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes;
hier: Beschluß über Anregungen und Bedenken, gleichzeitig abschließender Beschluß über die Änderung des Flächennutzungsplanes.

4. Königstein im Taunus

a) 7. Änderung des gem. § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Stadtteil Königstein,
b) 1. Änderung des gem. § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Stadtteil Schneidhain;
hier: Beschluß über Anregungen und Bedenken, gleichzeitig abschließender Beschluß über die Änderung der Flächennutzungspläne.

5. Usingen

3. Änderung des gem. § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Usingen vom 17. November 1975;
hier: Aufstellungsbeschuß, Einleitungersuchen der Stadt Usingen vom 2. Juni 1980.

6. Anfragen und Mitteilungen

6000 Frankfurt am Main, 20. 2. 1981

Umlandverband Frankfurt
Der Verbandstag
gez. Küchler
Vorsitzender

Die 20. — öffentliche — Sitzung der Gemeindekammer findet am Mittwoch, dem 11. März 1981, 10.30 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, Sitzungsraum Nr. 202, statt.

Tagessordnung I:

1. Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindekammer.

2. Mitteilungen des Verbandsausschusses.

3. Frankfurt am Main

Änderung Nr. 2/79 des gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Stadtteil Kalbach — Sport- und Freizeitzentrum —;
hier: Aufstellungsbeschuß zur Einleitung des Verfahrens.

4. Hattersheim am Main

1. und 2. Änderung des gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes;
hier: Aufstellungsbeschuß zur Einleitung des Verfahrens.

5. Bad Homburg v. d. Höhe

2. Änderung des gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes;
hier: Beschluß über Anregungen und Bedenken, gleichzeitig abschließender Beschluß über die Änderung des Flächennutzungsplanes.

6. Königstein im Taunus

a) 7. Änderung des gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Stadtteil Königstein,
b) 1. Änderung des gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes im Stadtteil Schneidhain;
hier: Beschluß über Anregungen und Bedenken, gleichzeitig abschließender Beschluß über die Änderung der Flächennutzungspläne.

7. Usingen

3. Änderung des gemäß § 4 a BBauG fortgeltenden Flächennutzungsplanes der Stadt Usingen vom 17. November 1975;
hier: Aufstellungsbeschluß, Einleitungersuchen der Stadt Usingen vom 2. Juni 1980.

6000 Frankfurt am Main, 20. 2. 1981

Umlandverband Frankfurt
Die Gemeindekammer
gez. B r e h m
Vorsitzender

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1981 des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar

Auf Grund des Artikels 4 Absatz 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 3. März 1969 und auf Grund des § 29 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts — hat die Versammlungsversammlung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Haushaltsjahr 1981 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

- | | |
|---|--------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | 2 484 700 DM |
| davon im Verwaltungshaushalt 2 299 700 DM | |
| im Vermögenshaushalt 185 000 DM | |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von | —,— DM |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von | —,— DM |

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 100 000 DM festgesetzt.

§ 3

Die Verbandsumlage wird nach § 30 der Verbandsatzung auf 1 056 750 DM festgesetzt.

6800 Mannheim, 17. 12. 1980

Raumordnungsverband Rhein-Neckar
Der Verbandsvorsitzende
gez. D r . S c h ä d l e r

Die Gesetzesmäßigkeit der Haushaltssatzung wurde vom Innenministerium Baden-Württemberg mit Erlaß vom 30. Januar 1981 Nr. VII 1081/277 bestätigt. Der Haushaltsplan liegt vom Tage der Veröffentlichung an sieben Werktagen beim Raumordnungsverband Rhein-Neckar, P 7, 20—21, 6800 Mannheim 1, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Jahresrechnungen des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten

Gemäß § 114 Abs. 1 HGO in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103, 164), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 4. Juli 1980 (GVBl. I S. 219) hat die Versammlungsversammlung am 10. Februar 1981 die Jahresrechnung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten für das Haushaltsjahr 1979 beschlossen und dem Vorstandsvorsitzenden Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung 1979 mit Erläuterungsbericht liegt gemäß § 114 Abs. 2 HGO in 6420 Lauterbach, Goldhelg 20, Zimmer Nr. 205, zur öffentlichen Einsichtnahme an folgenden Tagen aus:

- | | |
|--------------------------|--|
| vom 9. bis 12. März 1981 | von 8.00 bis 12.00 Uhr und
von 14.00 bis 16.00 Uhr, |
| am 13. März 1981 | von 8.00 bis 12.00 Uhr, |
| am 16. u. 17. März 1981 | von 8.00 bis 12.00 Uhr und
von 14.00 bis 16.00 Uhr. |

6420 Lauterbach, 14. 2. 1981

Zweckverband Tierkörperbeseitigungsanstalt Hopfgarten
gez. D r . Z w e c k e r
Verbandsvorsitzender

Öffentliche Ausschreibungen

Öffentliche Ausschreibung

Für die Neubauten

- | | | |
|-------------------------------------|-----|------------|
| Kreis Krankenhaus Alsfeld | (A) | 202 Betten |
| Evang. Krankenhaus Gießen | (G) | 202 Betten |
| Kreis Krankenhaus Heppenheim | (H) | 373 Betten |

werden öffentlich ausgeschrieben:

Lieferung und Einbau von Schreinerarbeiten über folgende Bereiche:

- Schrankwände Pflegebereich
- Schrankwände klinisch-ärztlicher-Dienst
- Schwesterntützpunkte
- Schrankwände im Flurbereich
- Schrankwände Verwaltung
- Garderobenschränke

Voraussichtlicher

Ausführungsbeginn:

- | | |
|-------------------------|-----------------------------|
| Krankenhaus Alsfeld: | August 1981 |
| Krankenhaus Gießen: | sofort nach Auftragsvergabe |
| Krankenhaus Heppenheim: | Mai 1981 |

Ausgabe des Leistungsverzeichnisses und Planeinsicht bei den Architekten BDA Prof. Dipl.-Ing. Fritz Novotny und Dipl.-Ing. Arthur Mähner, Berliner Straße 77, 6050 Offenbach am Main, am 4./5. März 1981.

Die Schutzgebühr in Höhe von 150,— DM ist bei der Abholung zu entrichten.

Die Bewerber werden gebeten, sich über die Anforderungen an Leistungsfähigkeit, Kapazität und Termine in den Ausschreibungen bei der vorgenannten Stelle zu informieren. Es werden nur Bieter bzw. Bietergemeinschaften zum Zuschlag zugelassen, die Qualifikation und erforderliche Kapazität nachweisen können.

Die **Eröffnung der Angebote** erfolgt am 27. März 1981, und zwar um 9.00 Uhr im Hessischen Sozialministerium, Sitzungssaal Nr. 449 im 4. OG, Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden.

Angebote können auch durch Postversand zugestellt werden, müssen jedoch bis zum 25. März 1981 eingegangen sein. Die Angebote sind verschlossen mit nachstehend aufgeführter Aufschrift:

„ANGEBOT SCHREINERARBEITEN KRANKENHÄUSER AGH“ an den Geschäftsführer des „Gemeinsamen Krankenhausausschusses des GKA“, Herrn Regierungsdirektor Hauer, im Hess. Sozialministerium, Dostojewskistraße 4, 6200 Wiesbaden, zu richten.

Die **Zuschlagsfrist** läuft am 15. Mai 1981 ab.

6200 Wiesbaden, 20. 2. 1981

Der Kreisausschuß des Vogelsbergkreises in Alsfeld

gez.: D r . Z w e c k e r , Landrat

Der Vorstand des Vereins für Kranken-, Alten- und Kinderpflege in Gießen

gez.: D i r e k t o r W a t e r m a n n

Der Kreisausschuß des Kreises Bergstraße in Heppenheim

gez.: D r . B e r g m a n n , Landrat

Öffentliche Ausschreibung

Deponie Flörsheim-Wicker

Leistungsumfang: Baustelleneinrichtung mit Baustraßenherstellung, 250 000 m³ Erdmaterial der Bodengruppe 2—5, DIN 18 915, Blatt 1, liefern sowie vorgegebene Erdmassen einbauen.

Ausführungszeit: 100 Arbeitstage.

Fertigstellungstermin: 15. August 1981.

Firmen, die in der Lage sind den Leistungsumfang durchzuführen, können ab Montag, 2. März 1981 bis Freitag, 6. März 1981 in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr montags, mittwochs und freitags im Landratsamt, Ffm.-Höchst, Bolongarostraße 101, Zimmer 9 (Umweltschutz), gegen eine Schutzgebühr von 50,— DM die Leistungsverzeichnisse abholen.

6230 Ffm.-Höchst, 17. 2. 1981

Main-Taunus-Kreis

Der Kreisausschuß
gez. K n o i l
Erster Kreisbeigeordneter



Beim Rheingau-Taunus-Kreis ist schnellstmöglich eine Stelle nach Besoldungsgruppe

A 14 — Verwaltungsobererrat für die Funktion als Hauptabteilungsleiter

der Kreisverwaltung in Bad Schwalbach zu besetzen.

Die Aufgaben eines Hauptabteilungsleiters umfassen Zielvorgaben sowie Ablauf- und Erfolgskontrolle für die den Ämtern übertragenen Angelegenheiten, Koordination ämterübergreifender Maßnahmen und Mitwirkung in wichtigen Fällen. Zum fachlichen Zuständigkeitsbereich der freien Stelle gehören: Amt für Planung, Umweltschutz, Wirtschaft und Verkehr, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Bauamt; diese Ämter sind als Dezernat II dem hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten zugeordnet.

Neben den beamtenrechtlichen Voraussetzungen für den höheren Dienst werden vom künftigen Stelleninhaber Führungsqualifikation, Kooperationsbereitschaft, Eigeninitiative und Entschlußfreudigkeit sowie umfassende Kenntnisse und Erfahrungen in der Kommunalverwaltung erwartet.

Auch besonders qualifizierte Beamte des gehobenen Dienstes, die die Voraussetzungen für den Aufstieg nach § 19 Abs. 4 HBG erfüllen bzw. in absehbarer Zeit erfüllen werden, können für eine Einstellung in Frage kommen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis spätestens 20. März 1981 an den

Kreisausschuß des Rheingau-Taunus-Kreises, — Hauptamt, Badweg 3, 6208 Bad Schwalbach 1.

Telefonische Auskünfte unter (0 61 24) 89-2 13.

Vorstellung bitte nur nach Terminvereinbarung.



Beim
**REGIERUNGSPRÄSIDENTEN
IN GIESSEN**
sind

zwei Abteilungsleiterstellen — Besoldungsgruppe A 16 —

zu besetzen:

Die Stelle des Leiters der Abteilung I (Kommunalaufsicht, Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen, Öffentliche Sicherheit, Hoheitsverwaltung) und die Stelle des Leiters der Abteilung III (Wirtschaft und Verkehr, Bauwesen, Wasserrecht, Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung).

Gesucht werden dynamische und entscheidungsfreudige Persönlichkeiten mit Initiative und Durchsetzungsvermögen. Mehrjährige Verwaltungserfahrung, umfangreiches Fachwissen und ein kooperativer Leistungsstil werden vorausgesetzt.

Die Bewerber müssen die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 15. März 1981 zu richten an den

Hessischen Minister des Innern,
Friedrich-Ebert-Allee 12, 6200 Wiesbaden.

Postvertriebsstück

Buch- u. Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG.
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.

Gebühr bezahlt

1 Y 6432 A

JE FRÜHER SIE BAUSPAREN, DESTO SCHNELLER KOMMT IHR HAUS AUF SIE ZU.



BHW

Bausparkasse
für den öffentlichen Dienst.

DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln 1

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte
sofort an den Verlag richten.

Nachlieferung durch den Verlag gegen
Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.